Montag, 6. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 129 - 23.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bonn fördert Flugzeugprojekt mit Frankreich

lim. Bonn

Die Bundesregierung sucht das deutsch-französische Projekt eines Panzerabwehrhubschraubers voranzutreiben. Auf persönliche Initiative von Verteidigungsminister Manfred Wörner soll das Vorhaben noch in dieser Woche in den verschiedenen Gremien des Bundestages erörtert werden. Nach Informationen der WELT sieht der Fahrplan vor, daß es am heutigen Montag in den parlamentarischen Gruppen, morgen im Verteidigungsausschuß und am Mittwoch im Haushaltsausschuss diskutiert wird. Wörner selbst will das Sechs-Milliarden-Projekt in den Ausschüssen präsentieren. In Paris dürfte diese Initiative des Bundesverteidigungsministers mit Freude zur Kenntnis genommen werden. Sollte es in den einzelnen Gremien positiv beschieden werden, wäre der Weg zur Zusammenarbeit im Detail geebnet. Angesichts der schlechten Erfahrungen mit dem Panzerprojekt haben sich das Verteidigungsministerium und das Kabinett offensichtlich entschlossen, diesmal den umgekehrten Weg zu gehen und zuerst die politische Entscheidung zu klären und

„Verschiebung der Rentenerhöhung nicht vom Tisch"

dpa, Bonn

Eine Verschiebung der Rentenerhöhung im kommenden Jahr ist noch nicht vom Tisch, erklärte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) gestern im ZDF. Eine optimistischere Ansicht vertrat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der darauf hinwies, daß eine endgültige Entscheidung am 29. Juni im Kabinett getroffen werde. Stoltenberg sah „weitere Möglichkeiten", um die Rentenversicherung zu entlasten. Er hofft nach eigenen Angaben, mit Lambsdorff und Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) Vorschläge erarbeiten zu können, um die Verschiebung unnötig zu machen. Einzelheiten über die noch einzusparenden 1,4 Milliarden Mark nannte Stoltenberg nicht. Sein Hauptproblem sei die Abwehr „viel zu hoher" Subventionsforderungen. Lambsdorff beklagte in diesem Zusammenhang das weitere Ansteigen der Zinsen in den USA. Das amerikanische Zinsniveau hemme sowohl den Aufschwung wie auch „unser Hauptziel, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit", sagte der Wirtschaftsminister.

ZITAT DES TAGES



„Wir müssen zu einer Ächtung der atomaren Waffen insgesamt – niemals einseitig – kommen."

Hans von Keler, Landesbischof der württembergischen evangelischen Kirche, in einem Gespräch mit der WELT (Seite 5)
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Belgrad: Preise erhöht

AP, Belgrad

In Jugoslawien sind nach einem Bericht der Zeitung „Politika" erneut die Preise einer Reihe von Verbrauchs- und Industriegütern um 15 bis 40 Prozent gestiegen. So wurden Milcherzeugnisse um 15 Prozent teurer, Speiseeis um 19, Kakaoprodukte um 34, Süßigkeiten um 23, Gebäck um 21 und Kaugummi um 24 Prozent. Im Bereich der industriellen Güter wurden die Preise für Eisen um 35, für Zement um 30, für Kupfer um 30,1, für Aluminium um 39,4 und für Gummireifen um 34 Prozent.

Benzin wieder billiger

VWD, Hamburg

Die Benzinpreise in der Bundesrepublik sinken wieder. Versuche der Ölgesellschaften, die Preise für Benzin- und Dieselkraftstoff um zehn beziehungsweise sechs Pfennig je Liter zu erhöhen, haben sich im Wettbewerb nicht durchsetzen lassen, ergab eine VWD-Umfrage. Benzin ist zur Zeit nur etwa sechs und Diesel drei Pfennig je Liter teurer als Anfang April.

Frist verfassungswidrig?

dpa, Düsseldorf

Das Finanzgericht Düsseldorf hält die sogenannte Ausschlußfrist für den Lohnsteuer-Jahresausgleich für verfassungswidrig. Nach dieser bisher gültigen gesetzlichen Regelung muß der Antrag zum Lohnsteuer-Jahresausgleich bis spätestens zum 30. September des folgenden Kalenderjahres gestellt werden, um den Erstattungsanspruch nicht zu verlieren. Dem Steuerpflichtigen werde dadurch ein Vermögensrecht ohne ausreichende sachliche Rechtfertigung entzogen, teilte das Düsseldorfer Finanzgericht mit. Jetzt muß der Bundesfinanzhof in Berlin die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung klären.

Boom bei Computern

dpa/VWD, Hamburg

Die Computer-Industrie in der Bundesrepublik rechnet in diesem Jahr mit einem Umsatzvolumen von zehn Milliarden Mark, nachdem bereits 1982 ein Zuwachs von zwölf Prozent auf 9,4 Milliarden Mark verzeichnet wurde. An der Spitze dieser Entwicklung stehen nach einer Marktanalyse des Hamburger Druck- und Verlagshauses Gruner+Jahr die sogenannten Personalcomputer mit einer Steigerungsrate von mehr als 25 Prozent. Bereits mehr als zwei Millionen dieser Mikro-Computer sind weltweit installiert.

Spionage-Vorwurf

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat den Presseattaché der amerikanischen Botschaft, Louis Thomas, wegen angeblicher Spionagetätigkeit des Landes verwiesen. Der Geheimdienst KGB habe ihn am 2. Juni bei einer Spionageaktion auf frischer Tat ertappt, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Die Sowjetunion hatte zuletzt am 10. März einen amerikanischen Diplomaten, den Wirtschaftsfachmann Richard Osborne, ausgewiesen.

SPORT

Weltrekord in Bukarest

DW. Bonn

Zum Abschluß der 20. Saison beklagt die Fußball-Bundesliga den geringsten Zuschauer-Zuspruch seit zehn Jahren. 214 787 Besucher kamen zum letzten Spieltag und erhöhten die Gesamtzahl auf 6 213 148 (Schnitt: 20 304), doch dieses Ergebnis ist um 184 554 Besucher schlechter als im Vorjahr. – In der Weltmeisterschafts-Saison melden die Leichtathleten einen weiteren Weltrekord. In Bukarest sprang die Rumänin Anisoara Cusmir 7,43 Meter weit. Seiten 7,8,9,10

Volkskongreß tagt

rtr, Peking

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang eröffnet heute mit der Vorlage des Regierungsberichts die auf 17 Tage angesetzte erste Sitzung des 6. Volkskongresses. Von den 2978 Abgeordneten sind mehr als drei Viertel neu gewählt worden. Während der Tagung werden Wahlen zu allen wichtigen Posten in der Exekutive, Legislative und im militärischen Bereich stattfinden. China wird zudem wieder ein Staatsoberhaupt bekommen.

WETTER

Es bleibt warm

DW. Essen

Hochdruckeinfluß sorgt rasch für eine Erwärmung der eingeflossenen Meeresluft. Nur der Südosten Deutschlands wird anfangs noch von einem Tiefausläufer beeinflußt. Heiter bis wolkig. Temperaturen 22 bis 27 Grad. Nachts Abkühlung auf Werte um 12 Grad. Weitere Aussichten: etwas wärmer, aber Gewitterneigung.

Heute in der WELT

In Frankreich spitzt sich die innenpolitische Krise zu

Paris greift nach Polizisten-Demonstrationen hart durch

A. GRAF KAGENECK/DW. Paris

Die Krise zwischen der französischen Regierung und dem Polizeiapparat ist ein Indiz für die Verschärfung der innenpolitischen Schwierigkeiten, denen sich die Sozialisten in Paris gegenübersehen. Sie fällt zusammen mit einer Krise in dem Regierungsbündnis selbst, in dem linke Sozialisten und Kommunisten gegen die Sanierungspolitik des Wirtschaftsministers Jacques Delors protestieren. In dieser politisch aufgeladenen Situation hat der Gaullistenführer Chirac eine Volksbefragung gefordert, die über den weiteren Kurs der Politik bestimmen soll.

Die Regierung beantwortete die Demonstrationen mehrerer tausend Polizisten in Paris mit der Ablösung eines Teils der Polizeiführung. Es wurde ein noch schärferes Durchgreifen angekündigt. Weitere Disziplinarmaßnahmen werden schon bis Mittwoch erwartet, wenn sich Präsident François Mitterrand in einem Fernsehinterview an die Bürger wendet. Der Präsident will versuchen, das auch wegen der Wirtschaftslage angeschlagene Vertrauen in die Regierung wieder zu festigen.

Premierminister Mauroy sprach am Wochenende von einem klaren Verstoß gegen die Disziplin der Polizei, und der hätte scharf und sofort geahndet werden müssen, wenn die Glaubwürdigkeit der Regierung nicht in Frage gestellt werden sollte. Mauroy kommentierte damit die Abberufung des Pariser Polizeipräfekten Jean Périer und des Generaldirektors der Polizei, Paul Cousseran. Das Verhalten in der Polizei wurde in Paris als bisher einmalige Revolte der Sicherheitskräfte gegen die Regierung charakterisiert.

Aus Protest gegen die Ermordung von zwei ihrer Kameraden am vergangenen Mittwoch in einer Pariser Straße und ein weiteres Attentat gegen einen Polizisten, der noch mit dem Tode kämpft, am Tage darauf, waren am Freitagnachmittag etwa 1500 Polizeibeamte in Zivil vor das Justizministerium gezogen und hatten den Rücktritt des seit langem umstrittenen Justizministers Robert Badinter sowie des Sicherheitsbeauftragten der Regierung, Staatssekretär Joseph Franceschi, gefordert. Vorher war der Innenminister Gaston Defferre bereits bei einer Gedenkfeier für die Opfer im Innenhof der Polizeipräfektur von Polizisten niedergeschrien und zum Rücktritt aufgefordert worden.

Der Zorn der Beamten richtet sich vor allem gegen den linksliberal eingeschätzten Justizminister, der in seiner Strafrechtsreform die vorzeitige Entlassung von Sträflingen oder ihre Beurlaubung bei guter Führung angeordnet hatte. Der schwerverletzte Polizist vom Donnerstagabend wurde von einem 23jährigen, mehrfach vorbestraften Verbrecher niedergeschossen, der am Vortage nach nur 23 Monaten Haft wegen Raubüberfalls entlassen worden war.

Die Regierung sieht in den Polizeidemonstrationen eine Manifestation der Rechtsopposition und der ihr zugehörigen größten Polizeigewerkschaft, was von Bernard Pons, dem Generalsekretär der Gaullistischen Partei, mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen wurde, daß auch Linksgewerkschaften immer mehr gegen die zunehmende Verbrechenswelle protestieren. Im übrigen konnte Pons darauf hinweisen, daß regierungstreue kasernierte CRS-Polizei am Freitag, statt den demonstrierenden Kameraden den Zugang zu den Ministerien zu verwehren, mit diesen fraternisiert hätten.

Andropow stärkt Arafat den Rücken

Moskau über Streit in der PLO besorgt / Zehn Tote bei Kämpfen zwischen Palästinensern

AP/AFP, Damaskus/Moskau

Im Streit zwischen verschiedenen Fraktionen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der am Wochenende im ostlibanesischen Bekaa-Tal zu bewaffneten Zusammenstößen führte, hat sich der sowjetische Parteichef Jurij Andropow auf die Seite von PLO-Chef Yassir Arafat gestellt. In einer Note, die der sowjetische Botschafter in Damaskus Arafat übergab, unterstützt Andropow die „legitime Führerschaft" des PLO-Chefs.

Andropow fordert in der Note Syrien und die PLO auf, die amerikanisch-israelischen „Machenschaften gegen die gerechte Sache des palästinensischen Volkes" durch gemeinsames Vorgehen und eine „feste Haltung" zunichte zu machen. Die Botschaft Andropows an Arafat spiegelt nach Ansicht westlicher Diplomaten in Moskau die Besorgnis Moskaus über die Zwietracht in der PLO wider.

Die Zusammenstöße zwischen den PLO-Gruppen forderten nach libanesischen Angaben zehn Todesopfer, 35 Beteiligte seien verletzt worden. Palästinenser bezeichneten die Meuterei gegen Arafat, die mit den blutigen Kämpfen im Bekaa-Tal einen neuen Höhepunkt erreichte, als die schlimmste Krise seit Gründung der PLO im Jahre 1959. Die Meuterer werfen Arafat vor, den bewaffneten Kampf gegen Israel aufgeben zu wollen und fordern einen härteren politischen und militärischen Kurs.

Wie der Sender „Stimme Libanons" berichtete, lösten Gefolgsleute des von Arafat abgefallenen

SEITE 3:
Flucht vor den PLO-Genossen

Fatah-Kommandeurs Oberst Musa die Kämpfe aus. Der militärische Oberbefehlshaber der PLO-Kräfte, Abu Djihad, teilte mit, die Auseinandersetzungen hätten begonnen, nachdem die Rebellen unter Oberst Musa mit der Errichtung einer Straßensperre auf der Hauptnachschublinie der Palästinenser in Richtung Baalbek begonnen hatten.

Reguläre PLO-Einheiten hätten daraufhin mit Unterstützung linker libanesischer Milizen versucht, die Barrikade zu entfernen, sagte Djihad. In diesem Augenblick hätten die Meuterer das Feuer eröffnet. Die Kämpfe mit Maschinengewehren und Granatwerfern hätten etwa eine Stunde gedauert. Die Zusammenstöße seien durch das Eingreifen syrischer Truppen und palästinensischer Einheiten gestoppt worden, die eine menschliche Mauer zwischen den kämpfenden Gruppen gebildet und die Barrikaden niedergerissen hätten.

PLO-Chef Arafat warf Libyen vor, die Meuterei angezettelt zu haben. Andere PLO-Führer verwiesen auf eine Beteiligung der Syrer, die den Schauplatz der Revolte – das Bekaa-Tal – militärisch besetzt halten.

Arafat war am Samstag in Bukarest vom rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu empfangen worden, der seine Unterstützung für den Kampf der Palästinenser unter Führung der PLO bekräftigte. Anschließend reiste Arafat nach Saudi-Arabien und will auch Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait besuchen. Politische Beobachter meinten, Arafats hektische Rundreise könnte eher wie eine Flucht aussehen. Doch will Arafat nach seiner Rückkehr den Revolutionsrat der Fatah, der stärksten Gruppe in der PLO, einberufen und ihm über das Schicksal der Rebellen entscheiden lassen.

Die Grünen streiten über ihren Kurs

Bahro will auch CDU/CSU-Wähler gewinnen / „Wir verlieren Qualität"

STEFAN HEYDECK, Hannover

Über den künftigen Kurs und die Strategie der Grünen besteht Unklarheit. Die Partei hat Schwierigkeiten, Konsequenzen aus ihrem 5,6-Prozent-Wahlergebnis vom 6. März zu ziehen und diese politisch umzusetzen. Das zeigt sich in dem teilweise chaotischen Verlauf der außerordentlichen Bundesversammlung, zu der am Wochenende 830 Delegierte nach Hannover gekommen waren.

Einmütigkeit erzielte der sogenannte kleine Parteitag allerdings in seiner Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses. Mit überwältigender Mehrheit wurde beschlossen, daß sich die Grünen an „Volksversammlungen" und „gewaltfreien Blockaden" von militärischen Einrichtungen während einer Aktionswoche der „Friedensbewegung" im Herbst beteiligen wollen. Die Grünen aus Nordrhein-Westfalen traten dafür ein, am 22. Oktober eine Demonstration in der Nähe von Bonn zu veranstalten. Zustimmend, jedoch ohne Abstimmung, nahm der Kongreß die Entscheidung der mehr als 20 Arbeitsgruppen zur Kenntnis, der sich für eine Volksbefragung zu der möglichen Stationierung amerikanischer Raketen vom Typ Pershing 2 ausgesprochen hatte.

Der zeitweise hitzige Streit über den weiteren politischen Weg wurde vor allem zwischen dem Wirtschaftstheoretiker Rudolf Bahro und dem Vorstandssprecher Rainer Trampert ausgefochten. Bahro wandte sich nachdrücklich gegen ein rot-grünes Bündnis, er will auch konservative und CDU/CSU-Wähler gewinnen. Demgegenüber sprach sich Trampert gegen eine „suggerierte Nähe zwischen Grün und CDU" aus. Er wollte eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht ausschließen.

Auf dem Parteitag wurde wiederholt kritisiert, daß nicht mehr über das Thema „Bewegung oder Partei" diskutiert werde. Vielmehr gehe es vielen um die Frage, wo mehr Wähler zu bekommen seien. „Wir gewinnen Quantität und verlieren Qualität", meinte einer der Delegierten. Die Grünen haben nach eigenen Angaben inzwischen mehr als 30 000 Mitglieder. Grundsätzlich dürfe es aber nicht mehr um ein Schwarz-Weiß- oder Links-Rechts-Schema gehen, weil man damit nicht weiterkomme. Statt dessen solle die Partei ihren Standpunkt in der Mitte suchen.

Unmut wurde auf dem Parteitag auch wieder über die Anbindung der Parlamentarier auf allen Ebenen an die Basis artikuliert. Einerseits meinte Vorstandssprecherin Maron Griesebach, die 28 Bundestagsabgeordneten seien zum Ärger der anderen „in die Mitte des Bundestages eingepflanzt als Pfahl im Fleisch". Andererseits wurde nicht nur die entstandene „Kluft" zwischen den Volksvertretern und der sozialen Bewegung kritisiert. Die Abgeordneten müßten ihre Parlamentsarbeit gezielter betreiben und sich nicht, den etablierten Parteien nacheifernd, verzetteln.

Die Ergebnisse des zweitägigen Kongresses sollen jetzt von den Kreisverbänden erörtert werden. Auf einem nächsten Parteitag im Herbst sollen dann auch das nicht unumstrittene Rotations- und Diätenproblem zur Sprache kommen.

Seite 4: Niederlagen

ÖTV kämpft für Schlichterspruch

DW. Bonn

Die ÖTV-Führung will erreichen, daß das von der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft verworfene Schlichtungsergebnis im öffentlichen Dienst doch noch angenommen wird. „Das Ergebnis ist sicher kein Grund zum Jubeln, aber es kann sich sehen lassen. Ich hoffe, die Kollegen sehen das ein", sagte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Merten der „Bild"-Zeitung.

Merten wies darauf hin, daß die Entscheidung mit 57 zu 47 Stimmen denkbar knapp ausgefallen sei. „Da haben Delegierte gegen das Schlichtungsergebnis gestimmt, in deren Gebiet die Arbeitslosigkeit fast zehn Prozent beträgt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dort die Kollegen den Streik wollen. Es gibt überhaupt kein Problem, für ein paar zehntel Prozent die notwendige Mehrheit von 75 bei der Urabstimmung zu bekommen."

Seite 2: Demonstration eigener Art

„Kreml soll guten Willen beweisen"

AFP/AP, Washington

Die amerikanische Regierung hat es am Wochenende begrüßt, daß der sowjetische Parteichef Jurij Andropow gegenüber dem früheren US-Botschafter Averell Harriman den Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten ausgesprochen hat. Der Sprecher des Außenministeriums, Alan Romberg, äußerte die Hoffnung, daß dieser Wunsch Moskaus bald in positive und konkrete Maßnahmen umgesetzt werde.

Dabei nannte Romberg besonders die Bereiche Menschenrechte, Rüstungskontrolle, regionale und bilaterale Fragen. Wenn die Sowjetunion ernstlich bereit sei, konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zu unternehmen, werde sie in den USA einen „bereitwilligen Partner" finden. Der Sprecher bekräftigte jedoch die Auffassung der US-Regierung, daß Moskau erst in der ganzen Welt sein Verhalten ändern müsse.

Koalition in Portugal gerettet

gö. Madrid

Die angestrebte Koalitionsregierung in Portugal kommt nun doch zustande. Nach der überraschenden Aufkündigung des Koalitionsabkommens durch die Sozialdemokraten kam es am Wochenende in Lissabon zu neuen Verhandlungen zwischen Parteichef Mota Pinto und den Sozialisten. Die beiden Verhandlungspartner einigten sich auf eine Kompromißformel für das von den Sozialisten einseitig aufgekündigte Sozialpaket.

Mota Pinto, der wegen des Entlassungsverbots, das die Gewerkschaften bei dem künftigen Regierungschef Mario Soares durchgesetzt hatten, seine Mitarbeit aufkündigte, stimmte einer Regelung zu, die den Arbeitsgesetzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft entspricht. Damit wurde der Beschluß des künftigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, aus der Regierungskoalition auszusteigen, hinfällig.

DER KOMMENTAR

Unvereinbar

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung in Hannover haben die Grünen den Beweis geführt, daß sie nicht schon deshalb eine Partei darstellen, weil sie Abgeordnete im Bundestag haben. Man hat es mit einer Sammlung von Strömungen zu tun, deren Ziele unvereinbar sind.

Offensichtlich ist es eine Auswirkung der Wende in Bonn, daß die Grünen sich in eine Grenzsituation versetzt sehen. Die Empfänglichkeit der Bevölkerung für ihre Themen läßt erkennbar nach; sie ist zur Zeit auf das Raketen- und Friedensthema reduziert, und in dieser emotionalen Solidarisierungskampagne aller, die sozialistisch und pazifistisch sind, führen nicht die Grünen das große Wort. Hinzu kommt die praktische Erfahrung, daß weder die revoluzzerhaften Proteste (wie gegen Brokdorf und Startbahn West) noch Happenings die Handlungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie außer Kraft setzen können.

Vorstandsmitglied Bahro folgert, daß der „rot-grüne Reformblock" tot sei, noch ehe ihn der SPD-Vorsitzende Brandt richtig hatte zum Leben erwecken können. Der gelernte Kommunist Bahro läßt hinter sich, was er treffsicher Big Labour nennt, nämlich eine linkssozialistische Formation aus SPD, Gewerkschaften und Grünen. Er sucht die Zukunft in der konservativen Natur der gesamten Bevölkerung, und darum rät er den Grünen, mit dem Thema der Ökologie die konservative Grundstimmung der Bevölkerung anzusprechen. Bahro glaubt, so könne der Ausbruch aus dem Gatter der Außenseiter gelingen.

Sein interner Gegenspieler Trampert vertritt das entgegengesetzte Konzept forcierter Radikalisierung, die zwangsläufig in die Isolierung führt. Er spricht diffamierend von den „Schweinereien des CDU-Staats", will mit der „staatlich verordneten Legalität" brechen, hofft auf einen Generalstreik im Herbst als Keulenschlag von Big Labour.

Beide Konzepte zeigen, daß die Grünen nach einer Überlebensstrategie suchen. Bahro träumt langfristig von einer Art FDP-Rolle. Trampert ist ungeduldiger. Er denkt an die Hessen-Wahl im September und rät den Grünen, ihre schier aussichtslose Situation in diesem Bundesland umzukehren, indem sie den erhofften „heißen Herbst" zu ihrem Wahlkampf umfunktionieren.

Ob Bahro oder Trampert, beide künden davon, wie verzweifelt die Grünen selbst ihre Lage sehen.

Bei START will Reagan Moskau entgegenkommen

dpa, Washington

Washington wird der Sowjetunion bei den Verhandlungen über den Abbau der Interkontinental-Raketen (START) voraussichtlich einen neuen Vorschlag unterbreiten, der näher an sowjetischen Vorstellungen liegt. Die START-Gespräche werden am 8. Juni in Genf wiederaufgenommen.

Präsident Reagan will morgen mit dem Nationalen Sicherheitsrat über neue Anweisungen für Chefunterhändler Rowny beraten. Der Präsident hat mehr Flexibilität zugesagt, ohne sich bislang auf Einzelheiten festzulegen.

Wie verlautete, gehen die Überlegungen der Administration dahin, vom Vorschlag der Reduzierung des jeweiligen Potentials auf 850 Raketen abzurücken. Im Außenministerium soll jetzt eine Zahl von zwischen 1150 und 1400 Raketen befürwortet werden. Einbezogen in die Überlegungen ist der Vorschlag der sogenannten MX-Kommission, das Schwergewicht bei den START-Verhandlungen von der Zahl der Raketen auf die Zahl der Sprengköpfe zu verlagern.

Reagan hatte ursprünglich vorgeschlagen, beide Seiten sollen die Zahl ihrer strategischen Raketen auf jeweils 850 verringern und für die Sprengköpfe eine Obergrenze von 5000 vereinbaren. Moskau erklärte sich demgegenüber lediglich bereit, bis 1990 stufenweise auf jeweils 1800 Raketen zurückzugehen. Moskau hatte die US-Vorschläge als nicht konstruktiv bezeichnet, da das Schwergewicht auf dem Abbau von landgestützten Raketen liegen würde, die zu 70 Prozent Grundlage der strategischen Verteidigung der UdSSR seien.

Seite 10: Nachrüstung

Wiesheu fragt CDU nach ihren Absichten

AP/DW. Bonn

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu schließt eine bundesweite Ausdehnung seiner Partei nicht aus, wenn die CDU damit beginnen würde, in Bayern aktiv zu werden. Er gehe jedoch nicht davon aus, daß die CDU nach Bayern komme, erklärte Wiesheu in einem Interview mit Radio Bremen. Wenn sie dies jedoch täte, „dann werden wir schauen, wieviel Stimmen auf die CDU entfallen und auf die CSU außerhalb Bayerns", sagte Wiesheu. „Das wäre ja noch kein Präjudiz für weitere Entwicklungen."

Vielleicht sei die CDU gewillt, eine bundesweite Europaliste aufzustellen, damit die Statutenänderung der CDU auf dem Parteitag in Köln nicht umsonst beschlossen worden sei. „Auch dazu sind wir gesprächsbereit", versicherte Wiesheu. Angst vor der künftigen Entwicklung habe die CSU nicht. „Ich glaube, daß hier die CDU etwas Angst vor der eigenen Courage bekommen hat, wenn ich erstens die Beschlußfassung anschaue, den CDU-Parteitag und dann die Äußerungen werte, die nachher von verschiedenen CDU-Politikern zu diesem Thema abgegeben worden sind", fügte der CSU-Generalsekretär hinzu.

Wiesheu spielte damit auf Dementis, Stellungnahmen und Erklärungen führender CDU-Politiker an, in denen die Absicht einer Drohung an die Adresse der CSU bestritten und eine CDU-Ausdehnung als schwerer Fehler bezeichnet worden war. „Drohung kann es nicht sein, ein strategischer Ansatz soll es nicht sein, dann frage ich mich allmählich nach dem Sinn einer derartigen Satzungsbestimmung", sagte Wiesheu.

Weizsäcker spricht doch nicht vor der SPD-Fraktion

Berliner Parteiführung lehnte Vogels Vorschlag ab

hrk. Berlin

Richard von Weizsäcker kann heute nicht vor der SPD-Bundestagsfraktion, die erstmals nach der Wahl und erstmals unter Hans-Jochen Vogel im Reichstagsgebäude tagt, über die aktuellen Probleme Berlins berichten. Vogels Vorschlag, seinen CDU-Nachfolger im Amt des Regierenden Bürgermeisters einzuladen, scheiterte am Widerstand der Berliner SPD-Spitze.

Vor allem der Landesvorsitzende und Vogel-Nachfolger an der Berliner Fraktionsspitze, Peter Ulrich, verweigerte seine Zustimmung. Dagegen unterstützte der künftige SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock die Idee Vogels.

Sie war vom früheren Kanzlerkandidaten der SPD bei seinem Berlin-Abschied am Abend des 26. April im Rathaus Schöneberg geäußert worden. Ulrich argumentierte hingegen, es ginge nicht an, auf diese Weise den Berlinern den Eindruck zu vermitteln, als sei selbst die Bundes-SPD überzeugt, daß Weizsäcker sehr wohl die Berliner Probleme allein zu lösen in der Lage wäre. Wegen dieser Frage kam es auch, wie Teilnehmer einer Gesprächsrunde bei Vogel berichteten, zu einem erregten Wortwechsel zwischen Ulrich und Ristock, der für den Weizsäcker-Vortrag plädierte.

Die Sitzung der 202 Bundestagsabgeordneten beginnt heute im Reichstagsgebäude. Über die Lage der Berliner Wirtschaft spricht unter anderen der Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Wahlkampfberater Vogels, Hans-Jürgen Krupp.

Die Abgeordneten besuchen außerdem das Bundesumweltamt, diskutieren im Problembezirk Kreuzberg, sprechen mit den Betriebsräten von drei Großunternehmen. Die Etatexperten der Fraktionen beraten über die Haltung der SPD zum Bundeshilfe-Vorschlag 1984 der Regierung, den Kabinettsbeschluß über den Einstieg in die S-Bahn-Übernahme durch den Westen und den künftigen Erdgas-Anschluß West-Berlins.

Selbst bei einer abendlichen Dampferfahrt läßt Vogel arbeiten: Die Themen Transitverkehr auf dem Wasser sowie der Neubau eines Kohlekraftwerks stehen auf der Tagesordnung an Bord.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kennzeichnend

Von Werner Kahl

Der modische Ausdruck von der Transparenz der Dinge hat nicht nur eine semantische Hofierung erfahren – hinter den Worten steht Wirklichkeit: Behörden geraten, etwa, unter dem Druck politischer Zeitschwärmer in Gefahr, dem Verlangen nach Offenlegung polizeilicher Aktionen soweit nachzugeben, daß schließlich der „Datenschutz" vor der Verbrechensbekämpfung rangiert.

In Berlin wiederum sollen die Polizeibeamten zusätzlich zur Dienstnummer auch ein Schild mit ihrem Namen sichtbar am Rockaufschlag tragen. Der Plan war Ende der siebziger Jahre schon einmal akut, ist aber nach heftigen Diskussionen aufgegeben worden.

Hat sich seither an der Argumentationslage etwas geändert? Wohl kaum: Vater Staat als oberster Dienstherr seiner Beamten und Angestellten muß sich noch immer den Vorwurf gefallen lassen, daß er hier mit zweierlei Maß messen will. Die einen, die Demonstranten, haben nach wie vor die Möglichkeit, eine Bekundung ihres politischen Willens weitgehend folgenlos zu Angriffen gegen die öffentliche Ordnung auszunutzen – sie sind ja im Zweifelsfalle vermummt. Die anderen aber, die eben diese Ordnung aufrechterhalten sollen, die Polizisten – nun ja, die sind halt transparent.

Gestatten, signalisiert das Namensschild dem vermummten Gegenüber, *Hauptwachtmeister Meier.* Und wer sind Sie, mein Herr, hinter der Maske?

Die Order an den Berliner Polizeipräsidenten, ein Testjahr mit Namensschild einzuführen, kommt von oben und ist leider parteipolitisch inspiriert. Der FDP-Partner in der Landesregierung hat die schon lange rumorende Forderung der linken Liberalen mit in die Koalitionsehe eingebracht. Eine dubiose Mitgift.

Denn es muß ganz einfach Unzufriedenheit erzeugen, wenn die Ungleichbehandlung – hier Namensschild, da tolerierte Vermummung – vom Gesetzgeber herausfordernd akzentuiert wird. Ist das die Berliner Form der gerühmten Wende?

Demonstration eigener Art

Von Enno v. Loewenstern

Was da in Stuttgart organisiert wurde als Protest gegen die Arbeitslosigkeit in Europa und für ein Beschäftigungsprogramm der Regierungen (deren Chefs vom 17. bis 19. Juni in Stuttgart tagen), war seit Monaten liebevoll vorbereitet worden. Man hatte Busse, Sonderzüge und Flugzeuge gechartert, um durch recht viele Teilnehmer aus ganz Europa die Richtigkeit der eigenen Vorwürfe und Forderungen zu unterstreichen. Und dann kam etwas dazwischen, was nun gar nicht für diesen Zeitpunkt geplant war: Die Große Tarifkommission der ÖTV lehnte den Schlichtungsvorschlag im öffentlichen Dienst ab, dem ihre Gewerkschaftsführung zugestimmt hatte.

„Da haben Delegierte gegen das Schlichtungsergebnis gestimmt, in deren Gebiet die Arbeitslosigkeit fast zehn Prozent beträgt", sagte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Siegfried Merten bitter zur „Bild"-Zeitung. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß dort die Kollegen den Streik wollen." Dabei geht es, wie er anmerkte, um „ein paar Zehntelprozente".

Da sind also Millionen arbeitslos, weil die Arbeit zu teuer geworden ist und weil die öffentlichen Hände durch maßlose Ausgabenpolitik (was hat sich der sogenannte Weltökonom Schmidt dafür gelobt, den öffentlichen Korridor auf Kosten des privaten erweitert zu haben!) die Wirtschaft belasten, nicht zuletzt durch Absaugen von Krediten und daraus folgende Zinsverteuerung. Die Arbeitsbesitzer aber fordern unbeirrt mehr, vor allem die unkündbaren, von keiner Arbeitslosigkeit bedrohten . . .

Oder sind es wirklich die Arbeitsbesitzer, ist es nicht vielmehr eine profilsüchtige mittlere Funktionärsschicht, die ihnen einredet: Sparen ist richtig, aber nur auf Kosten der jeweils anderen? Wenn die mündigen Arbeitslosen einmal begriffen, wem sie wirklich die Arbeitsmarktlage der Republik zu verdanken haben, stünden manchen Schreibtischwohltätern warme Tage bevor.

Hochwasser und Wein

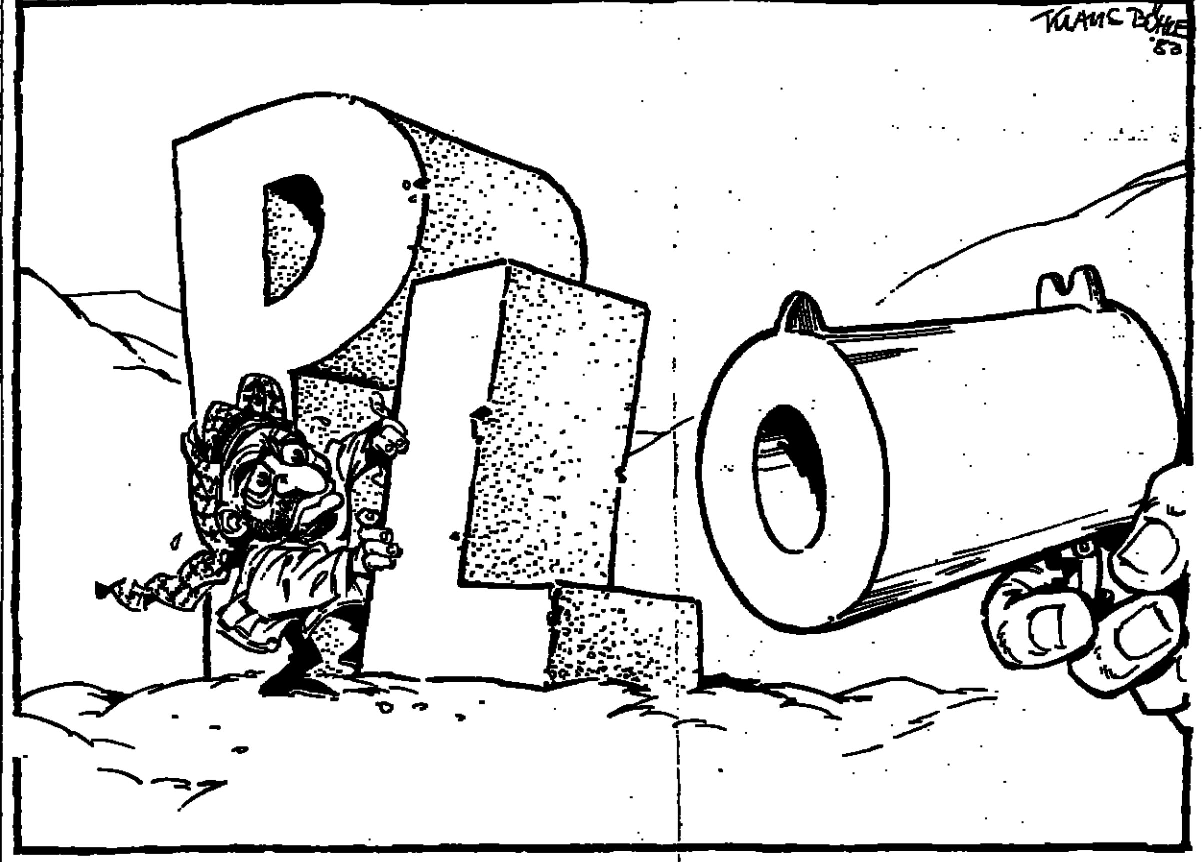
Von Joachim Neander

Der Streit um die Hochwasserursachen, so wie ihn jetzt Fachleute und Laien führen, ist wenig ergiebig. Daß die Veränderung der Landschaft durch Menschenhand eine Rolle dabei spielt, ist sehr wahrscheinlich. Aber in welchem Maße, das läßt sich selten beweisen.

Vor allem aber müssen diese Veränderungen, wenn man über sie redet, auch in ihrem sozialen Zusammenhang gewertet werden. Bleiben wir einmal beim Beispiel Mosel. Gäbe es die für die Winzer gerade hier lebensnotwendige Arbeitserleichterung durch die Flurbereinigung nicht, dann wäre der Weinbau in weiten Teilen des Mosellands längst aufgegeben worden.

Ohne Weinbau wiederum, ohne die Kanalisierung der Mosel und ohne die vielen in den letzten Jahrzehnten gebauten Zu- und Durchfahrtsstraßen an den Ufern, wäre der Fremdenverkehr in den Kinderschuhen steckengeblieben. Und ohne Fremdenverkehr und Weinbau – dies läßt sich leichter beweisen als die Sache mit dem Ablauf der Schmelzwasser – hätte ein großer (vielleicht der größere) Teil der Bevölkerung dieser Region kein Auskommen mehr. Diese Menschen wären abgewandert. Die Hotels, die jetzt unter Wasser standen, gäb's gar nicht. Die Mosel wäre ein wunderschönes, natürliches, weithin menschenleeres Überschwemmungsgebiet.

Wer diesen für alle echten Zielkonflikte sehr typischen Zusammenhang nicht anerkennt und bei allen Diskussionen berücksichtigt, der kann nicht ernst genommen werden. Über Einzelheiten, etwa übertriebene, fachlich falsche, zu sorglose Maßnahmen bei der Landschaftsveränderung läßt sich streiten. Aber einfach alles in Bausch und Bogen als Versündigung des Menschen an der Natur zu bejammern, die jetzt gerecht bestraft werde, ist genauso sinnvoll wie die (merkwürdigerweise nie gestellte) Frage, warum denn, verdammt noch mal, in unmittelbarer Hochwassergefahr so viele erst in den letzten Jahren gebaute Häuser stehen müssen.



Äußerst fatal!

ZEICHNUNG KLAUS BÖHLE / COPYRIGHT DIE WELT

Mühsal des Instanzenwegs

Von Rupert Scholz

Das Wehklagen über zu große Belastungen der Justiz scheint für manchen ein Dauerthema zu sein, bei dem man am liebsten weghört. Doch wenn auch der Ruf nach Entlastung der Gerichte manchmal voreilig erhoben wurde, zumindest *heute ist* er unbedingt gerechtfertigt. Denn die Eingänge bei sämtlichen Gerichtsbarkeiten steigen rapide, und im Lichte der leeren Staatskassen gibt es kaum noch eine Justizverwaltung, die ihren Gerichten durch die Bewilligung zusätzlicher Richterstellen Entlastung gewähren kann. Doch selbst wenn Entlastungsmaßnahmen im personellen Bereich möglich wären, bliebe doch das grundsätzliche Problem bestehen: Die Belastung der Gerichte hat ein Ausmaß erreicht, das in allernächster Zukunft durchgreifende Maßnahmen erfordert.

Der 13. Deutsche Richtertag hat dies mit dem Paukenschlag des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, der breiteren Öffentlichkeit bewußt gemacht. Zeidlers Forderung nach dem Abschied von der „Instanzenseligkeit" und seine Empfehlung, über das Erfordernis einer allseitigen zweiten Tatsacheninstanz nachzudenken bzw. deren Rechtfertigung in das Konzert der dringend anzustellenden Rationalisierungserwägungen aufzunehmen, verdient Gehör. Hieran ändert auch der auf dem 42. Deutschen Anwaltstag gesetzte Kontrapunkt nichts. Daß die Rechtsanwälte gern für die Beibehaltung des gegebenen Instanzensystems und damit gegen eine Konzentration der Rechtswege plädieren, ist verständlich. Dies ändert jedoch nichts daran, daß auch die Rechtsanwälte justizpolitische Reformen mittragen müssen, die die Rationalität und Effektivität unserer Gerichte sichern.

Die Perfektion und instanzenmäßige Breite der deutschen Justiz hat lange beeindruckt. Die deutsche Justiz ist ein wirklicher und lange wirksamer Garant des Rechtsstaates gewesen. Wo aber gerichtlicher Rechtsschutz, auf den der Bürger einen verfassungsrechtlichen Anspruch hat, nicht mehr rechtzeitig, sondern erst nach überlanger Verfahrensdauer, teilweise endlosen Instanzenzügen und häufig viel zu kostspieligen Rechtsmitteln erlangt wird, dort schlägt organisatorische und verfahrensmäßige Perfektion um in antirechtsstaatliche Komplikation. Der Bürger hat vor allem Anspruch auf einen Rechtsschutz, der so gerecht wie möglich, so rasch wie möglich und so friedensstiftend wie möglich ist.

Hierzu gehört nicht notwendig eine zweite Tatsacheninstanz. Hierzu gehören Rechtsmittel überhaupt nur so weit, wie es um die notwendige Kontrolle auch des Richters und um die notwendige Wahrung der Rechtseinheit geht. Der Rechtsstaat unserer Verfassung ist nicht notwendig Rechtsmittelstaat; der Rechtsstaat garantiert den Rechtsweg zum Richter, aber nicht notwendig den Rechtsweg gegen den Richter. In der Straffung liegt keineswegs immer, wie die beliebte Klage lautet, eine „Bedrohung des Rechtsstaates"; die Wahrheit ist vielmehr umgekehrt: Gerade der Verfassungsgrundsatz des Rechtsstaatsprinzips fordert die Gewährleistung eines Rechtsschutzes und damit eines Gerichtssystems, das dem Bürger einen möglichst unkomplizierten, möglichst leicht durchschaubaren und möglichst raschen bzw. rechtzeitigen Rechtsschutz gewährt.

Zur Sicherung und Wiederherstellung dieser justizpolitischen Grundverantwortung gibt es viele Wege. Der Verzicht auf eine zweite Tatsacheninstanz ist nur einer davon. Die zweite Tatsacheninstanz sollte namentlich im Verwaltungsprozeß dort entfallen, wo es um die gerichtliche Kontrolle von Großprojekten wie Kraftwerken o. ä. geht und wo die zweite Tatsacheninstanz in aller Regel nur zur Verschleppung oder jahrelangen Verzögerung abschließend verbindlicher Urteile führt. So ist zu hoffen, daß die diesbezügliche Bundesratsinitiative möglichst bald zum Erfolg führen möge.

Der Verzicht auf eine zweite Tatsacheninstanz ist auch im Lichte des Verhältnisses von Kollegialgerichtsbarkeit und Einzelrichtertum zu diskutieren. Setzt man verstärkt auf die Kollegialgerichtsbarkeit bereits als erste Tatsacheninstanz wie bei den Landgerichten, so wird es einer zweiten Tatsacheninstanz wie gegenüber dem als Einzelrichter fungierenden Amtsrichter sicher nicht so allgemein bedürfen, wie dies bisher angenommen und vom geltenden Recht vorausgesetzt wurde.

Das System der Rechtsmittel läßt sich auch über den verstärkten Einsatz von Zulassungsberufung, -beschwerde und -revision straffen. Andere Möglichkeiten liegen bei der Konzentration auf Rügen der Verletzung des rechtlichen Gehörs oder bei *qualifizierten* Voraussetzungen für die Aufklärungsrüge. Von Gerichtsbarkeit zu Gerichtsbarkeit bedarf es hier sicher differenzierter Antworten. Keine gültige Antwort ist jedoch die des generellen Nein oder des undifferenzierten Festhaltens am Bestehenden.

Andererseits gebe man sich keinen Illusionen hin: Die Entlastung der Justiz ist nicht allein durch Maßnahmen des Prozeßrechts und der Gerichtsorganisation zu erreichen. Zur Entlastung der Gerichte bedarf es auch einer Gesellschaft, die weniger in den Kategorien des Konflikts und seiner gerichtlichen Austragung als in den vernünftigen Vorstellungen vom Weg zum Richter als Ultima ratio denkt, sowie eines Gesetzgebers, der die schon ohnehin komplizierter und vielschichtiger werdenden Lebensverhältnisse nicht noch zusätzlich mit einem Übermaß an juristischen Komplikationen und mit nicht unbedingt erforderlichen Regelungspotentialen überfrachtet.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitherausgeber des Grundgesetzkommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz FOTO: PETER PROBST

IM GESPRÄCH Paul v. Hevesy

Mit hundert noch engagiert

Von Ladislaus Hory

Der letzte noch lebende *Diplomat der* österreichisch-ungarischen Monarchie, Paul von Hevesy, feierte jüngst seinen hundertsten Geburtstag mit der Bemerkung: „Ich befürchte, daß ich meinen zweihundertsten Geburtstag nicht mehr feiern kann."

Auch heute noch, Jahrzehnte nach seiner Pensionierung, veröffentlicht er regelmäßig Stellungnahmen in den Spalten der westlichen Presse oder schreibt Briefe an Staatsmänner und Militärs zu weltpolitischen Fragen. Besonders das letzte Kolonialreich der Welt, Sowjeteuropa, liegt ihm am Herzen. Nebenbei arbeitet Hevesy an seinen Memoiren. Wie weit er damit ist? „Achteinhalb Kilo sind schon fertig, ungefähr vier muß ich noch schreiben."



Habsburgs letzter Diplomat: Paul v. Hevesy FOTO: DIE WELT

Sein Humor hat ihn nie im Stich gelassen. 95 Jahre alt war er, als er in klirrender Kälte von Kitzbühel nach Innsbruck mit zweiseitiger Lungenentzündung eingeliefert wurde. Nach einer Woche verließ er gesund die Universitätsklinik und kommentierte: „Die Kränze muß man abbestellen. Ich gestehe jedoch, daß ich diesmal um meine Zukunft ein bißchen besorgt war."

Sein Maturazeugnis ist von der Jahrhundertwende datiert. Als der Friedensvertrag von Trianon zwei Drittel des ungarischen Staatsterritoriums abgerissen hatte, war Hevesy ein 37jähriger Gesandtschaftssekretär. Seine Beamtenkarriere hatte er als blutjunger Jurist beim Komitat Pest begonnen. 1909 wurde er Attaché an der Londoner österreichisch-ungarischen Botschaft. Die nächsten Akte spielten in Buenos Aires, Konstantinopel, Wien und Bern, wo er die letzten zwei Jahre des Ersten Weltkrieges verbrachte. Nach dem Zusammenbruch blieb er Budapest treu. Das ungarische Außenministerium entsandte ihn als Gesandtschaftssekretär nach Washington, später als Gesandtschaftsrat nach Paris. Von 1926 bis 1931 war Paul von Hevesy der Leiter der ungarischen Delegation beim Völkerbund in Genf. Während des Zweiten Weltkriegs war er in London und wirkte hinter den Kulissen für sein Land. Sein Bruder György, ein mit dem Nobelpreis ausgezeichneter Professor der Chemie, lehrte an der Freiburger Universität, wo eine Straße nach ihm benannt wurde. Vor einiger Zeit machte sich Österreichs Bundespräsident Kirchschläger die Erfahrungen des greisen Diplomaten zunutze: Er empfing Paul von Hevesy zu längerem Gedankenaustausch.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

KURIER

Das Wiener Blatt meint zur Lage in Nahost:

Da sich die Meuterei in Nordlibanon abspielt und hier nichts ohne ausdrückliche Bewilligung der syrischen Armee geschehen kann, stehen die Drahtzieher der Aktion fest: die Regierung in Damaskus und ihr großer Verbündeter, die Sowjetunion. Beide wollen verhindern, daß sich innerhalb der PLO die gemäßigte Linie Arafats durchsetzt . . . Was auf der Strecke bleibt, sind nicht nur der Reagan-Nahostplan, sondern auch die Glaubwürdigkeit der PLO als Verhandlungspartner.

LE FIGARO

Die Demonstration der französischen Polizei gegen die Regierung wird von der Pariser Zeitung kommentiert:

Der sozialistische Staat fällt in sich zusammen. Wie ein Kartenhaus. Man bessert nichts mehr aus. Die gefallenen Karten werden nur noch so gut wie möglich eingesammelt. Der sozialistische Staat stürzt nicht unter den Schlägen einer Opposition ein, die sich klug, wenn nicht sogar weise, zurückhält. Der sozialistische Staat geht unter dem Gewicht seiner eigenen Irrtümer zugrunde. Ist ein Staat, wohlgemerkt ein demokratischer Staat, noch immer ein solcher, wenn das Schauspiel auf den Straßen beweist, daß er von praktisch allen Vertretern der Ordnungskräfte abgelehnt wird?

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum rumänischen Vorstoß auf dem KSZE-Folgetreffen heißt es in dem Blatt:

Auf dem Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ging eine politische Bombe hoch. Die Rumänen verpaßten den Sowjets eine schallende Ohrfeige. Dabei war allein die Tatsache, daß Bukarest Moskau die Stirn bot, nicht der Anlaß, der das große Aufsehen erregte. Kontroversen zwischen den beiden östlichen Paktpartnern gab es schon viele. Die Madrider Konfrontation erhielt ihre Brisanz durch den Inhalt der Auseinandersetzungen. Niemand hatte damit gerechnet, daß ein Mitglied des Warschauer Bündnisses ausgerechnet in den heftig umstrittenen Fragen der Menschenrechte Partei für westliche Forderungen ergreifen würde. Die Beweggründe, die das rumänische Vorgehen in Madrid erklären, liegen klar auf der Hand. Es handelt sich um ein sehr vordergründiges taktisches Manöver, das die westlichen Regierungen bei Geberlaune halten soll. Ceausescu ist nämlich pleite.

Lübecker Nachrichten

Zum Blutbad von Eppstein-Vockenhausen meint das Blatt:

An dem Blutbad in der Schule von Eppstein-Vockenhausen wird einmal mehr die fortschreitende Auflösung von Taburäumen grausam deutlich. Der Überfall auf eine Schule, das Töten der Kinder sind nicht mehr zu steigern. Aber welche Hemmschwellen müssen zu Bruch gehen, ehe ein Mensch dazu fähig ist? Mit normalen Maßstäben, die wir immer versucht sind anzulegen, ist das nicht zu messen. Doch trägt nicht schon jede Form von Gewalt, die durch Gewöhnung akzeptiert wird, ein Stück dazu bei, in einem Extremfall ein solches Tabu zu brechen?

WESTFALENPOST

Zu Kohls Moskau-Reise meint das Hagener Blatt:

Der Bundeskanzler in Moskau muß für den gesamten Westen glaubwürdig auftreten können. Der Gipfel der sieben Industriestaaten in Williamsburg hat ihn dazu ermächtigt. Daß Helmut Schmidt die zahlreichen sozialdemokratischen Dissidenten vorerst vergattert hat, stärkt Kohls Position in Moskau. Die deutschen Interessen, die so eng mit einem vernünftigen Ausgang in Genf verbunden sind, profitieren davon.

BERLINER MORGENPOST

Zu der Prognose des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit meint das Blatt:

Stingl . . . hat der Versuchung nicht widerstehen können, eine prophetische Hochrechnung aufzugreifen, die Heiner Geißler unter die Leute gebracht hat. Sie lautet: 1985 wird es nur noch eine Million Erwerbslose geben. Gewiß: Der gewichtige Herr aus Nürnberg stellt diese Zahl nicht einfach in den Raum. Er umrankt seine Prognose mit einer Serie von Vorbehalten. Doch wer merkt schon, daß diese Vorbehalte den Wert des Zahlenspiels gleich wieder aufheben? Nein: Die Nation hört den Namen Stingl, vernimmt die magische Zahl – und damit werden Hoffnungen erweckt, deren psychologische Wirkung gar nicht abzusehen sind.

Parteienträume im rauhen Wind des Mehrheitswahlrechts

Warum Frau Thatcher mit Recht auf das ewige Leben der Labour Party hinwies / Von Fritz Wirth

In Wahlkämpfen ist der Spielraum für politische Wunder und Paradoxa offenbar unbegrenzt. Wie anders ist es zu erklären, daß man aus dem Munde Frau Thatchers plötzlich eine leidenschaftliche Verteidigung der Labour Party vernimmt – zu einem Zeitpunkt, da diese Partei in Erwartung des deprimierenden Wahlergebnisses am 9. Juni bereits den Trauerflor anzulegen beginnt? „Die Labour Party", sagte sie, „wird niemals sterben." Und sie sang ein Loblied auf jenen Sozialismus, wie er einst in der Labour Party unter Hugh Gaitskell gedieh.

Mitleid? Kaum. Diese Frau mag ein großes Herz haben, doch es dürfte immer noch nicht so groß sein, die bösen Beschimpfungen, die in den letzten Tagen aus dem Labour-Lager gegen sie zu vernehmen waren, so großmütig zu vergessen.

Strategisches Kalkül? Diese Möglichkeit liegt viel näher, denn Frau Thatchers Überlebensverdikt für Labour wurde zu einem Zeitpunkt gesprochen, da die sozial-liberale Allianz sich anschickt, die Labour Party in den Meinungsumfragen zu überflügeln und bereits selbstbewußt in die Kleider der „einzig glaubwürdigen Opposition zu den Tories" schlüpft. Diese Allianz hat kaum die Chance, die Tories bis zum 9. Juni einzuholen oder gar zu überflügeln. Aber sie ist in der Lage, die zu erwartende überwältigende Mehrheit der Tories in dieser Wahl zu reduzieren.

Viel plausibler jedoch ist die Erklärung, daß Frau Thatcher mit ihrer Prognose schlicht die Wahrheit sagen wollte. Labour wird in der Tat nicht sterben, wie groß in dieser Partei in den letzten beiden Jahren auch die rätselhafte Lust am politischen Selbstmord geworden sein *mag. Das hat nicht nur* etwas mit der immer noch starken Lebenskraft Labours zu tun, sondern mit jahrzehntealten politischen Strukturen, die nicht in einer einzigen Wahl überwunden werden können, so kühn der Handstreich der sozial-liberalen Allianz gegen diese fest zementierten Strukturen und so schwer die Niederlage Labours am kommenden Donnerstag auch sein mögen. Denn hinter dieser Labour Party steht immer noch die vorläufig ungebrochene Kraft der Gewerkschaften, steht eine solide finanzielle und soziologische Basis, die nicht über Nacht zu zerbrechen ist.

Noch viel schwerer aber wiegt: Gegen diesen Aufbruch alter Oppositionsstrukturen spricht eine Hürde, die seit 60 Jahren jede dritte politische Kraft in diesem Lande gestoppt hat, nämlich das Mehrheitswahlsystem. Dieses Hindernis gibt Anlaß, die jüngsten, sensationell klingenden Schlagzeilen der britischen Presse über den großen Durchbruch der Allianz ins rechte Licht zu rücken. Selbst wenn man annimmt, daß der Aufwärtstrend der Sozial-Liberalen in den letzten vier Tagen bis zur Wahl weiter anhält, muß das noch nicht das Todesurteil für Labour sein. Denn diese Meinungsforscher, von denen zwei von sieben Instituten an diesem Wochenende zum ersten Mal die Allianz vor der Labour Party in Führung sehen, zählen Stimmen, nicht Unterhaussitze.

Die Eigenart und die Unfairneß des britischen Mehrheitswahlsystems bringt es mit sich, daß eine Partei mit 29 Prozent der Stimmen durchaus die Mehrheit der Unterhaussitze gewinnen kann, wie es Labour im Jahre 1974 gelang, daß aber eine Partei mit 19,2 Prozent der Stimmen nur zwei Prozent der Unterhaussitze erringt, wie es den Liberalen im gleichen Jahr widerfuhr.

Oder noch ein krasseres Beispiel: Bei der letzten Unterhauswahl im Jahre 1979 erhielten die Tories für 40 409 Stimmen einen Unterhaussitz. Labour bekam ihn für 42 929 Stimmen. Die Liberalen dagegen benötigten für einen Sitz im Unterhaus 392 162 Wählerstimmen. Sie brauchten also für einen Unterhaussitz etwa zehnmal soviel Stimmen wie die Konservativen.

Das ist die Wirklichkeit hinter den so sensationellen Schlagzeilen vom großen Barrikaden-Sturm der sozial-liberalen Allianz. Es ist die Geschichte der Leiden und der tragischen Hoffnungen aller dritten Kräfte in diesem Land. Der Weg dieser dritten Kräfte zur Macht ist nicht in offener Feldschlacht zu gewinnen gegen eine der beiden etablierten Parteien, es müßten zunächst die Kampfregeln dieser Schlacht geändert werden, vom Mehrheits- zum Verhältniswahlsystem.



Im Saudi-Jet flieht Arafat vor den Genossen der PLO

Von PETER M. RANKE

Die syrische Stoppuhr für Yassir Arafat läuft. In Libanon schießen Palästinenser auf Palästinenser. Es gibt Tote und Verwundete. Aber der Mann mit den bekanntesten Bartstoppeln der Welt und den stechend dunkelbraunen Basedow-Augen ist auf der Flucht. Er benutzt einen von dem saudischen Prinzen geschenkten Privat-Jet oder einen gepanzerten Mercedes. Am Wochenende war er in Rumänien, bald fliegt er nach Indien. Das Ziel ist unwichtig und politisch ohne Bedeutung. Denn der vielfache „Schreibtischmörder" Yassir Arafat (53) flieht vor sich selbst, vor seinen palästinensischen oder syrischen Genossen und vor der historischen Realität.

Es gehört zu den Lebenslügen des Yassir Arafat, daß er seine wirren Reisen mit politischer Deutungsschwere umgibt. Da sollen „entscheidende Beschlüsse" für den Kampf der PLO gefaßt werden, da wird Solidarität beschworen oder da wird vermittelt. Die Wirklichkeit ist: Der Boß der reichsten und dennoch erfolglosen Terror-Organisation PLO hat nichts anderes mehr, als zu reden und zu reisen. Der Meuterei in seiner eigenen Hausmacht ist er seit vier Wochen nicht Herr geworden. Er hat seine Leute ins Feuer geschickt und verraten. Er ist das, was er immer war: ein schwätzender Versager.

Schon war sein Stellvertreter, Abu Iyad, in Moskau, um über die Nachfolge in der PLO-Führung zu sprechen. Arafat ist nur noch Galionsfigur, und er weiß es. Die schwerste Krise der Palästina-Befreiungsbewegung PLO schwelt seit der Meuterei von rund 10 000 Anhängern der Arafat-Hausmacht Fatah in Syrien und in Libanon weiter, auch wenn der zweite Stellvertreter Abu Jihad signalisiert, der Streit sei beigelegt. Nichts ist beigelegt, nur das Schicksal von Arafat ist noch nicht entschieden. Aber die syrische Stoppuhr läuft.

Die Syrer haben ihre eigene Hausmacht in der PLO, die Saika (Blitzstrahl), mobilisiert. Radikale Führer wie Habasch von der „Volksfront" (PFLP) oder Hawatmeh von der „Demokratischen Volksfront" (DFLP) und Jebril vom „Generalkommando" werden wie Abu Iyad von den Syrern unterstützt. Mit Hilfe des syrischen Geheimdienstes besetzten ihre Leute die sechs wichtigen Büros und Nachschub-Depots der PLO in Damaskus. Und in der Bekaa-Hochebene widersetzten sich „Kommandeure" wie Samir Mussa von der Yarmuk-Brigade, wie „Major" El Badr, wie „Oberst" Mahmud Issa und der „Artillerie-Kommandeur" Wassif Oreikat im syrischen Stützpunkt Suweida den Absetzungsbefehlen Arafats. Die „Assifa" (Sturm), der von Arafat selbst gegründete militärische Arm der Fatah, hört nicht mehr auf sein Kommando. Nur westliche Politiker, oft auch den Illusionen näher als der Wirklichkeit und ohne Kenntnis der Orientalen, haben den kleinen und zutiefst bourgeoisen Yassir Arafat seit dem UNO-Auftritt im November 1974 für einen Revolutionär, für einen kommenden Staatsmann und Bundesgenossen in „Palästina" gehalten. Für einen Gemäßigten dazu, der doch auch Frieden wolle im nunmehr seit fast 40 Jahren schwärenden Nahost-Konflikt. So auch der Papst, der seinen Ratgebern traute und Arafat im vorigen September empfing, weil diese Ratgeber nicht eine jüdische Oberhoheit über das Heilige Land akzeptieren. Nur drei entscheidende Mächte haben sich über Arafat niemals täuschen lassen: der israelische Geheimdienst mit seinen psycho-analytischen Studien, der syrische Präsident Hafes Assad und die Mehrheit der einsichtigen Palästinenser, die längst wissen, daß sie irgendwie mit Israel zusammenleben müssen.

Den harten Syrern ist Arafat zu schwach und zu kompromißbereit, auch zu hinterhältig und durch saudisches Geld kompromittiert. Seine Routine, Einigkeit zum kleinsten Nenner zu verkaufen, stört sie. Viele Palästinenser wiederum fühlen sich von ihm im Stich gelassen, zumindest seit jenem 10. April dieses Jahres, als Arafat die Zusammenarbeit mit König Hussein von Jordanien für eine Friedenssuche wieder einmal aufkündigte. Sie haben außerdem nicht vergessen, wer 1970/71 Zehntausende von Palästinensern in Jordanien in Tod und Vertreibung hetzte, weil er die eigenen Kräfte leichtsinnig überschätzte. Es war Yassir Arafat, der dann den gleichen Fehler in Libanon und in West-Beirut 1982 beging. „Jedermann kann Fehler machen, aber denselben Fehler zu wiederholen, das schaffen nur Idioten", besagt ein arabisches Sprichwort. Arafat – ein gewissenloser militärischer Abenteurer, ein politischer Glücksritter und Verderber seiner Gefolgsleute.

So ähnlich und schlimmer noch hatte ihn schon der syrische Präsident Assad während des libanesischen „Bürgerkrieges" bezeichnet, als er mit Arafat am 20. Juli 1976 in einer Rede abrechnete. Er warf ihm vor, völlig unsinnigerweise die PLO für den Umsturz in Libanon einzusetzen, anstatt gegen Israel zu kämpfen. Nun, Arafat hatte damals schon den PLO-Staat in Süd-Libanon mit der Terror-Zentrale Beirut aufgebaut und ihn auch zu einem einträglichen Wirtschaftsunternehmen entwickelt, das er nicht durch ein Bündnis der Syrer mit den libanesischen Christen gefährden lassen wollte. Aber mir selbst ist unvergeßlich, wie mir der prosyrische Saika-Chef, der später in Südfrankreich wahrscheinlich von der Fatah ermordete Zuhair Mohsen, im Herbst 1976 in Damaskus mit seinen ringgeschmückten Fingern vorrechnete: „Über 4000 Kämpfer hat dieser Narr Yassir Arafat in Beirut schon auf dem Gewissen."

Schon immer wollte Arafat mutig und ein militärischer Führer sein, aber er ist so lauwarm wie sein Händedruck. Wenn er jetzt schreit: „Gebt mir ein Gewehr", oder „Der Krieg ist das einzige Mittel", so ist das nichts anderes als Großmäuligkeit. Arafat ist ein Mann des verdeckten Kampfes, der Heimtücke, der Guerrilla und von daher gefährlich und grausam. Als er bei einer arabischen Untergrundaktion in Jerusalem in den 40er Jahren selbst einen Revolver besaß, schoß er sich damit irrtümlich in die Hüfte. Es gab nur eine ungefährliche Fleischwunde, aber seine Anführer nahmen ihm das Schießeisen weg.

Eigentlich heißt der Mann Rahman Abdel Rauf Arafat El Qudwa el Husseini. Sein Vater war ein reicher Textilhändler in Gaza und wurde von dort Ende der 20er Jahre wegen seines Handels mit Juden von arabischen Nationalisten vertrieben. Die Familie ging nach Kairo. Dort oder schon in Gaza wurde Yassir (der Name stammt von seinem Schullehrer) im August 1929 geboren. Sein älterer Bruder Mustafa und die Schwester Ina'am leben noch heute in Kairo.

Daß Yassir Arafat in Jerusalem geboren sein soll, ist Teil der politischen Lebenslüge und der PLO-Propaganda. Wahr ist, daß die Familie erst Anfang der 40er Jahre aus Kairo nach Jerusalem zog, wo sie einen einflußreichen Verwandten aus dem großen Husseini-Clan besaß, den sogenannten Großmufti Hadsch Amin, der seit 1936 den arabischen Aufstand gegen Engländer und Juden anführte. Doch bei Gründung des Staates Israel 1948 wanderten die Arafats nach Kairo zurück, wo sich Yassir 1951 als Ingenieur-Student den Moslem-Brüdern anschloß. Daß er in den Kriegen von 1948/49 und 1956 auf ägyptischer Seite gekämpft haben soll, ist eine Legende.

Zusammen mit seinen Kampfgenossen Abu Jihad und Abu Iyad (Salah Khalaf) wurde Arafat schon 1954 als Moslem-Bruder aus Kairo abgeschoben und ging nach Kuwait. Mit eigenen Geldern und Finanzen der Bruderschaft begann er 1959 dort mit dem Aufbau der Fatah. Der Name ist ein Anagramm aus „Harakat El Tahrir el Falastin", etwa Palästina-Befreiungsbewegung. Dabei ist der Name Palästina gar nicht arabisch, sondern er stammt von den Römern aus dem ersten Jahrhundert nach Christi, die dem von ihnen eroberten Judäa und Samaria diese Erinnerung an das längst vergangene Philister-Land aufzwangen.

Einmal muß man um die sehr bürgerliche und wohlhabende Herkunft Arafats wissen, zum anderen um seine Verbindungen zur sunnitischen Moslem-Bruderschaft. Sie erklären nicht nur den Hang zur finanziellen Absicherung und zum guten Leben, das Arafat zweifellos pflegt, wenn er kann, sondern auch seine engen Kontakte zum saudischen Königshaus, der sunnitischen Vormacht Arabiens. Arafat ist längst kein Mitglied der Bruderschaft mehr, wenn er es je war, aber diese politisch-religiöse Herkunft macht ihn bis heute für die Saudis zum willkommenen Führer eines etwaigen PLO-Staates in Palästina, der dann ja moslemisch und nicht etwa sozialistisch-revolutionär ausgerichtet wäre. Genau dies ist auch der Grund, warum andererseits das Baath-Regime in Syrien Yassir Arafat zutiefst mißtraut und warum seine Geldgeber und Gönner noch immer in den arabischen Ölstaaten am Golf zu finden sind. Ein von Damaskus anvisiertes Groß-Syrien mit Jordanien und „Palästina" mögen Prinzen und Scheichs ganz und gar nicht.

Als „Mann der Saudis", der mit dem damaligen Kronprinzen Fahd zusammen 1981 den Acht-Punkte-Plan zur Nahost-Lösung und damit zur Beruhigung der amerikanischen Politik ausgearbeitet hatte, weiß Arafat sehr genau, was es für ihn bedeutet, wenn heute die Fatah-Meuterer eine genaue Kontrolle der Finanzgebaren der PLO und ein „Ende der bürokratisch-bourgeoisen Rolle" verlangen. Im marxistischen Sprachgebrauch seiner Gegner heißt das nichts anderes als Machtkampf bis auf die Knochen und bis zur Ablösung oder bis zur Liquidierung Arafats. Syrer und Libyer leisten dabei Anleitung und Hilfe, denn nach Ansicht der Radikalen und Revolutionäre darf die PLO nicht länger ein diffuses Exekutivorgan der arabischen Regierungen sein. Sie soll zur „revolutionären Rolle" und zum „Volkskrieg" zurückfinden – als syrische Hilfstruppe natürlich.

Arafat war und ist politisch und militärisch so erfolglos wie bisher die gesamte PLO, der es niemals gelang, Israel ernsthaft zu gefährden oder wirklich einen potenten Partner in der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu finden und dort einen „Volksbefreiungskrieg" auszulösen. Der Krieg im Untergrund oder der „bewaffnete Volkskrieg" bleibt eine Selbsttäuschung der PLO, die „Befreiung" findet seit 20 Jahren nur als Parole statt, denn Israel ist nicht Algerien oder Nicaragua. Diese Fehleinschätzung bisher nicht erkannt zu haben oder endlich doch zur Konsequenz von Friedensverhandlungen mit der Anerkennung Israels zu finden – das ist das gemeinsame Versagen Arafats und der PLO. Als Arafat im März/April die Gelegenheit hatte, mit König Hussein von Jordanien zusammen einen Friedenspfad zu betreten, schreckte er aus Feigheit zurück – oder er hatte es wieder mal nicht so gemeint.

Yassir Arafat ist keine historische Figur mehr, die Uhr läuft ab. Die von ihm selbst ausgelöste Meuterei – Arafat wollte persönliche Freunde trotz offenkundigen Versagens im Libanon-Krieg wie den „Befehlshaber" Hadsch Ismail auf hohe Posten hieven – ist der Anfang vom Ende. Denn die Zerschlagung und Austreibung der PLO aus West-Beirut durch die israelischen Truppen kann die PLO nicht überwinden. Das ist eine Langzeitwirkung ihres Höllensturzes. Selbst wenn Arafat und seine letzten Anhänger noch nach Tripolis in Nord-Libanon ausweichen – auch dort stehen die Syrer. Und sie bestimmen die Zukunft Arafats und der PLO, die Palästinenser haben wieder mal keine Chance mehr.



Nach ihrem Abzug aus Beirut schwenkten PLO-Kämpfer noch das Bild Arafats, doch seit dieser Niederlage sinkt sein Stern. FOTO: DPA



Yassir Arafat: PLO-Chef nur noch auf dem Papier? FOTO: AP

Die „Red Skins" haben die Furcht vor den „Whitees" verloren

Von WOLFGANG WILL

„Rothaut" – das wird heute von den so Angesprochenen nicht mehr, wie einst, als Herabwürdigung, als Verunglimpfung empfunden. Stolz vielmehr bezeichnen sie sich selbst so, voller Selbstbewußtsein wählen die Indianer Begriffe wie „red man" und „red skin". Einen vergleichbaren Bedeutungswandel hat das Wort „Weißer" erfahren, langgezogen auszusprechen als „whitee". War damit einst Respekt und auch Furcht verbunden, ist es heute Ausdruck der Verachtung, wird es bewußt im Sinne der Abgrenzung verwendet. „Wir sind doch schließlich die wirklichen Amerikaner", sagte mit Betonung Wan-Ta-Nora, 72 Jahre alt und von den „whitees" „Prinzessin" genannt, weil sie die Tochter eines Mohikaner-Häuptlings hohen Ansehens ist.

Es gibt zwei kraß-gegensätzliche anthropologische Schätzungen, wie viele „wirkliche Amerikaner" den Kontinent in präkolumbianischer Zeit oder auch 1609 bevölkerten, als Henry Hudson sein erstes Palaver mit den Mohikanern führte. Von zehn bis zwölf Millionen Indianern spricht eine Minderheit der Wissenschaftler, 2,5 Millionen Einheimische sagen die anderen. Auf ihren Tiefstpunkt war diese Bevölkerung nach Ankunft der Weißen – durch Kriege und eingeschleppte Seuchen und Krankheiten – auf eine Kopfzahl von etwa 250 000 dezimiert worden. Heute sind die Rothäute die am schnellsten wachsende Minderheit in den USA, die sich viermal so schnell vermehrt wie die US-Bevölkerung insgesamt. Bei der letzten Zählung 1980 wurden 1 361 869 Indianer gezählt; heute sind es wohl 1,5 Millionen.

Im Gegensatz zu den Schwarzen, zu den Hispaniern und auch den Juden Amerikas sprechen nur sehr wenige Rothäute von sich selbst als von „Indianern", eher, mehr von sich als Mohikanern, Sioux, Zuni, Apachen oder Navajos. Und das mit vollem Recht und tiefer Logik: Denn „Indianer" sind nicht minder diversifiziert wie „Europäer"; der Mohikaner unterscheidet sich vom Sioux, wie es zwischen Norweger und Sizilianer der Fall ist.

Trotzdem ist der Sammelbegriff „Indianer" gerechtfertigt, weil sie das gleiche Schicksal der Eroberung, Vertreibung, Unterdrückung, Mißachtung und Ausbeutung erlebten. Darauf wiederum basiert in moderner Zeit eine andere Gemeinsamkeit: nämlich die der Rückbesinnung, und sie verfolgt das Ziel, alte Werte wiederzubeleben und zu erhalten, „the indian way" zu konservieren: die Sprache, die erdverbundene und umweltorientierte Religion, altes Brauchtum, die geheimen Rituale.

Was heute als Ökologie bekannt ist, war den Indianern immer schon Verpflichtung. „Mutter Erde" ist in allen Indianersprachen und Dialekten, meist religiös bezogen, zu finden. Umweltschutz war ehernes Gesetz: Auf Wild wurde nicht sinnlos gejagt, sondern getötet wurde nur, was zum Lebensunterhalt benötigt wurde – die Weißen haben die Büffelherden ausgerottet. Nur krankes Gehölz oder entwurzelte Bäume wurden verwendet, auch wenn es meilenweit herbeigeschleppt werden mußte: Einen gesunden Baum zu fällen war identisch mit Schändung des Antlitzes von „Mutter Erde".

Dieser Respekt vor der Natur ist im indianischen Bewußtsein auch heute tiefverwurzelt. Trotzdem erscheint eine Parallele zu gewissen Grünen-Gruppen unangebracht. Die Indianer wollen Fortschritt und Wachstum, nicht Stillstand und Abbau.

Sie denken rational, weil das ihre Lage erfordert. Die neue Generation indianischer Führer verfolgt das Ziel, die wirtschaftliche Lage der 267 verschiedenen Stämme zu verbessern, und sie bemüht sich dabei, alte Werte und wiedergewonnene Identität mit zumindest ökonomischer Selbstbestimmung zu koppeln. Dafür haben die Indianer Ressourcen, dafür gibt es ermutigende Beispiele:

Ein Drittel der gesamten Kohle, die im Tagebauverfahren gewonnen werden kann, liegt auf indianischen Territorien. Allein diese 70 Milliarden Tonnen Kohle haben einen Schätzwert von Hunderten von Milliarden Dollar. Auf Indianer-Territorium liegt die Hälfte der amerikanischen Uranvorkommen, das gleiche gilt für Öllagerstätten vom Ausmaß der Felder von Texas. Sind die Indianer in der Vergangenheit um ihre verbrieften Territorial- und damit Royalty-Rechte meistens betrogen worden, so hat sich das in den letzten Jahren grundlegend geändert. Dafür hat die Vereinigung indianischer Richter und Anwälte gesorgt, die über 250 Mitglieder hat. Sie setzte Royalty-Vereinbarungen, Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen durch. Was Nutzung und Ausnutzung ihrer Bodenschätze betrifft, sind Stämme und Reservate heute nahezu staatlich-autark.

Den Penobscotts und Passamaquodis, in Maine ansässig und zusammen nur 3500 Köpfe stark, wurden 27 Millionen Dollar als Entschädigung für vor 200 Jahren „gestohlenes" Land zugesprochen, und die Sioux erhielten für den Raub ihrer geheiligten „Black Hills" mehr als 105 Millionen Dollar. Stammesräte verwalten diese Einnahmen, handeln auch die Preise für stammeseigene Bodenschätze aus, zahlen Zinsen und Unterstützungsbeiträge an Stammesmitglieder, versuchen, in den Reservaten Industrien anzusiedeln.

Diese Reservate sind mitten in Amerika eine Art Dritte Welt – im Aufbruch befindlich, doch unterentwickelt, vom Supergegensatz Arm und Reich gekennzeichnet, wobei noch immer erschreckende, bedrückende Zustände vorherrschen. In der Navajo-Reservation etwa, die größer ist als das Saarland und wo 160 000 Indianer leben, liegt die Arbeitslosenrate bei 80 Prozent. Aber jene Hunderte Navajo-Familien, die den berühmten, teuren, auch in Deutschland immer mehr gefragten Silberschmuck herstellen, fahren Cadillacs, haben Häuser auf Hawaii oder den Bahamas. Es gibt Navajo-Schmuckschmieden, die haben hinter ihrer einfachen, traditionellen achteckigen Holzhütte – „Hogans" genannt – neben einer Feldwegpiste ihre eigene Sportmaschine stehen.

Ein Problem ist überall der Alkoholismus. Kommen auf 100 000 Einwohner Gesamt-Amerikas 7,4 Alkohol-Todesopfer, so sind das bei den Indianern 57,3. Die Kriminalität wiederum, meist von indianischen Gerichten geahndet, liegt unter dem US-Durchschnitt.

Indianer heute: Sie, denen einst der Kontinent gehörte, die zu Vogelfreien wurden und als Wilde abgetan, sind dabei, zu sich selbst zu finden. Sie sind in ihrer Mehrzahl weiterhin die Unterprivilegierten, aber bemüht, „einer neuen Morgenröte" entgegenzugehen. Das zumindest glaubt Wan-Ta-Nora, die 72jährige Mohikanerin. (SAD)

Europa-Union: Freizügigkeit an den Grenzen

JOACHIM NEANDER, Mainz

Der Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EG, mit dem Ziel völliger Freizügigkeit, steht im Mittelpunkt der Forderungen, die der 29. Kongreß der Europa-Union Deutschland am Wochenende in Mainz an die Adresse des bevorstehenden EG-Gipfels in Stuttgart richtet.

Weitere Punkte im Forderungskatalog, den am Schluß des zweitägigen Kongresses der mit großer Mehrheit an die Spitze der Europa-Union Deutschland wiedergewählte Bundespräsident a. D. Walter Scheel vortrug, betreffen u. a. eine Stärkung der EG gegen alle protektionistischen Bestrebungen, eine stärkere Förderung einer gemeinsamen Forschungs- und Technologiepolitik der Gemeinschaft, gemeinsame Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, gegen das Waldsterben sowie zur Überwachung des Transports gefährlicher Abfälle.

Weiterhin warnt die Europa-Union davor, das in der EG bereits Erreichte wieder zu gefährden und auszuhöhlen. Die in Stuttgart geplante „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union" weise nicht mehr jene Fortschritte auf, die in der ursprünglichen Genscher-Colombo-Initiative enthalten waren. Diese Deklaration solle nur dann verabschiedet werden, wenn Sicherheits- und Kulturpolitik in den gemeinsamen Rahmen einbezogen sowie das Abstimmungsverhalten im Rat „auf den Vertragstext zurückgeführt" und die Mitwirkungsrechte des EG-Parlaments verbessert werden.

Auch Bundesaußenminister Genscher ging auf die Deklaration ein. Ein Jahr vor der zweiten Direktwahl für das EG-Parlament dürfe die Hoffnung, die die Bürger mit dieser Direktwahl verbänden, nicht enttäuscht werden.

Die EG werde zwar nicht, wie manche offenbar fürchten, über Nacht auseinanderbrechen. Aber es bestehe durchaus die Gefahr, daß die Stagnation in einen allmählichen Verfall übergehe. Auch Genscher kritisierte die Grenzkontrollen, für die die Gemeinschaft immer noch jährlich 30 Milliarden Mark verschwende. Für einen Transport von Holland nach Neapel müsse man heute 26 Stunden Fahrzeit und 10 Stunden Wartezeit an den Grenzen kalkulieren. „Wir müssen", sagte der Minister, „dafür Sorge tragen, daß die Mitgliedsstaaten die in den Römischen Verträgen niedergelegten Freizügigkeiten achten und ihre nationalen Bestimmungen großzügig und gemeinschaftlich fassen und anwenden."

Ohne direkt über Einzelheiten der geplanten Deklaration von Stuttgart zu sprechen, betonte Genscher, Europa könne seine Sicherheitsinteressen nur im gesamtwestlichen Kontext wahren. Verzicht auf Gemeinsamkeit bedeute hier Fremdbestimmung. Wenn Europa im notwendigen freundschaftlichen Dialog mit den USA eigene Vorstellungen zum Tragen bringen wolle, müßten die Europäer sich auch untereinander einig sein, was sie wollen.

EG-Kommissar Karl Heinz Narjes kritisierte vor allem die Widersprüchlichkeit in der Europapolitik der einzelnen Mitgliedsländer, die Bundesrepublik nicht ausgenommen. Die Krise sei keine Krise der EG, sondern eine Krise ihres Entscheidungsorgans Ministerrat. Ressortminister würden dort einstimmige Beschlüsse ihrer eigenen Regierungschefs unterlaufen.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Niederlage für den „utopischen" Bahro und den „linken" Trampert

Mit der Verständigung hapert es bei den Grünen / „Mehrheit mit uns aussöhnen"

STEFAN HEYDECK, Hannover

„Wir sind frustriert, nichts ist zu verstehen", mokierten sich einige Grüne schriftlich bei Vorstandssprecherin Manon Maren-Griesebach auf ihrem kleinen Parteitag in Hannover. Der Anlaß ihrer Beschwerde war technischer Natur: Die Lautsprecheranlage in der Niedersachsenhalle war zu schwach. Aber auch andere der 830 Delegierten beklagten sich, „nicht mehr zu verstehen". Sie bezogen sich mit ihrer Kritik allerdings auf die „Chefdenker" der Partei, wie den früheren „DDR"-Wirtschaftstheoretiker Rudolf Bahro, der ständig Papiere produziere.

Kritik an den eigenen Reihen

Deshalb, so hieß es in einer Arbeitsgruppe, stelle sich hier genauso wie bei den Bundestagsabgeordneten „das Problem der Anbindung" der Parteistars an die Basis. Zuvor war im Plenum ein anderer noch deutlicher geworden: „Es fällt mir sehr oft auf, daß er viel schimpft, Basisdemokratie fordert, aber dann nur Wischi-Waschi erklärt."

Auf der zweitägigen außerordentlichen Bundesversammlung sollte der Ausgang der Wahl vom 6. März erörtert und programmatisch über die weitere Arbeit diskutiert werden. Dabei erlitten gleich zu Beginn der „utopische Grüne" Bahro und der „sozialistische Grüne", Vorstandssprecher Rainer Trampert, eine Niederlage. Die Delegierten warfen kurzentschlossen die Tagesordnung um und ließen von ihnen Maurice de Coulon aus dem Schongau die Eröffnungsrede halten. Der übte erst einmal kräftig Kritik an den eigenen Reihen, ihrem Verhalten und ihrem Umgang miteinander. So werde der Begriff der Basis „überstrapaziert". Alle Programme seien „nur Ausdruck dessen, wieviel Mühe wir haben, unsere alten Häute abzustreifen". Er gipfelte in der Frage: „Müssen wir immer ängstlich aufeinanderschauen?" und: „Ist nicht der Bürger wichtiger als ein Dogmatiker?".

Doch genau die von den Grünen aus dem Bayerischen angesprochenen Vorbehalte und Bedenken erfüllten sich: Die Delegierten debattierten weitgehend mit teils ratund teils hilflosem Ausgang über sich selbst oder klammerten sich an bekannten Ablehnungs- und Verweigerungsforderungen fest. Dabei hatten die Organisatoren vorsorglich schon strittige Punkte wie Struktur-, Rotations- und Diätenfragen ausgeklammert. Manon Maren-Griesebach hatte einen „improvisierten und experimentellen Kongreß" avisiert, auf dem über „neue Ansätze und neue Zusätze für ein weiteres Programm" beraten werden sollte. Dabei blieb es denn auch.

Vor allem zwischen Bahro und Trampert sowie deren Anhängern kam es zu einer Kontroverse über den künftigen Weg. So will Bahro die CDU/CSU-Wählerschaft für die Grünen erschließen und den Sozialdemokraten eine Absage erteilen. Denn: „Mit dem Ergebnis vom 6. März ist die These vom ‚Rot'-Grün-Reformblock eigentlich gestorben. Sie ist nur nicht beerdigt." Gleichzeitig richtete er den Blick bis ins nächste Jahrtausend: „Wenn wir die Veränderungen in der Außenwelt erreichen wollen, die uns das Überleben sichern, dann muß es bis zum Jahr 2000 zu unserer Annahme durch die Mehrheit der Gesellschaft, zu ihrer Aussöhnung mit uns kommen."

Für Trampert dagegen wird „von einigen Grünen zuviel Positives in die CDU hineinmotiviert". Es werde zwar häufig im Parlament und auf der Straße ein Spannungsverhältnis zur SPD geben. Aber: „Wer das Moment der Zusammenarbeit ausschließt, wird Hoffnungen sehr vieler unserer Wähler mißachten und unseren Erfolg zerstören." Als Trampert dann noch neben ein Zitat von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) eines von Adolf Hitler stellte und forderte: „Laßt uns an der CDU/CSU-Verheißung von Wärme durch Volksgemeinschaft wirklich nicht einen Zipfel gutheißen ... laßt uns immer mit den Interessen von Menschen argumentieren – niemals mit Deutschland", war das selbst einem Delegierten zu happig. „Es reicht nicht mehr aus, in alten Ideologien zu argumentieren, die Christdemokraten seien verkappte Faschisten", meinte der Berliner Thomas Schmid. Die Grünen müßten vielmehr „lernen, erst einmal intelligente Fragen zu stellen und auch die Lust am Erfolg" zu haben.

„Basisbewegung kaputt"

Doch wie das aus ihrem Verhältnis erreichbar ist, bleibt vorerst für viele von ihnen offen. So wurde es in einer der gut zwei Dutzend Arbeitsgruppen als „ein ganz großer Fehler" bezeichnet, wenn man in den Parlamenten versuche, „mit den Etablierten mitzuhalten". Dadurch würden sich die Abgeordneten von der Basis entfernen. Ein anderer Delegierter verlangte, die „Parlamentsarbeit gezielter einzusetzen und nicht ‚Kleinkrieg' mitzuspielen". Und sogar Resignation gab es: „Ein Grüner im Parlament bewegt nichts. Die Basisbewegung ist damit kaputt. Die hat uns in die Parlamente gewählt – und ist jetzt weg."

Der Patient bleibt auf der Strecke

Die Kliniken sind zu seelenlos und zu teuer / 12. Deutscher Krankenhaustag in Düsseldorf

PETER JENTSCH, Bonn

11 Millionen Patienten liegen jährlich in Deutschlands 3400 Krankenhäusern – und fühlen sich zusehends schlecht behandelt. Viele Kliniken sind zu technischen Reparaturwerkstätten geraten, nüchtern und seelenlos. Und teuer. Zwar soll es den Patienten an nichts fehlen: Pro Bett knapp eine Million Mark, pro Klinikum eine Milliarde – das ist mittlerweile normal, wenn Länder und Gemeinden Krankenhäuser bauen. Doch auf der Strecke blieb der Patient, auf der Strecke blieb auch die Finanzierung der ultramodernen Bettenburgen. Der 12. Deutsche Krankenhaustag, der morgen in Düsseldorf beginnt, wird sich denn auch unter dem Thema „Leistungspflicht und Leistungsvermögen der Krankenhäuser" mit den Fragen der Humanität und der Finanzierung beschäftigen.

Das erscheint auch notwendig angesichts einer Politik, die z. B. in Aachen ein Klinikum auf der grünen Wiese entstehen ließ, das mit 600 Millionen Mark veranschlagt war, aber schließlich mehr als 1,3 Milliarden Mark kostete. Beispiel Münster: Da ragen Bettentürme 80 Meter hoch empor, klotzig wie Appartementburgen an der Ostsee. Da recken sich in Großhadern bei München blanke Aluminiumfassaden in den Himmel, 200 Meter lang, 60 Meter hoch, ausgelegt für eine Viertelmillion Patienten jährlich – Mitteleuropas größtes Krankenhaus.

In diesen „Raumstationen seelenloser Therapie", so ein Delegierter beim Ärztetag in Kassel Mitte Mai, hält keine Schwester mehr die Hand, um den Puls zu tasten; da hämmert das Herz aus der Lautsprecherbox. Da flimmern Monitore und surren Computer. Und das, obwohl nie zuvor soviel Personal dem Patienten zur Verfügung stand wie heute: Statt vier wie noch 1965 kommen heute 12 Krankenhausärzte auf 10 000 Einwohner.

Das fordert seinen Preis. Binnen zweier Jahrzehnte schoß der Pflegesatz, früher bei 20 Mark pro Tag, auf durchschnittlich 230 Mark, mancherorts 400 bis 600 Mark pro Tag empor. Mittlerweile kosten die Krankenhäuser die gesetzliche Krankenversicherung rund 30 Milliarden Mark jährlich, wurde das Krankenhaus zum teuersten Brokken im Gesundheitswesen. Verständlich, daß Kassen und Politiker aufrufen. Der Reformeuphorie der frühen 70er Jahre folgt jetzt die Sparneurose angesichts der Unfinanzierbarkeit des Krankenhauswesens.

Dabei schien alles so gut durchdacht. Das 1972 in Kraft getretene Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und die Bundespflegesatzverordnung (1974) sollten die duale Finanzierung der Kliniken sichern. Die Investitionskosten einschließlich langfristiger Anlagegüter sollten im Sinne dieses als „Jahrhundertwerk" gefeierten Gesetzes durch den Staat finanziert werden, die laufenden Kosten, die Pflegesätze werden durch die Krankenkassen bezahlt. Indes, bei den Investitionskosten hat sich mittlerweile ein Antragsstau in Höhe von rund 15 Milliarden Mark angesammelt, allein in Nordrhein-Westfalen haben die Kliniken Investitionen in Höhe von vier Milliarden Mark beantragt, ohne daß das Land in der Lage ist, seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Angesichts dieser Situation hat sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes noch bis Ende dieses Jahres vorgenommen. Die Notwendigkeit dieser Novelle wird auch von den Ländern, den Kassen und den Krankenhäusern nicht bestritten. Und das, obwohl sich die damalige sozial-liberale Koalition mit der Verabschiedung des KHG ein hohes Ziel gesetzt hatte: „Zweck dieses Gesetzes ist die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen."

Allein, die hehren Worte nutzten wenig. Viele mögliche und nötige! Rationalisierungsinvestitionen in den Kliniken, die auch positive Auswirkungen auf die Betriebskosten und damit auf die Pflegesätze gehabt hätten, konnten wegen der Finanzierungsschwierigkeiten der Länder nicht verwirklicht werden. Darüber hinaus hat auch der Bund seinen Anteil an den Aufwendungen der Länder von rund 30 Prozent 1973 auf etwa 18 Prozent im Jahre 1980 gesenkt.

Folge: Das Krankenhaus ist krank, und der Patient hat darunter zu leiden. Deutschlands Kliniken haben nichts mehr gemein mit dem Hospital vergangener Jahrhunderte, dem kirchlichen „Hôtel-Dieu", wo jeder Leidende als Stellvertreter Christi galt. Ob der 12. Deutsche Krankenhaustag Lösungen anbieten und „Hilfe zur Selbsthilfe" realisieren kann, bleibt abzuwarten.

Deutsche Frage kommt in der Schule zu kurz

Jahrestagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland"

Schü. Berlin

In der Einladung zur diesjährigen Jahrestagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" im Berliner Reichstagsgebäude hatte der Berliner CDU-Politiker und Vorsitzende des geschäftsführenden Präsidiums, Johann Baptist Gradel, geschrieben, wer der Wiedervereinigung unterstelle, den 17 Millionen Deutschen drüben solle sozusagen im Handstreich unser System übergestülpt werden, erliege der entstellenden Propaganda, die Ost-Berlin für seinen Hausgebrauch betreibe.

Dennoch bestand unter den Teilnehmern der Tagung, unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit, Einigkeit darüber, daß ein wiedervereinigtes Deutschland im Rahmen einer europäischen Neuordnung ohne feste Anbindung an den Westen kaum Bestand haben werde. Das, was der Berliner Historiker Volker Hagen-Schulze als den „kategorischen Imperativ" deutscher Wiedervereinigungspolitik bezeichnete, brachte der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, auf die Formel, die deutsche Frage werde im Einvernehmen mit unseren Nachbarn gelöst, oder sie werde nie gelöst werden.

Damit wurde neutralistischen Tendenzen, die auf ein neutrales, von Ost und West unabhängiges Deutschland spekulieren, eine eindeutige Absage erteilt. Hagen-Schulze wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bundesrepublik nur „aus der Deckung des Westbündnisses" Ostpolitik habe betreiben können. Er gab ferner zu bedenken, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt sein werde. Allein schon aus der geschichtlichen Erfahrung heraus sei kaum vorstellbar, daß die Nachbarstaaten ein solches wiedervereinigtes Deutschland ohne feste Einbindung in ein europäisches Staatensystem akzeptieren würden.

Nationalpädagogik

Die Empfehlung Hagen-Schulzes, sich stärker als bisher auf Deutschland als Kulturnation zu besinnen, da nicht abzusehen sei, ob und wie das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes verwirklicht werden könne, stieß freilich auf heftigen Widerspruch. Zwar war man sich darin einig, daß der Weg zur Einheit lang und beschwerlich sein werde und das Ende dieses Weges noch keineswegs in Sicht sei; doch gerade deshalb müsse alles getan werden, um das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit vor allem bei der Jugend wachzuhalten und neu zu beleben.

Der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn, wies in einem Vortrag über „Aufgaben und Chancen einer modernen Nationalpädagogik" darauf hin, daß in der Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren auf diesem Gebiet viel versäumt worden sei. Hier seien alle „Verdrängungsmechanismen" in bezug auf die deutsche Frage voll wirksam geworden. So spiele beispielsweise in den Schulgeschichtsbüchern der Bundesrepublik die deutsche Teilung eine „äußerst geringe Rolle".

Generationsfragen

Die Folge davon sei, daß die Schülergenerationen in der Bundesrepublik „von Anfang an" selten oder nie mit der deutschen Frage konfrontiert worden seien. Erschwerend komme hinzu, daß in die Schulen eine neue Lehrergeneration eingezogen sei, die zu einem großen Teil die Auffassung vertrete und an die Schüler weitergebe, daß auf Grund der neuen Ostpolitik sowieso alles deutschlandpolitisch in die richtige Richtung laufe.

Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß bei großen Teilen der Jugend in der Bundesrepublik durchaus Interesse für die Probleme der ungelösten deutschen Frage bestehe. Dies gehe vor allem auch aus Besucherreisen von Schülergruppen in die „DDR" hervor.

Aufschlußreich war dabei die Feststellung, daß man sich auch nach einer dreißig Jahre währenden kommunistischen Erziehung der Jugend in der „DDR" wenig Sorgen um das politische Bewußtsein der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands zu machen brauche. Resignierende und gelegentlich auch opportunistische Anpassung unter dem Zwang der gegebenen Machtverhältnisse, nicht aber überzeugte Zustimmung zum System der SED sei das einzige, was die „DDR"-Führung von der Bevölkerung erwarten könne.

Der CDU-Politiker Grabel wies deshalb auch darauf hin, daß der dreißigste Jahrestag des Volksaufstandes in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nicht „irgendein Jahrestag" sei. Die Bedeutung der Ereignisse am 17. Juni 1953 liege vor allem darin, daß es der erste Aufstand im osteuropäischen Machtbereich der Sowjetunion nach dem Kriege gewesen sei. Schon von daher sei es notwendig, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag in der Bundesrepublik beizubehalten.

Export von Arbeitskräften

Rumänen klagen über „Sklavenarbeit" in Irak und Libyen

AFP, Paris

Wie „für Dollar ans Ausland verkaufte Sklaven" fühlt sich eine Gruppe rumänischer Facharbeiter im Irak. „Ohne Protektion ist man Sklave", stellen auch mehrere ihrer Landsleute in Libyen fest. Mit derartigen Klagen rumänischer Gastarbeiter im Ausland beschäftigt sich die in Paris erscheinende Zeitschrift „L'Alternative" in ihrer jüngsten Ausgabe unter der Überschrift „Arbeitskräftehandel".

Wie das Blatt berichtet, „exportiert" Rumänien seit Jahren Arbeitskräfte für große Infrastruktur- und Industrieprojekte mit größtenteils arabischen Vertragsstaaten, insbesondere Syrien, Irak und Libyen. In Aussicht gestellte materielle Vorteile, von denen sich viele Rumänen angesichts der Wirtschaftskrise im eigenen Land blenden ließen, stellten sich als Illusion heraus. Die Arbeitsverträge, so heißt es, werden ihnen erst nach dreimonatiger „Anlernzeit" im Gastland zur Unterzeichnung vorgelegt. Darin wird ihnen ohne Gegenleistung der Arbeitgeber eine Reihe von Verpflichtungen auferlegt, wie Nachtarbeit, Überstunden und jedwede Arbeit außerhalb ihres Fachbereichs im Bedarfsfall sowie die „strikte Einhaltung von Staats- und Betriebsgeheimnissen". Sie hätten sich zum Verzicht auf persönliche Beziehungen zu Ausländern und zu einem „Geist revolutionärer Wachsamkeit" im Umgang mit Kollegen und den eigenen Familienangehörigen zu verpflichten. „L'Alternative", die sich als Verteidiger von Recht und Freiheit in Osteuropa versteht, sieht darin eine „Aufforderung zur Denunziation".

Extremisten erhoffen sich „neue Impulse"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Sicherheitsbehörden machen sich Sorgen über die Versuche von linksextremistischen Organisationen, Einfluß auf den 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover zu gewinnen. In Aufzeichnungen dazu heißt es, da der „Frieden", insbesondere die Kritik an der atomaren Rüstung, von innerkirchlichen Gruppen als ein zentrales Thema in den Kirchentag eingebracht worden sei, erhofften sich die DKP und ihre Sympathisanten „neue Impulse für ihre Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung". Dieses Bemühen, Einfluß zu gewinnen, reiche bis in das Jahr 1982 zurück. Charakteristisch dafür sei die Arbeit der „prosowjetischen Christlichen Friedenskonferenz-Regionalausschuß in der Bundesrepublik Deutschland".

Bereits in einem Rundbrief vom 3. Mai 1982 werde den Mitgliedern empfohlen, „sich rechtzeitig zum Kirchentag in Hannover anzumelden". Ein Schwerpunkt der Aktivitäten werde, so die Sicherheitsbehörden, dabei das Werben um Zusammenarbeit mit Kommunisten im Kampf gegen die Nachrüstung des Westens sein. Ende Februar 1983 sei von dieser Organisation in Bremen eine Erklärung veröffentlicht worden, in der davor gewarnt werde, im Kampf gegen die Nachrüstung mit der Parole „Kein Bündnis mit den Kommunisten" zu operieren. Diese Erklärung verstärke die erkennbare Zielsetzung auf dem Kirchentag.

SED erinnert an Ulbricht

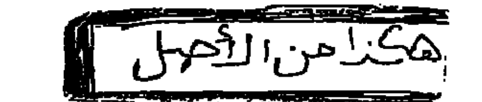
AP, Berlin

Walter Ulbricht, dessen Bedeutung für die „DDR" von der SED jahrelang heruntergespielt oder völlig verschwiegen wurde, ist nach langer Zeit erstmals wieder öffentlich gewürdigt worden. Nach Angaben des Informationsbüros West hat die SED-Zeitschrift „Einheit" zum 90. Geburtstag und zehnten Todestag von Ulbricht in diesem Sommer die „bleibenden Verdienste" des ehemaligen SED-Parteichefs und „DDR"-Staatsratsvorsitzenden hervorgehoben. Dabei habe die „Einheit" besonders den „großen Anteil" Ulbrichts an der Gründung und Entwicklung der SED gewürdigt. Er habe der „ständigen Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht und ihrer konsequenten Verteidigung gegen alle imperialistischen, konterrevolutionären Angriffe große Aufmerksamkeit gewidmet'. Sein Leben und Wirken seien durch die „unverbrüchliche Treue zu der Partei Lenins und zur Sowjetunion" bestimmt gewesen. Ulbricht war im Mai 1971 von Erich Honecker an der Spitze der SED abgelöst worden. In diesem Jahr erscheint im parteieigenen Dietz-Verlag eine umfangreiche Biographie von Ulbricht.

Moskau: Mängel beim Umweltschutz

rtr, Moskau

Sowjetische Betriebe, die sich vor ihren Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes drücken, verschmutzen nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ignati Nowikow zunehmend Wasser und Luft. In einem Beitrag für die Parteizeitung „Prawda" schrieb Nowikow, viele Unternehmen hätten die Auflagen mißachtet, Systeme einzubauen, mit deren Hilfe Rohstoffe aus Abfällen wiedergewonnen werden können. Das Ergebnis sei, daß noch immer zu viel Schmutzwasser die Trinkwasserreserven verunreinige, statt gesäubert und wiederverwendet zu werden.



Die Friedensdiskussion nicht einseitig führen

WELT-Gespräch mit Bischof von Keler vor dem Kirchentag

XING-HU KUO, Stuttgart

Der württembergische evangelische Landesbischof Hans von Keler hat vor einer „Einseitigkeit" in der Friedensdiskussion gewarnt. In einem WELT-Gespräch in Stuttgart brachte der Landesbischof der württembergischen Kirche hinsichtlich des bevorstehenden Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hannover vom 8. bis 12. Juni die Hoffnung zum Ausdruck, daß „einzelne Gruppen den Kirchentag umformen". Die Friedensfrage sei eine „entscheidende Frage unserer Nation", deshalb finde er es „verständlich, daß eine solche Frage auf dem Kirchentag auch den entsprechenden Raum" einnehme.

Allerdings sei die „Einschätzung der politischen Situation unter Gemeindegliedern wie unter Staatsbürgern verschieden". Bischof von Keler (58) betonte: „Bekümmernd wird es erst dort, wo man für die verschiedenen politischen Standpunkte einen religiösen Absolutheitsanspruch erhebt, dann wird es beschwerlich." Er fügte hinzu: „Ich möchte doch hoffen, daß die Kirchentagsleitung auch die einzelnen Diskussionen in so fairer Weise verlaufen läßt, daß sie eben die Bandbreite der Überzeugungen verdeutlichen."

Mit dem Hinweis auf die EKD-Denkschrift zur Friedensfrage unterstrich der württembergische Bischof, „daß wir zu einer Ächtung der atomaren Waffen insgesamt – niemals einseitig – kommen müssen". Herr Eppler, der in diesen Tagen seinen Standpunkt in einem Buch zum Ausdruck brachte (siehe dazu WELT vom 31. Mai), so von Keler weiter, „hat einen pointierten Standpunkt", er wisse aber, daß er als Kirchentagspräsident „für das Gesamte verantwortlich ist".

„Nicht verketzern"

Man könne, so der Bischof weiter, „sehr wohl verschiedene politische Standpunkte einnehmen, und man sollte auch dem politischen Standpunkt Rechnung tragen, der davon ausgeht, daß der Westen ja eine Reihe von Vorleistungen erbracht hätte, und daß derzeit kein Gleichgewicht zwischen den Machtblöcken besteht". Und der Nachrüstungsbeschluß – jedenfalls so war er von Herrn Helmut Schmidt und Carter gemeint – solle ja gerade dazu führen, „daß Verhandlungen nicht nur in Gang kommen, sondern auch zu einem erfolgreichen Ende kommen".

Von Keler appellierte an die Diskutierenden in der Friedensdiskussion, „sich nicht gegenseitig zu verketzern". Grundsätzlich bewertete von Keler die Friedensbewegung, vor allem in der Jugend, „positiv". Sie signalisiere den „ernsthaften Friedenswillen einer ganzen Nation" und zeige den östlichen Ländern deutlich, „daß in Westeuropa keine Stimmung des Militarismus vorhanden" sei. In der Friedensdiskussion sollten aber auch Bundeswehrangehörige „in fairer Weise zu Worte kommen und nicht Pressionen oder gar Beschimpfungen ausgesetzt werden". Der Bischof erklärte, er verstehe sehr gut, „daß die Bundeswehr ihrerseits sagt, daß sie nicht den Auftrag hat, politisch ihre Existenz zu begründen, sondern daß sie einen ihr von der Verfassung und von der Nation insgesamt zugewiesenen Auftrag wahrnimmt, den sie nicht selbst rechtfertigen muß".

Pfarrer helfen Pfarrern

Der württembergische Bischof betonte: „Wir leben in der noch nicht erlösten Welt. Wir leben in einer Welt, in der es Bedrohung und Bosheit gibt. Wir haben immer deutlich erklärt, daß wir für das Recht junger Menschen auf Kriegsdienstverweigerung eintreten. Das schließt aber nicht aus, sondern im Gegenteil, das schließt ein, daß wir auch den Weg eines Christen in die Bundeswehr für möglich sehen." Der Bischof: „Wir haben ja sehr viele junge Leute aus unseren Gemeinden, die in der Bundeswehr dienen und die selbstverständlich auch vor diesem Problem stehen. Die Entscheidung für die Bundeswehr ist doch in vielen Fällen auch eine Gewissensentscheidung gewesen."

Vom bevorstehenden Kirchentag erhofft sich Bischof von Keler „geistliche Impulse und Anregungen und ein Gemeinschaftserlebnis, das sich eben nicht in einer politischen Demonstration" erschöpfe, sowie eine „Vergewisserung um unseren Weg in die Zukunft, die nicht einfach an politischen Daten allein zu orientieren ist".

Als erste Landeskirche hat die württembergische Anfang dieses Jahres einen Hilfssfonds „Pfarrer helfen Pfarrern" gegründet. Er soll die Anstellung und Besoldung weiterer Pfarrer mit Mitteln außerhalb des landeskirchlichen Haushalts ermöglichen. Bischof von Keler teilt dazu mit: „Es haben sich etwa 760 aktive Pfarrer und 360 Ruheständler (d. Red.: die Hälfte der württembergischen Pfarrer) bereit erklärt, hier mitzuhelfen."

Die syrische Weigerung erhöht die Gefahr einer Teilung Libanons

Israels Option von einer Allianz der Autochthonen in Libanon / Beiruts letzte Karte

Von JÜRGEN LIMINSKI

Ein Jahr nach Beginn des israelischen Libanon-Feldzugs geht es vielen Libanesen, zumal im Süden des Landes, besser, leben die Israelis in Galiläa ruhiger. Dennoch sind die Perspektiven des von einer Vielzahl ausländischer Truppen teils beschützten, teils besetzten Landes unklar und eher düster.

Die syrische Weigerung, den Norden und Osten Libanons zu räumen, blockiert den Weg zur Befreiung des Levante-Staats. Mehr noch: Die Blockade der Syrer und der in ihrem Orbit sich bewegenden Stellvertreter (PLO, Libyer, Iraner) zementiert einen Status quo, der weder für Libanon noch für Israel in der jetzigen Form zu ertragen ist.

Die israelische Armee verliert täglich im Schnitt zwei Mann durch Überfälle und Attentate aus dem Hinterhalt. Die Zahl der Opfer dieses Feldzugs beträgt nun schon fast fünfhundert. Gemessen am Einsatz und den Opfern der anderen Nahost-Kriege ist diese Ziffer sehr hoch. Generalstab und Kabinett sind darüber beunruhigt. In der Bevölkerung schwindet angesichts der länger werdenden Reihe von Särgen das Verständnis für die Teilbesetzung des Nachbarlandes. Die Bewegung „Frieden jetzt" nutzt die Situation und veranstaltet Protestkundgebungen.

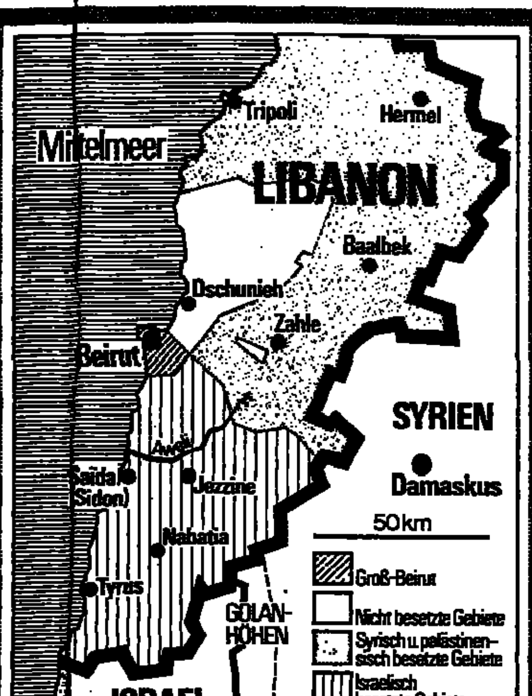
Im israelischen Kabinett erwägt man bereits seit einigen Monaten die Möglichkeit eines einseitigen Rückzugs oder Teilrückzugs auf eine Linie etwa auf der Höhe des Awali-Flusses. Die Ansicht gewinnt zunehmend an Boden, zumal man in Jerusalem offenbar auch glaubt, daß es wenig Sinn habe, sich auf den libanesischen Präsidenten Gemayel und dessen diplomatische Bemühungen mit den arabischen Ländern zu verlassen. In Jerusalem wird neuerdings auch Verständnis für „Syriens legitime historischen, politischen und militärischen Interessen in Libanon" gezeigt. Das deutet darauf hin, daß Israel ein Arrangement der Besatzungsmächte in Libanon wenn nicht sucht, so doch wenigstens nicht ausschließt. Von sondierenden Kontakten zwischen Jerusalem und Damaskus ist bisweilen hinter vorgehaltener Hand die Rede.

Einem größeren Publikum bekannt sind auch die Kontakte, die Jerusalem mit libanesischen Drusen und Schiiten unterhält. Israel hat die Option einer Allianz zwischen dem Drusenclan des Walid Dschumblatt, Schiitenführern im Süden des Landes und dem christlichen, von Israel unterstützten Major Haddad nie aufgegeben. Diese Allianz wäre aus der Sicht Israels für den Fall eines einseitigen (Teil-)Rückzugs nützlich, fast notwendig. Denn diese Allianz der Autochthonen könnte, verstärkt möglicherweise durch französische Truppen, die Sicherheit an Israels Nordgrenze in einem Maß garantieren, wie es Israel ohne Opfer nicht möglich ist. Der Preis allerdings wäre eine De-facto-Teilung Libanons.

Washington ist sich dieser Gefahr und tendenziellen Entwicklung offenbar bewußt. Außenminister Shultz sagte Ende Mai: „Ich glaube, es liegt eher im Interesse Syriens, ein wohlhabendes stabiles Libanon als Nachbar zu haben, frei von fremden Truppen, als ein geteiltes Libanon, was aber das Ergebnis sein wird, wenn Damaskus seine Truppen nicht zurückzieht." Wie reell die Teilungsgefahr bereits ist, läßt sich an der gestrigen Bitte Washingtons an Jerusalem ablesen, die israelische Armee nicht einseitig zurückzuziehen. Es sieht so aus, als habe Washington nur noch sehr geringe Einflußmöglichkeiten auf Syrien, vielleicht sogar auf die Entwicklung insgesamt.

Eine Karte freilich ist noch nicht ausgespielt. Wenn die libanesische Regierung Israel einen vollen Friedensvertrag einschließlich Verteidigungspakt anbietet, so wie es die Christenmilizen der „Forces Libanaises" im Gegensatz zum Präsidenten in Beirut anpeilen, kann Israel keinen Drusenstaat oder andere Formen von Puffergebilden und Sicherheitsenklaven auf libanesischem Territorium fördern.

Die Vereinigten Staaten haben für diese Woche eine Überprüfung ihrer Nahost-Politik angekündigt. Sie sehen in Amin Gemayel einen Partner, dem sie Hilfe zugesagt und deshalb nicht im Stich lassen wollen. Sie können andererseits auf die große internationale Zustimmung und Unterstützung der westlichen Staatenwelt für Libanon verweisen. Frankreich hat sich mit Kreditzusagen und Erklärungen in den letzten Wochen in diesem Sinne besonders hervorgetan. Auch die Erklärung des Bonner Auswärtigen Amtes zum Abschluß des israelisch-libanesischen Abkommens war ungewöhnlich klar, bündig und bündnisfördernd. Unter diesem globalen Gesichtspunkt ist der Status quo sicher erträglicher als eine Teilung Libanons in Interessenzonen.



Libanon ein Jahr nach dem Einmarsch der israelischen Armee: Die nicht besetzten Gebiete werden von den christlichen Milizen der „Forces Libanaises" kontrolliert und gegen die Angriffe der Syrer verteidigt. Die Drusen des Walid Dschumblatt leben vor allem im Gebiet südlich von Beirut bis zum Fluß Awali.

Uruguays Staatschef will an der Macht bleiben

Rückkehr zur Demokratie mit Militärvorschriften

MANFRED NEUBER, Bonn

In Uruguay will das Militärregime zu den für nächstes Jahr angekündigten Parlaments- und Präsidentenwahlen mit einer „neuen Option" aufwarten. Die alten Parteien sehen darin ein Manöver der Generale, ihren Einfluß auf die Politik des Landes festzuschreiben.

Der Staatschef Uruguays, Generalleutnant Gregorio Alvarez, hegt den Wunsch, als gewählter Präsident weiter im Amt zu bleiben. Er gilt als gemäßigter Militär und könnte bei einer Kandidatur mit einer beträchtlichen Zustimmung im Volke rechnen.

Als Alvarez neulich die „neue Option" in die auflebende politische Debatte in Montevideo brachte ohne nähere Erläuterungen zu geben, vermutete man dahinter die Absicht, eine populistische Bewegung unter dem Protektorat der Streitkräfte zu schaffen. So weit denkt er aber noch nicht.

Aus der Umgebung des Staatschefs verlautete, es sei nicht beabsichtigt, eine „offizielle" Partei zu gründen. Vielmehr könnte die „neue Option" darin bestehen, daß alle politischen Kräfte eine gemeinsame Plattform suchen und einen gemeinsamen Präsidentschaftsbewerber finden.

Nach mehrjähriger „Suspendierung" sind in der südamerikanischen Republik die beiden Traditionsparteien – Blancos und Colorados – und die konservativ-katholische Unión Civica wieder zugelassen. Die Christlichen Demokraten und andere Linksparteien bleiben verboten.

Kein klares Konzept

Über die Rückkehr zur Demokratie haben die Militärs mit Vertretern der bürgerlichen Parteien, die aus internen Wahlen hervorgingen, einen Dialog begonnen. Dabei geht es vor allem um:

– die verfassungsrechtliche Verankerung der künftigen Mitsprache der Streitkräfte in einer zivilen Regierung;

– die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes und die Aufhebung des Verbotes politischer Betätigung für namhafte frühere Mandatsträger;

– eine Amnestie für die politischen Gefangenen (einschließlich rechtskräftig verurteilter Terroristen etwa tausend) und für Politiker im Exil;

– sowie die Frage, ob Militärs wegen Verstößen gegen die Menschenrechte von einer künftigen Regierung zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die Verhandlungen verlaufen recht schwierig, weil auf beiden Seiten kein klares Konzept vorhanden ist und gegeneinanderwirkende Kräfte den Prozeß der konstitutionellen Normalisierung zu beeinflussen versuchen. Politiker und Offiziere belauern einander mit Argwohn.

Wenn die Parteien eine Vorverlegung der Wahlen fordern, kontert das militärische Führungsgremium (Comaspo) mit der Drohung, den Termin noch einmal zu verschieben. Die Politiker sollten keine „übermäßigen Forderungen" stellen. Doch Staatschef Alvarez versichert, der Zeitplan für die Wahlen werde eingehalten und der Regierungswechsel im März 1985 vollzogen.

Neue Funktionäre

Bei den ersten Anläufen zur gelenkten Demokratisierung schlug den uruguayischen Militärs die Ablehnung der Bevölkerung entgegen: Im November 1980 wurde ein Verfassungsentwurf in einem Plebiszit verworfen; im November 1982 siegten regimekritische Politiker bei den parteiinternen Wahlen, aus denen die neuen Funktionäre hervorgingen.

Uruguays Armee galt nicht als putschsüchtig; das Militär mußte 1973 intervenieren, als die Polizei im Kampf gegen die Terror-Organisation der „Tupamaros" versagte. Damals begrüßte die große Mehrheit des Volkes die Übernahme der Verantwortung durch die Generale, die man seit Jahren nun in die Kasernen zurückwünscht.

Der wirtschaftliche Aufschwung unter dem autoritären Regime war nicht von Dauer. Wie andere südamerikanische Staaten mußte Uruguay in diesem Jahr den Internationalen Währungsfonds um Hilfe bitten. 950 Millionen Dollar wurden gewährt. Da nächstes Jahr nur geringe Schulden fällig werden, ist die Finanzlage stabil.

Mit einem Anteil von zwölf Prozent am Staatshaushalt erreichte das Defizit 1982 jedoch eine Rekordmarke in diesem Jahrhundert. Die Inflationsrate kletterte über 20 Prozent, und die Arbeitslosigkeit macht mehr als 15 Prozent aus. Dabei fiel 1982 das Sozialprodukt um 20 Prozent.

Bei der geographischen Lage Uruguays zwischen Argentinien und Brasilien hängt seine Wirtschaftslage notgedrungen von der Entwicklung in den beiden großen Nachbarländern ab. Und die ist alles andere als ermutigend.

Sowjetstrategie verlangt globale Antwort

Fragen und Forderungen auf Symposium in Paris / André Glucksmann: „Gebt den Deutschen Atomwaffen"

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

In einem Paris, das nach der Krise in der Regierungskoalition und in der Polizei plötzlich von Gerüchten über baldige Neuwahlen erfüllt ist, hat fern von innenpolitischen Trubeln die ehemalige Präsidentschaftskandidatin und Chirac-Beraterin Marie-France Garaud ein Seminar über Krieg und Frieden abgehalten. Die WELT hatte in ihrer Ausgabe vom 30. Mai exklusiv für den deutschsprachigen Raum das Ergebnis einer Umfrage in fünf westlichen Ländern veröffentlicht, das dem Seminar in einem großen Pariser Hotel zugrunde lag. Die Lehre aus dieser Umfrage war, daß die Mehrheit der Bürger der fünf größten westlichen Staaten (USA, Großbritannien, Italien, Frankreich und Bundesrepublik Deutschland) den Frieden nicht mehr für hinreichend gesichert ansieht und die sowjetische Expansion fürchtet, zu deren Eindämmung aber nicht mehr Opfer als bisher zu bringen bereit ist.

Gegen diese Vogel-Strauß-Haltung zog Marie-France Garaud zur Eröffnung ihres Kolloquiums am Freitag abend heftig zu Felde. „Eine Demokratie, die nicht mehr den Mut hat, dem Feind ins Auge zu sehen und sich darauf beschränkt, ihre Partikular-Interessen auszutragen, die nicht mehr getragen wird vom revolutionären und vorwärtsstürmenden Atem der Freiheit für die anderen, ist nicht mehr als ein veraltetes System, das in Mittelmäßigkeit versinkt, ehe es zur Beute wird", rief die Leiterin eines von ihr gegründeten „Instituts für Geopolitik". Die große Schwäche der westlichen Demokratien sei, daß ihre Führer keine globale Vision der Gefahren mehr habe und der Hiatus zwischen den Ängsten der Bevölkerung und den Antworten ihrer Verantwortlichen auf diese Ängste immer größer werde.

Eindämmung genügt nicht

Die Sowjets, die gute Schachspieler seien, während der Okzident allenfalls Dame mit ihnen spielen wolle, würden immer auf mehreren Brettern gleichzeitig spielen. Deshalb sei es von zwingender Notwendigkeit für den Westen, der globalen sowjetischen Strategie eine globale Antwort, und zwar eine dynamische offensive Antwort entgegenzusetzen. Die Politik des „containment", der Eindämmung, die man bisher getrieben habe, genüge nicht mehr.

Vor einem Parkett höchster ehemaliger und aktiver Verantwortlicher der westlichen Politik und Wirtschaft, darunter die französischen Ex-Premiers Barre, Debré und Faure, der Amerikaner Brzezinski, NATO-Generalsekretär Luns, Günther Diehl, der Präsident der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, aber auch der französische Verteidigungsminister Charles Hernu, wurden Mittel und Wege erörtert, wie man der sowjetischen Bedrohung mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln entgegentreten könnte. Einflußreiche europäische und amerikanische Ökonomen warnten eindringlich davor, die Möglichkeiten eines westlichen Wirtschaftsboykotts gegen die Sowjetunion zu überschätzen.

Rußland-Kenner Edgar Faure erinnerte an die Leidensfähigkeit des russischen Volkes, die es gegen Boykott weitgehend immun mache. Michel Debré verfocht leidenschaftlich seine alte Idee, daß der Westen in einem gnadenlosen wirtschaftlichen Bruderkrieg stecke, der seine Chancen, den Osten wirtschaftlich auf Distanz zu halten, langsam ruiniere. Heute wäre der Westen, und nicht mehr der Osten, von wirtschaftlichem Kollaps bedroht. Andropow und seine Berater seien, meinte der französische Bankier de la Martinière, von dem von Adam Smith definierten westlichen „Normalmenschen" so weit entfernt wie Katharina die Große oder ein Benediktiner-Pater von einem Großbank-Manager.

Das Fazit: Es ist falsch, auf eine wirtschaftliche oder politische Krise des Sowjetsystems zu bauen oder sie durch Boykott provozieren zu wollen.

Blick auf die Opposition

Günther Diehl aus Bonn forderte die Verbündeten auf, ihre Augen weniger auf die Bonner Regierung als auf die deutsche Opposition zu richten, die bereits im Begriff sei, einen Vertragsbruch im Hinblick auf ihr bisheriges sicherheitspolitisches Engagement zu begehen und sich mit den Gegnern der Nachrüstung zu verbünden.

Der überraschende Vorstoß kam von dem französischen Philosophen André Glucksmann, Vertreter der „Neuen Linken". „Gebt den Deutschen Atomwaffen", rief er erregt aus. „Wir können ihnen nicht immer wieder Auschwitz vorhalten. Die augenblicklichen und die zukünftigen GULags in Europa sind vielleicht noch furchtbarer."

USA als Schutzmacht Costa Ricas?

Die Lage an der Nordgrenze des Landes erfordert militärische Hilfe / Pastora als Auslöser

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Costa Ricas Präsident Luis Alberto Monge hat eine Europa-Reise wegen der brisanten Lage an der Grenze zu Nicaragua verschoben. Ursprünglich wollte Monge ab 4. Juni Spanien, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Liechtenstein und Norwegen besuchen.

Indirekt hat Costa Rica die verschärften Spannungen an seiner Nordgrenze selbst ausgelöst, die das schutzlose Land – vor 34 Jahren wurde in San José die Armee abgeschafft – schließlich gar veranlaßten, die Contadora-Staaten Panama, Kolumbien, Mexiko und Venezuela um Entsendung einer Friedenstruppe zum Schutz seiner Nordgrenze zu bitten.

Auslösendes Moment ist nach Ansicht zuverlässiger Informanten die Ausweisung von Eden Pastora aus Costa Rica im Frühjahr 1983. Der Held der früheren sandinistischen Bewegung war nämlich auch nach der Offensive der antisandinistischen „Fuerza Democratica Nicaraguense" (FDN) im Norden Nicaraguas gegen das kommunistische Regime in Managua nicht bereit, seinerseits im Süden der Heimat eine zweite Front zu bilden und ähnlich wie vor Jahren beim Kampf gegen Diktator Somoza nach Managua zu marschieren.

„Comandante Cero war entschlossen, im Kampf gegen die Sandinisten in Managua einen rein politischen Weg zu gehen", berichtet ein Beobachter der Szene der WELT. „Für seine Pläne warb Pastora auf dem amerikanischen Kontinent und bei Reisen nach Europa um politische Unterstützung. Die Ausweisung aus Costa Rica aber entriß Pastora das Gesetz des Handelns ... Wo er sich hinwandte, stieß er auf Ablehnung. Wochenlang suchte Pastora in Südamerika außer politischer Unterstützung der von ihm angeführten Demokratischen Revolutionären Allianz vor allem ein neues Asylland. Überall öffnete man die Kassen, versprach man politische Unterstützung – nirgends aber fand der heimatlose Revolutionär eine neue Bleibe ..."

Eden Pastora betrachtete dies schließlich als Wink des Schicksals. Sein „Aufruf aus den Bergen Nicaraguas" Anfang April markierte den Beginn des Zwei-Fronten-Krieges gegen die Sandinisten in Managua, löste aber gleichzeitig eine erhöhte Bedrohung des Territoriums seines langjährigen Gastlandes aus. Wiederholt wurde die Grenze zu Costa Rica von sandinistischen Soldaten bei der Verfolgung von Pastoras Guerrilleros verletzt.

Um die Sorgen Costa Ricas kümmert sich Pastora wenig. In San José aber werden Verärgerung und Sorgen nicht verheimlicht: Einerseits verweist man auf die Berechtigung der Ausweisung von Pastora wegen Verstößen gegen die Asylgesetze im Zusammenhang mit Waffenhandel und -transport. Andererseits verfolgt man mit zwiespältigen Gefühlen die Reaktion in den zu Hilfe gerufenen Contadora-Staaten, die bisher lediglich Beobachter an die Grenze entsandt haben.

Dem Angebot des US-Botschafters in San José, sein Land sei „auf Wunsch Costa Ricas notfalls bereit, Truppen in den Norden des Landes zu entsenden", begegnet man mit Zurückhaltung. Man will einem Engagement der USA nur im allerhöchsten Notfall zustimmen.

In der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa ist die Zahl der Exil-Nicaraguaner groß, die sich die Hände reiben. „Durch unsere Initiative im Norden Nicaraguas haben wir Pastora und seine zögernde Revolutionäre Allianz gezwungen, Farbe zu bekennen und sich mit der Waffe zu engagieren", sagte ein Führer der FDN. „Die vier in der ARDE zusammengeschlossenen Organisationen mit den Führern Eden Pastora, Alfonso Robello und Fernando el Negro Chamorro konnten nicht länger untätig bleiben. Schließlich geht es darum, am Tag des Sieges über die Sandinisten Verdienste vorweisen zu können ..."

Willoch gibt Oslo Koalition mit klarem Programm

REINER GATERMANN, **Oslo**

Die bürgerlichen Parteien Norwegens erfüllen in dieser Woche ein im Wahlkampf 1981 gegebenes Versprechen: Sie werden eine Koalitionsregierung bilden. Am Wochenende waren die Verhandlungen zwischen der liberal-konservativen Höyrepartei, die derzeit mit einem Minderheitskabinett regiert, und den beiden künftigen Partnern, dem bäuerlichen Zentrum und der Christlichen Volkspartei, so weit vorangeschritten, daß nur noch die Verteilung der Ministerposten offen ist. In Oslo geht man jetzt davon aus, daß die Kabinettsumbildung spätestens Mittwoch vormittag vollzogen wird. Hinter der neuen Mitte-Rechts-Koalition stehen 79 der 155 Storting-Abgeordneten, von denen 53 auf die Höyre, 11 auf das Zentrum und 15 auf die Christliche Volkspartei entfallen.

Obwohl der energische Ministerpräsident Kare Willoch darauf bedacht war, das seinerzeit von diesen drei Parteien gegebene Wahlversprechen, im Fall eines bürgerlichen Sieges gemeinsam die Regierung zu bilden, einzulösen, wurde dies zunächst vor allem dadurch verhindert, daß man sich nicht so schnell auf ein Regierungsprogramm einigen konnte, und in den letzten Monaten mehrten sich auch die Stimmen, die damit bis zur nächsten Wahl 1985 warten wollten. Sie argumentierten mit der weitgehend reibungslosen parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen der Höyre und ihren beiden Stützparteien.

Hinzu kam, daß das Zentrum zwar immer heftiger mit eigenen Ministerposten liebäugelte, den Schritt zur Regierungsbank jedoch nicht ohne die Christliche Volkspartei machen wollte, die ihrerseits dazu aber so lange nicht bereit war, wie die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung keine Lösung in ihrem Sinne gegenüber dem geltenden Gesetz eine Einschränkung gefunden hatte. Willoch fand hierfür eine elegante Lösung: Die 53 Mitglieder der Höyre-Fraktion konnten im Storting frei nach ihrem Gewissen abstimmen. Der Antrag der Christlichen unterlag, und die Partei kam anschließend zu der Einsicht, daß sie mit einer einzigen Forderung nicht für alle Zukunft eine Kabinettsbeteiligung blockieren könne.

Um konkret zur Erweiterung der Regierungsbasis zu kommen, bedurfte es einer Zusammenarbeitskrise zwischen den drei Parteien. Sie wurde von der Christlichen Volkspartei initiiert, als sie sich in einer industriepolitischen Frage gegen die Auffassung der Höyre stellte. Schnell setzte man sich zusammen, löste dieses Problem und einigte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf ein Koalitionsprogramm, obwohl Kare Willoch auf klare, bis ins Detail gehende Richtlinien drängte.

Einzelheiten werden erst bei der Vorstellung des neuen Kabinetts bekanntgegeben. Ein erstes Anzeichen der festeren Kooperation kam allerdings schon am Freitag, als der Diskont von 9 auf 8 Prozent gesenkt wurde, die erste Veränderung seit mehr als vier Jahren.

Die Partner der Mitte plädierten seit längerem für eine Herabsetzung der Zinsen, während die Höyre damit so lange wie möglich warten wollte. Überhaupt dürften Zentrum und Volkspartei die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung in eine etwas expansivere Richtung lenken, was ihnen allerdings seit der Ablösung der Sozialdemokraten im Herbst 1981 auch schon bisher in gewissem Umfang geglückt ist.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Historisches Lehrstück

„Leserbrief: Nicht erwähnt"; WELT vom 27. Mai

Herr W. Pickert hat und hat nicht recht, wenn er behauptet, Ostpreußen mit Königsberg hätte niemals zum russischen Reich gehört. Tatsächlich gehörte Ostpreußen nie sozusagen „endgültig", also ganz formell und für Jahrhunderte, zum Reich der Zaren – wie etwa die baltischen Staaten.

Aus der preußisch beeinflußten deutschen Geschichtsschreibung und aus dem deutschen Bewußtsein ist jedoch verdrängt worden, daß im Dezember 1757, während des Siebenjährigen Krieges, die Zarin Elisabeth Ostpreußen zu einer russischen Provinz proklamiert hat. Anfang 1758 besetzten die Russen (nach dem vorübergehenden Rückzug nach ihrem Sieg bei Groß-Jägersdorf am 30. August 1757 ganz Ostpreußen und machten es zu einer Provinz „Neu-Rußland". Die Königsberger Zeitung erschien mit dem russischen doppelköpfigen Adler im Titel usw. Erst im Juli 1762, nach dem „Wunder des Hauses Brandenburg" (d.h. nach dem Tode der Zarin Elisabeth und nach der Thronbesteigung ihres Neffen Peter III., eines Bewunderers Friedrichs des Großen), entband der letzte russische Gouverneur Wojkow die Bevölkerung Ostpreußens vom Treueid für Rußland und proklamierte die Rückkehr der Provinz unter die Herrschaft Friedrichs. Ohne jenes „Wunder" wäre Ostpreußen zweifellos eine russische Provinz geblieben.

Und all das war – und wäre – hundert Jahre früher unmöglich gewesen, als das polnisch-litauische Reich noch mächtig war und ein Durchmarsch der Russen durch Litauen nach Ostpreußen und dann durch Großpolen nach Brandenburg, wo sie am 12.8.1759 bei Kunersdorf (heute eine polnische Grenzstation zu Deutschland) den Preußen eine vernichtende Niederlage beibrachten, ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre.

Diese Warnung der Geschichte nahm Preußen nicht wahr und verband sich immer wieder mit Rußland gegen Polen und ganz Ostmitteleuropa. Einen Ausdruck dieser Haltung finden wir noch 1922 bei General v. Seeckt, als er schrieb: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden ... durch Rußland mit unserer Hilfe." Ein Programm, das dann 1939 von Hitler verwirklicht wurde, mit bekanntem Ergebnis: Polens staatliche Existenz wurde vernichtet, Polen ist heute eine autonome sowjetische Provinz – und die Sowjetrussen besitzen nicht nur Königsberg; sie stehen auch vor den Toren Lübecks.

1965 schrieb Ernst Majonica: „Jener Ausspruch Seeckts, die Existenz eines unabhängigen Polens sei für uns unerträglich, hätte lauten müssen: Die Existenz eines unabhängigen Polens ist für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit."

Vom deutschen Standpunkt, allem anderen voran: Eine absolute Vorbedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Andrzej J. Kaminski, Hagen 1

Hemmungslos freizügig

„Prinzip und Praxis"; WELT vom 20. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

Günter Zehm hat in dem Hauptleitartikel vom 20. 5. mit großartiger Klarheit vor allem durch den Hinweis auf die Ortegasche Theorie vom „zufriedenen jungen Herrn" herausgearbeitet, was der Liberalismus der „Stern"-Redakteure in Wirklichkeit bedeutet.

Mir fehlt aber, gerade nach der Erwähnung der Closed-Shop-Haltung, noch der notwendige Schluß der Diagnose: daß es sich um waschechte Faschisten handelt! Hier berühren sich nämlich die Gegensätze: mit dem totalitären Verlangen nach absoluter Freiheit (sprich hemmungsloser Freizügigkeit, um sich desto leichter als Unterdrücker Andersdenkender etablieren zu können), dem Hang zum kommunistischen Osten, der Verwechslung von liberal mit libertin (wie ein Leser treffend schrieb) und der Porno-Freiheit entlarven sich diese „fortschrittlich-liberalen" Meinungsdiktatoren selbst. „Neuer Faschismus bereitet sich dann vor, wenn die in der Geschichte erreichte Kultur ... negiert wird zugunsten einer Ermächtigung der Natur, die zur Abwechslung dann ... libidinös interpretiert wird" (Prof. Rohrmoser).

Freundlich grüßend
W. R. Thorwirth, Gummersbach

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Die Kunst des Finanzministers besteht darin, Gänsen möglichst viele Federn auszurupfen, ohne daß sie zuviel Geschrei machen."

Colbert, Finanzminster König Ludwigs XIV. von Frankreich (1619–1683)

Dank

Sehr geehrte Herren,

über Pfingsten habe ich endlich Gelegenheit gehabt, die gesamte Presseberichterstattung anläßlich meines 80. Geburtstages aufmerksam durchzusehen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für die Würdigung meiner Person und meiner Arbeit sehr zu danken. Ich bitte zu entschuldigen, daß Sie dieser Dank erst jetzt erreicht, aber ich hatte mir die Feiertage für dieses Studium vorgenommen.

Mit guten Wünschen für Ihre journalistische Tätigkeit und freundlichen Grüßen bin ich

Ihr
Prof. Dr. Alex Möller, Bundesminister a. D., Karlsruhe

Mißverstanden

„Weizen-Offerte"; WELT vom 27. Mai

Sehr geehrte Herren,

Horst-Alexander Sieberts Vergleich zwischen den amerikanischen Getreideexporten in die Sowjetunion und dem Erdgas-Röhren-Geschäft der Europäer könnte mißverstanden werden. Weil Präsident Reagan einen Fehler korrigieren muß, haben die Freunde eines ungezügelten Osthandels noch lange nicht recht.

Es wäre in der Tat ein Schildbürgerstreich, wenn die europäische Exportwirtschaft weiterhin dazu beitrüge, daß die Sowjetunion ihre Hochrüstung fortsetzen kann, während die Steuerzahler des Westens die gigantischen Kosten der Gegenrüstung tragen müssen. Nur wenn der lebensspendende Zustrom westlicher Technologie und hochwertiger Kapitalgüter in die systemkranke Wirtschaft des östlichen Imperiums versiegte, wäre die Moskauer Führung zu einem Kurswechsel gezwungen. Ohne eine bündnisgemeinsame Osthandelspolitik, die diesem Umstand Rechnung trägt, müßte man der Zukunft der NATO mit Sorge entgegenblicken. Die große Zeit des Osthandels kann erst anbrechen, wenn im Osten eine neue Lage entstanden ist.

Mit freundlichem Gruß
W. Fleischer, Hamburg 70

Sudetendeutsche

„Sudetendeutscher Tag in Wien"; WELT vom 24. Mai

Sehr geehrter Herr Ströhm,

in beiden Artikeln haben Sie „Mut zur Wahrheit" bewiesen. Als Sudetendeutscher danke ich Ihnen namens tausender Landsleute. „Die Wahrheit wird siegen".

Mit freundlichem Gruß
F. Altrichter, Mömlingen

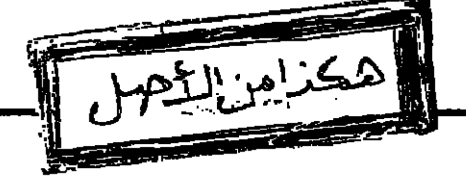
Personalien

GEBURTSTAG

Macht er an seinem 70. Geburtstag eine persönliche Bilanz, kann **Herbert Liesenfeld**, Düsseldorfer Finanzier und Präsident des Düsseldorfer Reiter- und Rennvereins, hoch zufrieden sein: Denn eine überaus illustre Gästeschar gratulierte persönlich. In dem idyllischen Kalkul wurde die Auffahrt der Gäste zum abwechslungsreichen Dorfspektakel. Zum Empfang kamen Bundestagspräsident **Rainer Barzel** und Altbundespräsident **Walter Scheel** mit Ehefrau **Mildred**, Bundesbankpräsident **Karl Otto Pöhl**, die früheren Staatssekretäre Botschafter a. D. **Sigismund von Braun** und Dr. **Detlev Rohwedder**, heute Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. **F. Wilhelm Christians** und Vorstandsmitglied Dr. **Alfred Herrhausen**, Thyssen-Vorstandsvorsitzender Dr. **Dieter Spethmann** und Dr. **Harald Kühnen**, Mitinhaber des Kölner Bankhauses Sal. Oppenheim, der Bankier **Ferdinand Graf von Galen** und **Ferdinand Fürst von Bismarck** sowie **Moritz Landgraf von Hessen**. Unter den ausländischen Gästen war **Henri François-Poncet**, Sohn des früheren französischen Botschafters in Berlin und Bonn. Herbert Liesenfeld ist der Sohn des Düsseldorfer Bankiers **Otto Liesenfeld**, des einstigen Mitinhabers des renommierten Bankhauses C. G. Trinkaus, das sein Vater unter dem Druck des nationalsozialistischen Regimes wieder verlassen mußte. Herbert Liesenfeld hat nach dem Krieg als selbständiger Finanzier namhaften deutschen Industrie- und Handelsunternehmen Kredite in erheblichen Dimensionen vermittelt und befaßt sich heute vor allem mit der Vermittlung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.

VERANSTALTUNG

Vergeben wurde in Frankfurt der **Bruno-H.-Schubert-Preis**, der höchstdotierte Privatpreis für Naturschutz. 80 000 Mark wurden in verschiedene Gruppen aufgeteilt. 40 000 Mark erhielt der Meeresforscher **Jacques-Yves Cousteau**. Weitere 25 000 Mark zu gleichen Teilen die Biologin **Petra Deimer**, die sich um die Erhaltung gefährdeter Walarten verdient machte, und der Biologiestudent **Jürgen Resch**, der die Bodensee-Fauna unter die Lupe nahm. Restliche 15 000 Mark gingen an drei Jugendgruppen.



RADSPORT/Giro

Die Angst vor dem Risiko

ISK, Udine

„Wenn du Familie hast, gehen dir die ständigen Hin- und Herreisen auf den Geist. Du denkst an den Garten zu Hause, an deinen Jungen." 22 Hotelzimmer erlebte Dietrich Thurau während des 4000 Kilometer langen Giro d'Italia. Er wohnte gemeinsam mit dem Belgier Rudy Pevenage. Bei jedem Umzug stellte Thurau zwei Bilder auf den Nachttisch: Eins zeigt seine Frau, das andere seinen Sohn Marc.

Deshalb auch die ständig wiederkehrenden Gedanken über den geplanten Rücktritt, die selbst das Comeback beim Giro d'Italia nicht verscheuchen konnte. „Die Erinnerungen an die Familie bremsen mich. In einer gefährlichen Abfahrt denke ich manchmal an meinen Jungen. Was wird aus ihm, wenn mir etwas passiert? Also meide ich das Risiko. Das gleiche gilt für die Sprints. Es gab hier Zeitgutschriften von 30 Sekunden, doch ich hielt mich raus. Die Italiener fahren brutal, mit dem Ellbogen. Plötzlich ist die Angst da."

Aber auch sein Erfolg während der Italien-Rundfahrt hinterläßt Spuren. „Welch ein Gefühl, wieder den eigenen Namen auf der Straße zu lesen, wenn man spürt, daß es rollt wie in den besten Tagen." 20 000 Mark hat Thurau während der Strampelei durch Italien verdient, aber er würde finanziell noch viel besser dastehen, wenn er den neuen Vertrag beim Del-Tongo-Team für 1984 unterzeichnen würde. „Wenn ich wirklich weitermache, dann nur in der Saronni-Mannschaft", sagt Thurau.

Doch die Negativ-Beispiele dieses Giro warnen Thurau. Giovanni Battaglin, vor zwei Jahren triumphaler Sieger, gab vorzeitig auf. Offiziell hieß es, wegen einer Lebensmittelvergiftung. In Wahrheit war der knapp 33jährige Italiener einfach am Ende seiner Kräfte. Das gleiche trifft auf Francesco Moser zu, den früheren Weltmeister. Er stieg unterhalb der Steigungen des Colle San Fermo vom Rad. „Nein, so wie Moser will ich nicht enden", sagt Thurau.

Trotz eines guten Angebots des Schweizer Rundfahrt-Chefs Joseph Vögeli verzichtet Thurau auf die Tour de Suisse. Das nächste große Ziel des 28jährigen Thurau sind die Weltmeisterschaften im September in der Schweiz. Und danach will er zurücktreten, jedenfalls als Straßenfahrer. Nur noch bei den Sechstagerennen im Winter will er dann Geld verdienen.

GALOPP

„Sommerpferd" Illampu

HARALD SIEMEN, Köln

Am Samstag wurde auf der Kölner Galopprennbahn das Iduna-Rennen (30 000 Mark, 1600 m) entschieden. Der Renntag sollte nach ursprünglicher Terminplanung erst am nächsten Samstag stattfinden, aber wegen des Pokalfinales im Müngersdorfer Stadion entschloß man sich zur Vorverlegung. Das Rennen war ausgezeichnet besetzt, mit Delicius, Königspark und Winkeladvokat gingen sogar drei Teilnehmer aus dem vorjährigen Derby an den Start. Aber diese Hengste belegten in der genannten Reihenfolge hinter dem Sieger Illampu nur die Plätze zwei bis vier.

Damit bestätigte sich wieder einmal die schon längst gewonnene Erkenntnis, daß das letztjährige Derby mit dem Sensationssieg von Ako nicht viel wert gewesen ist. Denn von den sieben Erstplazierten aus dem Derby 1982 (Ako, Eiswind, Lodino, Victorian Dancer, Königspark, Pacer und Treiber) hat nur Königspark seitdem ein kleineres Rennen gewinnen können.

Illampu gewann das Iduna-Rennen als großer Außenseiter (Siegquote 156:10). Der Schimmelhengst, der dem niedersächsischen Gestüt Evershorst gehört, gilt als ausgesprochenes Sommerpferd, zur Einstellung seiner Bestform benötigt er unbedingt abgetrockneten Boden und warmes Wetter. Diese Voraussetzungen waren in Köln gegeben. Illampu gewann 1981 mit dem Oppenheim-Rennen eines der größten Zweijährigen-Prüfungen, mußte danach aber ein langes Formtief durchmachen.

Nach Ende der acht Rennen am Samstag konnten informierte Besucher noch einen Trainingsgalopp von drei Derby-Kandidaten des Gestüts Röttgen beobachten. Die Hengste Solo, Strong Lions und Diu Star wurden von Trainer Theo Grieper unter den Augen von Gestütsbesitzerin Maria Mehl-Mülhens um die Bahn geschickt. Gestütsleiter Jens von Lepel: „Vor allem Solo sollte sich noch einmal mit den Bahnverhältnissen in Köln vertraut machen." Solo war vor vier Wochen an gleicher Stelle im Behr-Memorial klar in Front liegend unvermittelt über die ganze Breite des Geläufs weggebrochen und gegen die Bahnbegrenzung geprallt. Der Hengst gilt derzeit als Röttgens Derby-Hoffnung Nummer eins und soll am kommenden Sonntag im Union-Rennen, der wichtigsten Derby-Vorprüfung, an den Start kommen.

REITEN / Deutsches Spring- und Dressurderby in Hamburg



Des Reiters Schwierigkeit, sein Pferd springen zu lassen: Thomas Frühmann auf Arizona, Peter Zobl-Wessely auf Lanzelot und Fritz Ligges auf Ramzes beim Springderby in Hamburg. FOTOS: SIMON (2)/BONGARTS

Bauer aus Dithmarschen überraschte Fritz Thiedemann: „Ein guter Junge"

dpa/sid, Hamburg

Reiner Klimke kam, sah und gewann zum zwölften Mal das Deutsche Dressur-Derby der Herren. Und im Gegensatz zu seinen Konkurrenten Uwe Schulten-Baumer (Mettingen) und Uwe Sauer (Hamburg) macht dem 47jährigen Weltmeister auch der Pferdewechsel in Hamburg, in dem vor allem fürs Publikum der eigentliche Reiz des Dressur-Derbys liegt, auch sehr viel Spaß.

Immerhin waren zum Dressur-Derby 4000 Zuschauer gekommen. Reiner Klimke bestätigte wieder einmal sein Können und kam auch mit den Pferden seiner Konkurrenten vorzüglich zurecht. Ein guter Aufgalopp für die Deutsche Meisterschaft in einer Woche in Berlin und auch für die Europameisterschaft in Aachen, auch wenn dort Pascal nicht mehr seine erste Wahl sein wird. Der 34jährige Vorjahressieger Johann Hinnemann (Voerde), der nebenbei kanadischer Bundestrainer ist, konnte jedenfalls seinen Lehrmeister, bei dem er von 1967 bis 1971 zum erstklassigen Dressurreiter ausgebildet wurde, nicht bezwingen.

Eine enttäuschende Vorstellung gaben die erstmals seit dem Olympia-Boykott von 1980 wieder in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen sowjetischen Dressurreiter, die einst Weltklasse repräsentierten und jetzt nicht einmal mehr einen Abglanz früherer großer Tage verbreiteten. Drei Wochen vor der Dressur-Europameisterschaft in Aachen reichte es für den aus Taschkent in Usbekistan stammenden 31jährigen Silbermedaillengewinner der Moskauer Boykott-Olympiade, Juri Kowschow, der mit der sowjetischen Mannschaft 1980 obendrein auch Gold gewonnen hatte, im Großen Dressurpreis lediglich zum 11. Platz. Pawel Wolkow wurde sogar nur 18. Da wird es allmählich fraglich, ob die Sowjets – Kowschow gilt bereits als für Aachen nominiert – überhaupt noch zur Dressur-Europameisterschaft fahren werden.

Der Moskauer Blondine Olga Klimko und ihrer Gefährtin Tatjana Nenoschowa ging es im Damen-Derby nicht besser. Obwohl diese Prüfung qualitativ und quantitativ nicht annähernd so stark besetzt war, trotz des überzeugenden Sieges der früheren deutschen Meisterin Madeleine Winter aus Berlin, konnte sich keine der beiden Sowjetrussinnen fürs Derby-Finale qualifizieren. Vor dem Pferdewechsel brauchten sie keine Angst zu haben, soweit kamen sie gar nicht.

Den Großen Preis von Hamburg als wichtigste Springprüfung außerhalb des Deutschen Derbys für Reiter in Hamburg gewann der 36 Jahre alte Werner Peters aus Bargenstedt. Der Bauer aus Dithmarschen siegte im Stechen auf dem selbst gezogenen Holsteiner Wega in 38,28 Sekunden vor dem deutschen Ex-Meister Peter Schmitz (Aachen) auf Lotus (39,56) und dem ebenfalls fehlerfreien britischen Ex-Weltmeister David Broome auf Last Resort (39,99), der für 750 000 Mark durch einen Sponsor für den Engländer erworben wurde und als teuerstes Springpferd Europas gilt.

Fritz Thiedemann, selbst Holsteiner und mit fünf Siegen erfolgreichster Derby-Teilnehmer in der Geschichte, meinte nach dem Erfolg von Werner Peters: „Ein guter Junge, der sich selbst alles angeeignet hat, der seine Pferde selbst trainiert und außerdem in der Landwirtschaft noch hart arbeitet." Der zweimalige holsteinische Meister kassierte für seinen Erfolg vom 15 000-Mark-Preisgeld 4200 Mark.

Mit einem deutschen Triumph war die zweite Qualifikation zum 54. Deutschen Spring-Derby in Hamburg zu Ende gegangen. Der 32 Jahre alte Orthopäde Michael Rüping aus Itzehoe gewann das Stechen auf dem zehnjährigen französischen Schimmelhengst Silbersee mit dem schnellsten fehlerfreien Ritt in 36,03 Sekunden für die 290 Meter lange Strecke mit sechs Hindernissen und acht Sprüngen. Rüping, der beim Derby-Turnier auch als Bahnarzt fungiert, verwies den Engländer Harvey Smith auf den zweiten Rang.

SPORT-NACHRICHTEN

Demuth wieder in Form

Kirchheim (sid) – Nach achtwöchiger Verletzungspause belegte der deutsche Meister Harald Demuth (München) bei der Hessen-Rallye, dem fünften Lauf zur Deutschen Rallye-Meisterschaft, mit seinem Beifahrer Arwed Fischer (Kemnath) auf Audi Quattro den dritten Rang. Sieger wurde das Opel-Team Erwin Weber und Gunther Wanger (Ludwigshafen).

Polizeichef in München

München (sid) – Daryl Gates, Polizeichef von Los Angeles und Chef der Sicherheitskräfte bei den Olympischen Sommerspielen 1984, informierte sich in München über die Sicherheitseinrichtungen und Erfahrungen bei den Spielen 1972.

Wolfsburg im Finale

Düsseldorf (sid) – Der dreimalige Europapokalgewinner VfL Wolfsburg und TSV München-Großhadern stehen im Finale (18. und 25. 6.) um die deutsche Judo-Mannschaftsmeisterschaft.

Turin im Halbfinale

Rom (sid) – Gut vertreten wurde der zurückgetretene Fußball-Nationaltorwart Dino Zoff bei Juventus Turin von Ersatztorwart Bondini im Viertelfinal-Rückspiel um den italienischen Pokal bei AS Rom. Beim 2:0-Sieg der Turiner (Hinspiel 3:0) hielt Bondini einen Foulelfmeter von Prohaska (Rom).

Magdeburg Pokalsieger

Berlin (sid) – Durch einen 4:0-Endspielsieg über den FC Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) wurde der 1. FC Magdeburg zum siebten Mal Fußball-Pokalsieger der „DDR".

Rad: Rottler Vierter

Blackpool (sid) – Als bester Deutscher belegte Radamateur Ulrich Rottler (Stuttgart) bei der „Milk-Race-Rundfahrt" über insgesamt 1700 Kilometer in England Platz vier. Sieger wurde Matt Eaton (USA).

Niederlande protestieren

Den Haag (dpa) – Der königlich-niederländische Schachbund hat gegen die geplante Ausrichtung des Herausforderungskampfes der Weltmeisterschaft zwischen Gerri Kasparow (UdSSR) und Viktor Kortschnoi (Schweiz) in den USA protestiert, da auch Rotterdam von beiden Spielern als Austragungsort genannt worden war.

Dreifacher deutscher Sieg

Zürich (sid) – Zum Abschluß der internationalen Schieß-Wettbewerbe in Zürich gab es durch Silvia Sperber (Penzing), Sigrid Lang (Igling) und Ulrike Holmer (Neufahrn) einen dreifachen deutschen Sieg im Kleinkaliber-Dreistellungskampf.

Segeln: Streit beigelegt

Hamburg (sid) – Der Streit um die Nominierung der drei deutschen Segelboote für den Admiral's Cup (25. 7.–12. 8.) ist beigelegt. Auf einer Zusammenkunft der beteiligten Segler in Hamburg einigte man sich darauf, den bisherigen Nominierungsmodus beizubehalten. Qualifiziert hatten sich die „Outsider", die „Sabina" und die „Pinta".

Carson gewann die „Oaks"

London (sid) – Zum Abschluß der Rennwoche auf der Galopprennbahn von Epsom gewann Jockey Willie Carson auf Sun Princess die mit rund 400 000 Mark dotierten klassischen „Oaks".

Siegtor kurz vor Schluß

Saragossa (dpa) – Bernd Schuster wurde mit dem FC Barcelona durch einen 2:1-Sieg über Real Madrid in Saragossa spanischer Fußball-Pokalsieger. Der Siegtreffer durch Marcos fiel wenige Sekunden vor dem Schlußpfiff.

Langer rückte vor

Chepstow (sid) – Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) rückte bei den British Masters Championship in Cheptsow (Wales) in der dritten Runde mit insgesamt 205 Schlägen auf den dritten Platz vor. Mit einem Schlag weniger führen die beiden Engländer Ian Woosham und Bernard Gallagher.

ERGEBNISSE

Braunschweig – Leverk.	1:3 (1:1)
Kaiserslautern – Stuttgart	2:3 (1:1)
Dortmund – M'Gladb.	4:6 (3:1)
Schalke – Hamburg	1:2 (1:1)
Nürnberg – München	2:3 (2:1)
Bremen – Bochum	3:2 (1:1)
Düsseldorf – Frankfurt	5:1 (3:1)
Karlsruhe – Bielefeld	1:1 (0:0)
Köln – Berlin	3:2 (1:0)

DIE SPIELE

Bremen – Bochum 3:2 (1:1)

Bremen: Burdenski – Fichtel (46. Bracht) – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Siegmann, Möhlmann – Reinders, Völler, Meier (64. Neubarth). – **Bochum:** Zumdick – Bast – Oswald, Knüwe, Jakobs – Woelk, Patzke (46. Krella), Lameck, Schreier – Pater, Benatelli. – **Schiedsrichter:** Klauser (Vaterstetten). – **Tore:** 0:1 Schreier (13.), 1:1 Völler (17.), 2:1 Reinders (49.), 2:2 Krella (62.), 3:2 Siegmann (74.). – **Zuschauer:** 40 800 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Reinders (4), Okudera (2), Burdenski (2), Woelk (4).

Schalke – Hamburg 1:2 (1:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Kruse – Lorant, Drexler, Bücker, Bittcher – Wuttke (78. Geier), Abel, Tüfekci (74. Abramczik). – **Hamburg:** Stein – Hieronymus (61. von Heesen) – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Rolff, Magath – Milewski (19. Hansen), Hrubesch. **Schiedsrichter:** Dellwing (Trier). – **Tore:** 0:1 Hrubesch (37.), 1:1 Wuttke (44.), 1:2 Rolff (52.). – **Zuschauer:** 70 000 (ausverkauft).

Dortmund – Gladbach 4:6 (3:1)

Dortmund: Immel – Loose – Hein (60. Bönighausen), Rüßmann – Huber (72. Eggeling), Zorc, Burgsmüller, Raducanu, Koch – Abramczik, Klotz. – **Mönchengladbach:** Kamps – Hannes – Hopfstock, Ringels, Pickenäcker – Matthäus, Schmider (60. Mohren), Bruns, Schäfer – Mill, Brandts. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 0:1 Brandts (10.), 1:1 Abramczik (24.), 2:1 Raducanu (38.), 3:1 Raducanu (44.), 3:2 Bruns (62.), 3:3 Hannes (69., Foulelfmeter), 4:3 Burgsmüller (70.), 4:4 Bruns (71.), 4:5 Matthäus (87.), 4:6 Mill (90.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Rüßmann (2), Burgsmüller (2).

Braunschweig – Leverkusen 1:3 (1:1)

Braunschweig: Josef – Borg – Geiger (58. Keute), Bruns, Merkhoffer (46. Pahl) – Tripbacher, Kindermann, Posipal, Zavisic – Geyer, Worm. – **Leverkusen:** Greiner – Gelsdorf – Winklhofer (88. Bruckmann), Demuth (88. Hermann), Posner – Hörster, Bittorf, Knauf – Økland, Waas, Fehse. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 1:0 Geyer (31.), 1:1 Økland (40.), 1:2 Økland (67.), 1:3 Økland (82.). – **Zuschauer:** 9127. – **Gelbe Karte:** Winklhofer (4/1).

Düsseldorf – Frankfurt 5:1 (3:1)

Düsseldorf: Kurth – Zewe – Kuczinski, Theis – Bockenfeld, Löhr, Bommer, Weikl, Dusend – Edvaldsson, Wenzel (62. Ormslev). – **Frankfurt:** Pahl – Pezzey (23. Kahlhofen) – Körbel, Kroth – Berthold, Falkenmayer, Müller, Nickel, Neuberger – Gulich (51. Karger), Cha. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Edvaldsson (3.), 2:0 Edvaldsson (9.), 3:0 Edvaldsson (36.), 3:1 Berthold (45.), 4:1 Edvaldsson (53.), 5:1 Edvaldsson (81.). – **Zuschauer:** 7500. – **Gelbe Karten:** Kroth (2), Kahlhofen.

K'lautern – Stuttgart 2:3 (1:1)

Kaiserslautern: Reichel – Dusek – Wolf, Briegel – Melzer (63. Allofs), Geye, Brehme, Bongartz (54. Funkel) – Eilenfeldt, Nilsson, Kitzmann. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster (70. Habiger) – Kempe (65. Hadewicz), Ohlicher, Sigurvinsson, Allgöwer – Reichert, Six. – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Tore:** 0:1 Ohlicher (9.), 1:1 Eilenfeldt (17.), 1:2 Ohlicher (48.), 1:3 Reichert (65.), 2:3 Allofs (87.). – **Zuschauer:** 23 360. – **Gelbe Karten:** Makan (4), Six (4), Ohlicher (2).

Karlsruhe – Bielefeld 1:1 (0:0)

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Gross, Kleppinger, Lazic – Boysen, Walz, Wiesner, Dittus – Günther (78. Götz), Bühler. – **Bielefeld:** Diergardt – Meier – Geils, Hupe, Pohl – Schnier, Kühlhorn, Schröder – Rautiainen (75. Krajczy), Pagelsdorf (79. Westerwinter), Lienen. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Hupe (87., Eigentor), 1:1 Lienen (90.). – **Zuschauer:** 2500. – **Gelbe Karte:** Pagelsdorf (3).

Köln – Berlin 3:2 (1:0)

Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Willmer, Zimmermann – Konopka (80. Sljivo), Neumann (46. Hartmann), Engels – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Berlin:** Quasten – Timme – Schneider, Rasmussen, Ehrmanntraut – Beck, Blau, Schmitz, Mohr – Glöde (62. Emig), Remark (62. Killmaier). – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Willmer (26.), 2:0 Zimmermann (52.), 3:0 Allofs (77.), 3:1 Timme (80.), 3:2 Killmaier (84.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karte:** Willmer (2).

Nürnberg – München 2:3 (2:1)

Nürnberg: Kargus – Hintermaier – Täuber, Weyerich, Stocker – Heidenreich (71. Schneider), Botteron, Brunner – Trunk, Heck, Dreßel (79. Schlegel). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Beierlorzer (46. Güttler), Grobe, Horsmann – Nachtweih, Dürnberger, Pflügler, Del'Haye – Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Trunk (10.), 2:0 Trunk (21.), 2:1 Rummenigge (40.), 2:2 Hoeneß (62.), 2:3 Pflügler (70.). – **Zuschauer:** 37 000. – **Gelbe Karten:** Täuber (4/1), Hintermaier (2), Kargus, Augenthaler (7/1), Rummenigge (3), Hoeneß (3), Beierlorzer (2).

Bundesliga / Der Jubel am letzten Spieltag überdeckt die vielen kritischen Fragen

Die Fußball-Bundesliga ist ins Ziel gestürmt, als habe auf ihrem Weg durch die 20. Saison niemals eine Hürde gestanden. Der gemeinsame norddeutsche Jubel in Hamburg und Bremen ist berechtigt, gilt aber nur dem Paukenschlag am Ende einer ziemlich krausen Symphonie, deren Dissonanzen von den verschiedensten Interessenvertretern unter immer wieder ein und dieselbe Melodie gezwungen werden sollen: „Ich muß den Trainern und Spielern ein Kompliment machen für oft herzerfrischendes Spiel weg vom Betonfußball" (DFB-Präsident Hermann Neuberger). Und: „Junge Leute wie Völler, Rolff, Otten, Waas und Milewski, um nur einige zu nennen, haben sich hervorragend entwickelt. Sie sind in meinen Augen zu echten Persönlichkeiten herangereift, und deshalb verstehe ich auch nicht, warum über den Verlust von Persönlichkeiten lamentiert wird" (Bundestrainer Jupp Derwall).

Also alles wie gehabt, Fußball ist hierzulande allemal eine Übung für Schulterklopfer – und dabei wird denn einiges unter den Teppich gekloppt.

Das Finale war großartig, aufwühlend, spannend, so hinreißend stimmungsvoll, „so ein Tag, so wunderschön wie heute", daß zwangsläufig der Strafraum erreicht wird, in dem jede Skepsis mit Elfmeter geahndet wird. Wer in der Lage ist, über den Stadionrand hinauszusehen, wird seinen Jubel auf den Hamburger SV, auf Werder Bremen tunlichst beschränken.

Die Frage muß immer wieder gestellt werden: Wie lange ist die Bundesliga noch lebensfähig? Die 20. Saison brachte die wenigsten Zuschauer seit zehn Jahren, seit dem tiefen Einschnitt durch den Skandal um manipulierte Spiele. 15 Klubs nahmen weniger ein, als sie veranschlagt hatten, die Verschuldung insgesamt stieg auf jetzt etwa 45 Millionen Mark. Bei einer Umfrage forderten 86,5 Prozent aller ständigen Stadionbesucher von den Spielern „mehr Ehrgeiz und weniger Arroganz", 79,7 Prozent eine Reduzierung der Gehälter.

Wenn es richtig ist, daß die Zuschauermisere nicht durch die Ereignisse bei der Weltmeisterschaft in Spanien herbeigeführt wurde, was gilt dann? Derwall argumentiert damit, daß überall das Geld nicht mehr so locker sitze. Er sagt: „Von der wirtschaftlichen Allgemeinsituation kann auch der Fußball nicht verschont bleiben."

Richtig, nur müssen daraus Konsequenzen gezogen werden. Noch siegt die Hektik über die Vernunft. Gleich acht Trainer wurden vorzeitig entlassen – selbstverständlich mit hohen Abfindungen oder Gehaltszahlungen bis Ende der eigentlichen Vertragszeit. Zwanzigjährige fordern und erhalten Gehaltszulagen in einer Höhe, die dem Jahresverdient eines Facharbeiters entsprechen.

Die Bundesliga galt sich gleichsam in einer Hängematte und spürt nicht, daß sie sich mit ihren Ansprüchen selbst ins Netz schneidet. Dabei soll sie eigentlich nur Spaß machen, so wie dieser letzte Spieltag. DW.

Hamburg: Ehrenrunde des Meisters übers Weser-Stadion

Von ULRICH DOST

Zum Schluß hatten die Hamburger Fans im Gelsenkirchener Parkstadion dem **Jimmy Hartwig** (27) tatsächlich nur noch die Unterhose angelassen. Und wer weiß, wenn Hartwig sich von ihr getrennt hätte, die Fans hätten sich darum gerauft. Seine Fußballschuhe und das Trikot verschenkte Hartwig zuvor an Körperbehinderte, die im Rollstuhl saßen, die Socken rissen sie ihm förmlich von den Füßen, die weiße Turnhose warf er von der Rolltreppe, die zu den Kabinen führt, herunter.

Der Hamburger SV, der neue und alte Deutsche Meister, gab *sich volksnah, Jimmy Hartwig* ist nur ein Beispiel dafür. Sie alle badeten im Überschwang der Freude. Die Stars und die Fans – im Gelsenkirchener Parkstadion waren sie eins geworden. Und siehe da, der ganze Trubel ging friedlich über die Bühne. Wer gemeinsam feiert, verspürt wenig Lust, mit anderen zu raufen. „Trotzdem", sagte ein Schalker zu einem Hamburger Fan, „den Bremern haben wir es mehr gegönnt." Da kam die versöhnende Antwort: „Nun laß' man. Wir haben die Meisterschaft schon verdient." Da lief gerade **Horst Hrubesch** (32) vorbei, und der Fan schloß sich ihm friedlich an. Die Spieler des HSV haben zu feiern gelernt, die Fans sind dankbar dafür und vor allen Dingen friedlich.

Noch in der Umkleidekabine floß der Champagner in Strömen, Manager **Günter Netzer** (39) hatte sich nicht lumpen lassen. Auch auf dem Flug mit der gecharterten Fokker-Friendship-Maschine von Düsseldorf nach Hamburg war der Sekt-, Bier- und Whiskyvorrat schnell verbraucht. Kein Wort mehr zu verstehen war bei dem Geschrei der Spieler, als der Flugkapitän eine Ehrenrunde über dem Bremer Weser-Stadion drehte. Der Meister machte dem Zweiten seine Aufwartung.

Nur einen schien das alles wieder einmal überhaupt nicht zu berühren – Trainer **Ernst Happel** (57). Der spielte nämlich derweil schon wieder Karten und ärgerte sich furchtbar, weil Zeugwart **Emil Thomaschei** (45) eine falsche Karte ausgespielt hatte. Es bleibt also dabei, dieser Ernst Happel gewährt keine Einblicke in sein Gefühlsleben. Später, bei der großen Feier auf der Moorweide, will einer tatsächlich beobachtet haben, daß Happels ansonsten starrer Gesichtsausdruck so etwas wie ein leichtes Lächeln angenommen haben soll. Da riefen die rund 100 000 Fans „Happel, Happel!", und das hat ihn gerührt.

„Hier muß Leben in die Brauerei.", sagte Happel immer, wenn er auf das eisige Verhältnis der Hamburger zu den Spielern im Volksparkstadion angesprochen wurde. Auf der Moorweide sah jeder, was Happel meinte. Und er selbst stammelte immer wieder: „Einfach unvorstellbar." Dennoch, lang hielt es Happel nicht aus. Er verschwand als erster von der Tribüne und feierte privat in einem italienischen Restaurant weiter. Derweil stand Horst Hrubesch immer noch am Mikrophon und war der Vorsänger der Fans: „Kling, Glöckchen, klingelingeling – HSV ist Meister, Werder ist nur Zweiter, Stuttgart leider Dritter, oh, wie ist das bitter."

Dann ging es kurz vor Mitternacht ins Amerika-Haus, wo ein kaltes Büfett bereitstand, ehe sich die meisten Spieler in der Pöseldorfkneipe „Zwick" zum letzten Umtrunk einfanden. **Bernd Wehmeyer** (30) sprach dann für seine Kollegen: „Das war schon ein irres Gefühl. Mir ist mehrmals ein kalter Schauer über den Rücken gelaufen. Leider können wir Spieler unsere Gefühle nicht so zeigen, wie es die Fans erwarten. Doch diesen Empfang und diese Begeisterung *wird niemand von uns vergessen."*

*

So richtig ins Bild der jubelnden HSV-Spieler, die wild schunkelten, Lieder sangen, Zigaretten rauchten und kein volles Glas Bier stehen lassen konnten, wollte nur einer nicht passen: **Wolfgang Rolff** (23). Wenn er ein Glas in die Hand nahm, dann war es lediglich mit Orangensaft gefüllt. Wolfgang Rolff: „Mir würde sofort hundselend, würde ich etwas rauchen. Ich trinke auch nie mehr als ein Glas Wein oder Sekt, wenn's schon mal sein muß."

Anlässe hätte der Hamburger Mittelfeldspieler eigentlich genug gehabt, um einen kräftigen Schluck zur Brust zu nehmen. Die Bundesliga feiert ihn als Entdekkung der Saison. Er ist der Aufsteiger, der im Eilschritt das gleißende Licht der Bundesliga-Bühne erklomm, auf der er als neugeborener Star schon Triumphe feiert. Von der Zweiten Liga (Fortuna Köln) zum Stammspieler beim HSV, vor anderthalb Wochen in Athen Europapokalsieger, nun deutscher Meister und zwischendurch noch schnell A-Nationalspieler geworden. Das alles schaffte Wolfgang Rolff in einer Saison.

Doch Wolfgang Rolff ist ein Star wider Willen. Er mag diesen ganzen Trubel und Rummel nicht. Er sagt: „Der ganze Wirbel, der um meine Person gemacht wird, ist mir gar nicht recht."

Während seine Kollegen vor dem geistigen Auge noch einmal die vergangene Saison Revue passieren lassen, denkt er schon an den nächsten Titel – wie sein Trainer Ernst Happel. In Hamburg wird getuschelt, Wolfgang Rolff sei der heimliche Lieblingsschüler des Trainers. Happel über Rolff: „Über ihn braucht man eigentlich kein Wort zu verlieren." Dieser Satz sagt mehr als tausend Worte, da spricht die Anerkennung und der Respekt heraus. Die zwei verstehen sich blind, sie leben beide für den Fußball, Ablenkungen sind unerwünscht, was gilt schon der momentane Erfolg, wenn morgen schon wieder gespielt und gesiegt werden muß.

Für Wolfgang Rolff ist dieser Druck nicht einmal Belastung, denn den unerhofften Ruhm, das viele Lob und die Triumphe weiß er gut einzuordnen. Er sagt: „Ich spüre keinen Druck, weil ich die Schlagzeilen nie ernstnehme. Heute bin ich noch der Aufsteiger, morgen vielleicht der Absteiger des Jahres. Ich bin nach wie vor sehr selbstkritisch."

Wolfgang Rolff, der perfekte Profi, der nie aneckt, keine Macken hat, der schon heute nicht mehr träumt, sondern, wie er sagt, nur Ziele besitzt. Mit 15 Jahren verriet er seiner Mutter den letzten Traum: einmal ein ganzes Spiel in der Bundesliga zu absolvieren. Heute nennt er seine Ziele: möglichst alle Titel verteidigen.

„Für ihn gibt es nichts anderes als Fußball", sagt der frühere Nationaltorwart **Wolfgang Fahrian** (42) über Wolfgang Rolff, den er beim OSC Bremerhaven entdeckt und zu Fortuna Köln gebracht hatte. Für seinen Heimatklub in Lamstedt hatte er zuvor in einer Saison 95 Tore erzielt. Als Schüler traf er beim 38:0 über Neuhaus 25mal ins Tor. Später fuhr ihn sein Schwager täglich zum Training und zu Spielen nach Bremerhaven. Wolfgang Rolff: „Mit fünfzehn Jahren habe ich mich entschieden: Ich will Profi werden. Keine Zigaretten, kein Bier, kein Korn." Bis heute ist er sich treugeblieben.

*

Um Wolfgang Rolff kommt inzwischen auch Bundestrainer **Jupp Derwall**" (56) nicht mehr herum. Er und Torwart **Uli Stein** (27) gehören als einzige zu Derwalls Hamburger Aufgebot für das morgige Länderspiel (20.15 Uhr) in Luxemburg gegen Jugoslawien. Den Plan, die Nationalmannschaft um fünf Hamburger aufzubauen, hat Jupp Derwall wieder fallengelassen. Das Aufgebot: Tor: Burdenski, Stein. Abwehr: Briegel, B. Förster, K. H. Förster, Otten, Stielike. Mittelfeld und Angriff: Matthäus, Müller, Rolff, Schuster, Meier, Rummenigge, Völler, Waas.



Ehrenrunde mit der Kopie der Meisterschale: Horst Hrubesch, in Schalke selbst von Schalker Fans jubelnd begleitet. FOTO: DPA

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Die letzten Entscheidungen

- Der Hamburger SV ist zum sechsten Mal in seiner Vereinsgeschichte deutscher Fußballmeister.
- Karlsruhe und Hertha BSC steigen ab, Schalke 04 kann die Klasse in zwei Spielen gegen Uerdingen (Dritter der zweiten Liga) noch erhalten.
- Bremen, Stuttgart, München und Köln haben einen Platz im UEFA-Cup sicher. Gewinnt der 1. FC Köln am Samstag das Pokalfinale gegen Fortuna Köln, nimmt der 1. FC Kaiserslautern den Platz im UEFA-Cup ein.



Für diesen kurzen Moment war Bremen Meister. Völler und Reinders bejubeln das 2:1 – in Gelsenkirchen stand es da noch 1:1. FOTO: SIMON

Bremen: „Bis auf den letzten Meter großen Kampf geliefert"

Von MARTIN HÄGELE

Die Gläser wurden nicht leer in der Bremer Nacht. Alsterwasser, Bier von Becks, Champagner. Eine Stadt feierte ihre Fußball-Helden. „Was wäre bloß geworden, wenn wir den Titel tatsächlich errungen hätten", fragte Torwart **Dieter Burdenski** (32).

Acht Tore fehlten zum ganz großen Clou. Die erste Enttäuschung darüber wich schon eine halbe Stunde nach dem 3:2-Sieg über den VfL Bochum. Der Jubel der Fans, die Triumphfahrt mit dem Pferdewagen durch die Stadt und die schönen Worte des Bürgermeisters **Hans Koschnick** (54) ließen die Werder-Spieler schnell wieder stolz werden.

„Sie haben unsere Stadt in aller Mund gebracht. Es gibt keine bessere Werbung für Bremen", sagte der Oberbürgermeister auf dem Balkon des Rathauses.

Und vom Marktplatz brüllten 15 000 ihre Zustimmung hoch: „Werder, Werder, immer wieder Werder." Das muß man den Bremern schon lassen. Sie haben auch den zweiten Platz glänzend verkauft. „Bis auf den letzten Meter haben wir dem großen HSV einen spannenden Kampf geliefert. Wir haben immer auf Risiko gespielt und den Leuten etwas geboten." **Otto Rehhagel** (44), der Vater des Wunders von der Weser, hat das am Samstag und Sonntag zigmal erzählt. Keine hohlen Sprüche, aber auch keine großen, schlicht die Wahrheit als Erklärung für die riesige Sympathie, die Rehhagels Mannschaft im ganzen Land genießt.

Und auch das paßt ins Bild von diesem Klub. Als in der Nacht über die Prämien für den zweiten Platz diskutiert wurde (50 000 Mark für den Trainer, 12 000 pro Spieler), da stand plötzlich jene Überlegung im Raum: Eigentlich sei er auf dieses Geld gar nicht so scharf, sagte Rehhagel. Vielleicht sollte der Verein davon lieber einen neuen Spieler kaufen. Das mag zwar etwas im Überschwang des Glücks geredet gewesen sein – sicher wird die Prämie auf die bekannten Konten überwiesen –, es zeigt nur, daß in den Köpfen der Bremer nicht nur Schecks addiert werden.

So spricht auch **Rudi Völler** (23), der Mann, den der Stadionsprecher als „der einzigartige Mittelstürmer" begrüßt, erst einmal von Dankbarkeit den Bremern gegenüber, erst dann von Toren und Karriere. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich einen besseren Trainer als Rehhagel und ein besseres Umfeld als hier in dieser Stadt irgendwo anders antreffe."

Darin liege das Geheimnis seines Erfolges, und der ist nicht von Pappe. In Amerika nennt man solche Leute „Shooting star". Rudi Völler kam im vergangenen Sommer als Torjäger der Zweiten Liga von 1860 München. Nun wurde er auf Anhieb mit 23 Toren Schützenkönig im Oberhaus. Ein märchenhafter Aufstieg? „Märchenhaft", antwortet Rudi Völler, „wäre es gewesen, wenn wir nach dieser Super-Saison auch Meister geworden wären."

Dieser Völler ist einer, der seine Meinung ehrlich formuliert. Obwohl sie ihn in Bremen schon für einen neuen Fußball-Herrgott halten, steht er mit beiden Beinen noch voll auf den Stollen seiner Fußballschuhe. Daß er auch ein bißchen seine Enttäuschung ventilierte und sich von den Hurraschreiern und Schulterklopfern nicht blenden ließ, beweist nur, daß Völler zu den hungrigen Typen zählt, die sich nicht in der Vorhalle des Ruhms mit Pommes frites abspeisen lassen wollen.

Völler guckte also recht ernst. Geradezu verbiestert lief Völlers Pendant im Werder-Angriff, **Uwe Reinders** (28), unter all den Feiertagsgesichtern im piekfeinen Park-Hotel herum. Kurz vor Mitternacht ist es dann aus ihm herausgebrochen: „Die reden nur vom Urlaub und Fortfliegen, ich kann das nicht mehr hören." Reinders kann nicht der Sonne entgegen. „Wenn einer von meinen Gläubigern liest, daß ich für 3000 Mark Ferien mache, dann steht der doch bei mir zu Hause auf der Matte."

Reinders muß noch immer für seine Zockereien büßen. Offensichtlich macht es ihn fertig, daß die Schulden nicht so schnell schrumpfen, wie sie gewachsen sind. Beinahe 800 000 Mark sollen es noch immer sein, die der Ex-Nationalspieler abstottern muß. Dabei hat der Verein, insbesondere Vize-Präsident **Klaus-Dieter Fischer** (46), ein Programm entworfen, um den Torjäger wirtschaftlich zu sanieren: Autogrammstunden, Extraeinsätze an der Werbefront.

Das alles, sagt Reinders, halte er jetzt nicht mehr aus. Er könne nicht mehr von einem Termin zum andern hetzen. Seine Leistung leide darunter. Er wolle auch mal die Beine hochlegen und sich ausruhen.

Ein armer Teufel? Sein Schicksal hat er so in sich hineingefressen, daß er jetzt womöglich ähnlichen Mist baut wie damals, als er sein Glück in Jetons gesetzt hat.

„Wenn sich meine Zukunft in Bremen nicht in den nächsten zwei Wochen regeln läßt, werde ich Werder verlassen. Dann war das mein Abschiedsspiel", sagt Reinders. Hintergrund dieser Drohung: Er möchte, daß der Verein seinen Vertrag, der bis 1985 läuft, um weitere drei Jahre verlängert. Ein solcher Kontrakt wäre für jedes Kreditinstitut eine Garantie. Reinders: „Ich hätte dann nur einen einzigen Gläubiger. Und ich wüßte, wo ich in fünf Jahren dran bin." Für Werders Vizepräsidenten Fischer kommen solche Verhandlungen im Augenblick überhaupt nicht in Frage. „Wir lassen uns von Uwe ganz gewiß nicht unter Druck setzen."

Man werde Reinders gewiß keine Steine in den Weg legen, falls dieser durch einen Transfer ins Ausland seine finanzielle Misere bereinigen könne, so Fischer. Aber er wolle dann erst einmal mit eigenen Augen den Koffer mit der Million drin sehen.

*

Ein Angebot in dieser Höhe (eine Million Ablöse, 1,2 Millionen Mark netto für einen Dreijahresvertrag) hatte in den vergangenen Tagen für Aufregung in Bremen gesorgt. Die Offerte des französischen Zweitligaklubs Racing Paris an Reinders wurde jedoch aus Paris nicht bestätigt. Auch die für Mittwoch in Bremen angekündigte Verhandlungsdelegation traf nicht in Bremen ein. Reinders' Berater **Peter Kortlepel** (40) sagte den Besuch aus Paris ab.

Nur ein Flop? Ein Poker ohne Joker? „Wenn es weder mit Werder noch mit dem Ausland klappt kündige ich", sagt Reinders, „ich melde dann Konkurs an, fange in der freien Wirtschaft ein neues Leben an und kicke irgendwo in der C-Klasse. Dann bekommt Werder keine einzige Mark Ablöse."

So einfach hat sich Uwe Reinders die Bewältigung seiner Vergangenheit ausgemalt. Als wäre aussteigen und wieder einsteigen so simpel. Reinders kann gar keinen Konkurs anmelden. Als Angestellter könnte er höchstens den Offenbarungseid leisten. Doch dann wären jene Werder-Fans die Deppen, die mit kleineren Beträgen (bis zu 30 000 Mark) für ihr Idol gebürgt haben. Außerdem kann Werder Bremen seinen Spieler zwingen, den bis Juni 85 laufenden Vertrag auch einzuhalten.

Sicherlich fällt es einem lebenslustigen Typen wie Uwe Reinders schwer, mit 1800 Mark – das ist der pfändungsfreie Betrag seines Gehalts – samt Frau und Kind in der Luxus-Gesellschaft Bundesliga über den Monat zu kommen. Das schafft zwar die Mehrheit der Bürger dieses Landes. Vielleicht sollte Uwe Reinders daran denken, daß ihm nur sein Fußball-Job die Chance bietet, noch einmal aus dem Teufelskreis seiner Schulden auszuscheren.

Bilanz der Saison: Die wenigsten Zuschauer seit zehn Jahren – Völler Torschützenkönig

● Torschützenkönig der Saison ist der Bremer Rudi Völler. Mit 23 Treffern löste er die beiden Stürmer ab, die in den letzten drei Jahren die Szene beherrschten: Karl-Heinz Rummenigge und Horst Hrubesch, der in der letzten Saison auf 27 Tore kam. Es paßt ins Bild, daß Völlers Trefferzahl nur einmal in 20 Jahren Bundesliga von einem Torschützenkönig unterboten wurde: Klaus Allofs, damals noch in Düsseldorf, gewann diesen Titel in der Saison 78/79 mit 22 Toren. Diesmal gab es mit insgesamt 1063 Toren 43 weniger als in der letzten Saison. Hinter Völler liegen Allgöwer und Edvaldsson (21), der im letzten Spiel fünfmal traf.

● **Die Zuschauerzahlen** der 20. Bundesliga-Saison sind die niedrigsten seit zehn Jahren. An den 34 Spieltagen kamen zu den insgesamt 306 Spielen 6 213 148 Besucher. Das ergibt einen Schnitt von 20 304 pro Spiel. Der zuvor schlechteste Besuch datiert aus der Saison 1972/73, als nach dem Bundesliga-Skandal nur 5 014 332 Besucher registriert worden waren. Gegenüber der letzten Saison (6 397 702) hat die Bundesliga einen Rückgang von 184 554 Zuschauern zu verzeichnen, also etwa den durchschnittlichen Besuch eines Spieltages.

Ohne die beiden attraktiven Klubs Schalke 04 und Hertha BSC Berlin wäre das Minus noch weitaus schlimmer ausgefallen. Die beiden Aufsteiger lockten zusammen 861 000 Zuschauer an und übertrafen damit deutlich die beiden Absteiger MSV Duisburg und Darmstadt 98, die im Vorjahr nur auf 302 000 Besucher kamen. In der Zuschauer-Rangliste schneidet Bayern München mit 530 000 Zuschauern (Schnitt: 31 176) am besten und Bayer Leverkusen mit 155 084 (Schnitt: 9122) am schlechtesten ab. Gegenüber dem Vorjahr konnten nur Werder Bremen und der VfB Stuttgart ihren Saisonbesuch steigern. Neben Bremen erreichten nur noch Schalke 04 und Eintracht Frankfurt den vor Saisonbeginn kalkulierten Zuschauerschnitt.

DIE TABELLE

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	34	20	12	2	79:33	52:16	45:11	29:5	34:22	23:11
2. Bremen	34	23	6	5	76:38	52:16	52:16	32:2	24:22	20:14
3. Stuttgart	34	20	8	6	80:47	48:20	48:21	28:6	32:26	20:14
4. München	34	17	10	7	74:33	44:24	43:9	25:9	31:24	19:15
5. Köln	34	17	9	8	69:42	43:25	45:18	29:5	24:24	14:20
6. K'lautern	34	14	13	7	57:44	41:27	43:18	28:6	14:26	13:21
7. Dortmund	34	16	7	11	78:62	39:29	53:28	24:10	25:34	15:19
8. Bielefeld	34	12	7	15	46:71	31:37	36:21	25:9	10:50	6:28
9. Düsseldorf	34	11	8	15	63:75	30:38	43:35	22:12	20:40	8:26
10. Frankfurt	34	12	5	17	48:57	29:39	36:13	25:9	12:44	4:30
11. Leverkusen	34	10	9	15	43:66	29:39	21:18	20:14	22:48	9:25
12. Gladbach	34	12	4	18	64:63	28:40	39:22	21:13	25:41	7:27
13. Bochum	34	8	12	14	43:49	28:40	30:19	19:15	13:30	9:25
14. Nürnberg	34	11	6	17	44:70	28:40	31:23	23:11	13:47	5:29
15. Braunschweig	34	8	11	15	42:65	27:41	26:21	19:15	16:44	8:26
16. Schalke	34	8	6	20	48:68	22:46	28:28	15:19	20:40	7:27
17. Karlsruhe	34	7	7	20	39:86	21:47	23:21	19:15	16:65	2:32
18. Hertha	34	5	10	19	43:67	20:48	27:25	16:18	16:42	4:30

● **Platzverweise:** Zehn Spieler wurden vom Schiedsrichter vorzeitig in die Kabine geschickt – der Münchner Wolfgang Dremmler zweimal. Weyerich, Drexler, Thomas Allofs, Saborowski, Wojtowicz, Klotz, Mill, Roleder und Büscher sahen die rote Karte.

● **Gelbe Karten:** 614mal sprachen die Schiedsrichter Verwarnungen aus – 73 mehr als in der vergangenen Saison. Insgesamt gab es 59 Sperren für 53 Spieler. Mit jeweils neun gelben Karten führen Werner Lorant (Schalke) und Bernd Förster (Stuttgart) die Rangliste an. 48 Verwarnungen erhielten die Spieler vom Absteiger Karlsruhe, am fairsten waren die Frankfurter mit 22. Zum Auftakt der 21. Saison am 13. August sind Six, Makan (beide Stuttgart), Woelk (Bochum) und Reinders (Bremen) nach der vierten gelben Karte gesperrt.

● **Elfmeter:** Insgesamt wurden 83 Elfmeter zugesprochen – das sind 31 weniger als im vergangenen Jahr. 64 Elfmeter wurden verwandelt, wobei Manfred Kaltz (Hamburg) bei sieben Versuchen sechsmal traf. 18mal gewannen die Torhüter das Elfmeter-Duell, nur Max Hagmayer (Karlsruhe) schoß daneben. Nur 19 Elfmeter wurden den Gastmannschaften zugesprochen.

● **Spieler:** 356 wurden in der vergangenen Saison eingesetzt. Mit nur 17 Spielern kam der HSV aus, während Mönchengladbach 25 Spieler aufs Feld schickte.

VERBÄNDE

Konkurrenz für Samaranch

dpa, Magglingen

„Wir wollen keineswegs mit den anderen internationalen Organisationen vor allem des Hochleistungssports in Konflikt geraten. Wir wollen das bisher nicht abgedeckte eminente Interesse für Massen- und Breitensport koordinieren." Dieter Graf Landsberg-Velen, der Vizepräsident des Deutschen Sportbundes und eifriger Verfechter der Anliegen der in Magglingen/Schweiz umbenannten internationalen Versammlung der nationalen Sportorganisationen (International Assembly of National Organisations of Sport/IANOS) gießt kein Öl ins Feuer des Mißtrauens, das diesem Verband, der vor zwei Jahren gegründet wurde, entgegengebracht wird.

Bei der Magglinger Tagung hat dieser Zusammenschluß mit 45 Mitgliedsländern aus allen Kontinenten und dem Schwerpunkt Nordamerika, Westeuropa und Asien eine unübersehbare Wende vollzogen. Graf Landsberg weist auf die drei wesentlichen Anstöße hin, die der IANOS nach einem zweijährigen Schattendasein neue Impulse und Gewicht verschaffen sollen: Die weltweite Öffnung für alle nationalen Sportorganisationen, die Schaffung einer finanziellen Grundlage über Sponsoren und die Wahl von Thomas Keller zum neuen Präsidenten.

Mit Keller, seit 1962 Präsident des Internationalen Ruder-Verbandes und seit 1969 an der Spitze der jetzt erheblich geschwächten Vereinigung der internationalen Fachsportverbände (AGFIS), steht ein bekannter Mann aus dem sportpolitischen Zentrum Europas an der Spitze. Er soll die junge Organisation zu einem funktionierenden Instrument umgestalten. Graf Landsberg gibt der IANOS eine gute Chance. Beweis: Die starke asiatische Mitgliedschaft zeigt, daß die IANOS den Interessen und Bedürfnissen vor allem der Länder der Dritten Welt entgegenkommt. Auch die Osteuropäer werden seiner Meinung nach auf Dauer nicht beiseite stehen.

Trotz des Verzichts auf alle Schärfe tickt eine Zeitbombe. Im IOC wird IANOS unter Kellers Führung als Kontrahent betrachtet, der die expansive Führungsrolle des IOC unter Juan Antonia Samaranch in Frage stellen könnte. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Spanier im Zentrum der olympischen Macht weniger IANOS denn Keller als Herausforderung an den lateinischen Block mit dessen Ambitionen betrachtet.

Das erste große Wochenende der Leichtathleten – Länderkämpfe in Bielefeld und Turin – Rumänin erreichte Weltrekord im Weitsprung

Siegfried Wentz rüttelt am Thron von Hingsen

H. SCHNEBERGER, Bernhausen

Gestern in Bernhausen, bei der Weltmeisterschafts-Qualifikation der deutschen Zehnkämpfer. Es war 14.30 Uhr, die besten Athleten hatten das Diskuswerfen und damit sieben Disziplinen hinter sich. Zu jenem Zeitpunkt hatte Siegfried Wentz (USC Mainz) mit 6298 Punkten zum ersten Mal die Führung vor dem früheren Weltrekordler Jürgen Hingsen (6287) und Guido Kratschmer (6099) übernommen: Siegfried Wentz, 1,92 m groß, 88 Kilogramm schwer, 23 Jahre alt, Medizinstudent. Über ihn sagte Bundestrainer Wolfgang Bergmann schon 1981 nach dem Europacup-Sieg der deutschen Zehnkämpfer in Birmingham: „Wahrscheinlich wird er irgendwann mal Kratschmers Nachfolger."

Kratschmer war einst Weltrekordler und jahrelang das Aushängeschild des gesamten Verbandes: ein Sinnbild für Fleiß, Sorgfalt und Integrität. Doch inzwischen ist Jürgen Hingsen die Nummer eins in Deutschland, und Wentz rüttelt an seinem Thron. Sein Wahlspruch: „Daß meine Zeit erst später kommt, darauf kann ich mich nicht verlassen."

Hingsen hatte sich monatelang in Kalifornien vorbereitet. Doch in Bernhausen sagte er: „Nach vier Monaten Kalifornien hatte ich drei Wochen mit Umstellungsproblemen zu kämpfen. Ähnlich lange verhinderte das schlechte Wetter optimales Training. Ich fühle mich nicht in Bestform."

Nach dem ersten Tag führte Hingsen mit 4523 Punkten – das waren nur 81 Punkte weniger als bei seinem Weltrekord im vorigen Jahr in Ulm (8723 Punkte), und seine Freundin Jeannie betreute ihn von Disziplin zu Disziplin.

Und Wentz? Erste Saisonresultate waren bereits Warnschüsse für die Konkurrenz: 49,84 m mit dem Diskus, 4,60 m im Stabhochsprung, 14,15 Sekunden über 110 m Hürden. In Bernhausen rannte Wentz zum Abschluß des ersten Tages Hingsen über 400 m in Grund und Boden: 47,39 Sekunden zu 47,90 Sekunden. Das Duell war eskaliert.

Sonntag, 14.30 Uhr – Wentz hatte die Führung übernommen. Athen, 8. September 1982, 14.30 Uhr: da war Wentz aus dem Zehnkampf der Europameisterschaften ausgeschieden. Die Bronzemedaille bereits im Visier, war er beim Stabhochsprung an der Anfangshöhe von 4 Metern dreimal gescheitert – null Punkte. „Ich hab's weggesteckt", hat er damals gesagt und ist anderntags an den Strand gefahren. Und später hat er auch wohl nicht sehr viel darüber nachgedacht, sondern sich auf sein schweres Motorrad gesetzt und drei Wochen durch Italien und Griechenland gefahren.

Jetzt hat Wentz, den sie einen zielstrebigen Spieler nennen und der daheim zwei Glücksautomaten und einen Flipper aufgestellt hat, Jürgen Hingsen aufs Korn genommen. Nach dem ersten Tag sagte er: „Ich rechne jetzt nicht mehr, ich gehe zur Sache."

Punkt für das Team von Kugelstoßer Mögenburg

U. FIBELKORN/sid, Bielefeld

Für einen weiten Wurf und für Gesprächsstoff sorgte die Speerwerferin Eva Helmschmidt aus Kappelberg beim Leichtathletik-Länderkampf der Frauen gegen Polen und Holland in Bielefeld. In Abwesenheit der deutschen Rekordhalterin Ingrid Thyssen, die wegen einer Lungenentzündung fehlte, erzielte die 26 Jahre alte Europameisterschafts-Sechste mit 68,10 Meter eine neue deutsche Jahresbestleistung. „Ich glaube", sagte Eva Helmschmidt, „jetzt ist für die Weltmeisterschaften Anfang August in Helsinki alles klar. Ich habe den Speer gut getroffen, es wird wohl auch keine einmalige Leistung bleiben."

Ob sie denn auch an Würfe jenseits der 70-Meter-Marke denke, wurde sie in der Fernsehsendung „Sport im Westen" (Drittes WDR-Programm) gefragt. Das halte sie für ausgeschlossen, denn dafür brauche es anderer Vorbereitungen, auch medizinischer Art . . .

Die Länderkämpfe in Bielefeld wurden von der Mannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) jeweils klar gewonnen: gegen Polen mit 98:59 Punkten, gegen Holland mit 110:47 Punkten. Zwei Einzelleistungen ragten noch heraus: die 1,92 m der Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth und das Comeback der Leverkusener Weitspringerin Christina Sussiek nach langer Verletzungspause (Bänderriß) von 6,66 m. Ulrike Meyfarth: „Ich war bei 1,95 ziemlich hoch über der Latte. Doch da ich zu nahe an der Latte abgesprungen war, riß ich mit einem Fuß. Man merkt eben, daß ich durch das schlechte Wetter mit der Technik im Rückstand bin."

Beim Länderkampf der Männer gegen Polen und Italien in Turin gab es durch Speerwerfer Klaus Tafelmeier (Leverkusen) mit 91,04 Meter die beste Leistung des ersten Tages. Erwin Skamrahl lief über 400 Meter in 45,30 Sekunden Europa-Jahresbestzeit, Harald Schmid ist mit seinen 49,14 Sekunden jetzt Nummer zwei der Saison über 400 m Hürden in Europa, und Hans-Peter Ferner beherrschte in 1:48,14 Minuten den 800-m-Lauf.

Umjubelter Star war Italiens 200-m-Olympiasieger Pietro Mennea. Zuerst gewann er den 100-m-Lauf in 10,30 Sekunden vor dem deutschen Rekordhalter Christian Haas (10,39). Dann führte er Italiens 4 x 100-m-Staffel in 38,79 Sekunden zur Weltjahresbestzeit.

Der Clou des Länderkampfes war der Auftritt von Hochsprung-Europameister Dietmar Mögenburg als Kugelstoßer. 13,31 m weit flog das Gerät, und damit rettete er noch einen Punkt für das deutsche Team. Und das kam so: Kugelstoß-Meister Udo Gelhausen, fast einen Zentner schwerer als der 78 Kilogramm leichte Zwei-Meter-Mann Mögenburg, aber 13 Zentimeter kleiner, erkrankte. Diskuswerfer Werner Hartmann sollte in die Bresche springen. Doch den zwickte der Ischiasnerv. Als Leistungssport-Referent Horst Blattgerste den Ersatzmann für den Ersatzmann suchte, lief ihm Mögenburg über den Weg. „Laßt mich den einen Punkt machen", sagte Mögenburg.

Rank, schlank, schnell und explosiv – Cusmir

dpa/sid/DW. Bukarest

Der neue Weitsprung-Weltrekord der Rumänin Anisoara Cusmir von 7,43 m war die überragende Leichtathletik-Leistung am Wochenende. Die 20 Jahre alte Vize-Europameisterin von Athen verbesserte bei den internationalen rumänischen Meisterschaften in Bukarest ihre erst am 15. Mai aufgestellte Höchstleistung von 7,21 m gleich im ersten Versuch um sechs Zentimeter auf 7,27 m. Im vorletzten Durchgang flog sie dann zu der neuen Bestmarke.

Nun hält sie auch Weiten über 7,50 m im Frauen-Weitsprung für möglich. „Mit intensivem Krafttraining kann ich durchaus in diese Regionen vordringen", sagte die Studentin aus Craiova. Anisoara Cusmir betreibt seit 1972 Leichtathletik, lief zuerst die Hürden, fand dann zum Sprung. Die Rumänin Viorica Viscopoleanu hatte 1968 bei den Olympischen Spielen in Mexiko den Weitsprung der Frauen gewonnen. Doch in den Jahren danach stagnierte die Entwicklung dieser Disziplin in Rumänien. Bis die Trainer bei der Talentsuche sich wieder auf die frühere Olympiasiegerin besannen: Bei der Talentsuche spähten sie wieder nach Typen wie Viorica Viscopoleanu – rank, schlank, schnell und explosiv. Anisoara Cusmir ist 1,73 m groß, sie wiegt 58 Kilogramm.

Später kam das Krafttraining hinzu. Die neue Weltrekordlerin führt zum Beispiel Kniebeugen mit 120 bis 125 Kilogramm Gewicht durch. „Vor allem in den Beinen ist sie dadurch stärker geworden, ohne an Schnelligkeit eingebüßt zu haben", sagt ihr Trainer Ion Moroiu. Ihre Schnelligkeit fürchten selbst die Sprinterinnen Rumäniens. Mit 11,3 Sekunden ist die Weitspringerin Anisoara Cusmir auch die beste 100-Meter-Läuferin ihres Landes.

Olympiasiegerin und Europameisterin Ilona Slupianek hat bei einer Weltmeisterschafts-Qualifikation der „DDR"-Leichtathleten in Ost-Berlin mit 22,40 m im Kugelstoßen für die überragende Leistung gesorgt. Sie verfehlte damit den von ihr gehaltenen Weltrekord nur um fünf Zentimeter. Eine hervorragende Leistung erzielte auch Europameister Frank Emmelmann über 100 Meter. Bei regulären Windverhältnissen kam er im Vorlauf auf 10,18 Sekunden, im Endlauf siegte er dann mit 10,27. Die Speerwerferin Antje Kempe erreichte 69,98 m. In dieser Saison hat die 19jährige bereits 71,00 und 69,80 m vorgelegt.

Gute Wurfergebnisse gab es auch in Bratislawa: Der kubanische Olympiadritte Luis Delis schleuderte den Diskus 69,26 m weit, der Ostberliner Speerwerfer Detlef Michel erreichte 96,08 m.

Bert Cameron (Jamaika) hat bei den amerikanischen Hochschulmeisterschaften in Houston mit 44,62 Sekunden über 400 Meter eine neue Weltjahresbestleistung aufgestellt. Der Engländer Hugh Jones gewann überlegen in 2:11:37 Stunden den Marathonlauf von Stockholm, und der Züricher Bankprokurist Peter Rupp siegte beim 100-km-Lauf von Biel in 6:47:00 Stunden.

Sportbund übte Einigkeit im Kindersport und bei der Verteilung des Geldes

dpa, Stuttgart

Der Deutsche Sportbund (DSB) übte sich in Einigkeit. Mit nur je einer Gegenstimme verabschiedete der DSB, mit 17,98 Millionen Mitgliedern der größte Verband der Bundesrepublik Deutschland, bei seiner 26. Hauptausschuß-Sitzung am Samstag in Stuttgart die Grundsatzerklärung „Kinder im Leistungssport" und ein neues Förderungskonzept für den Spitzensport. In rund drei Stunden war der monatelange heftige Streit um den Kindersport vom Tisch, waren die nicht-olympischen Verbände zu „Sozialhilfeempfängern des Sports" geworden.

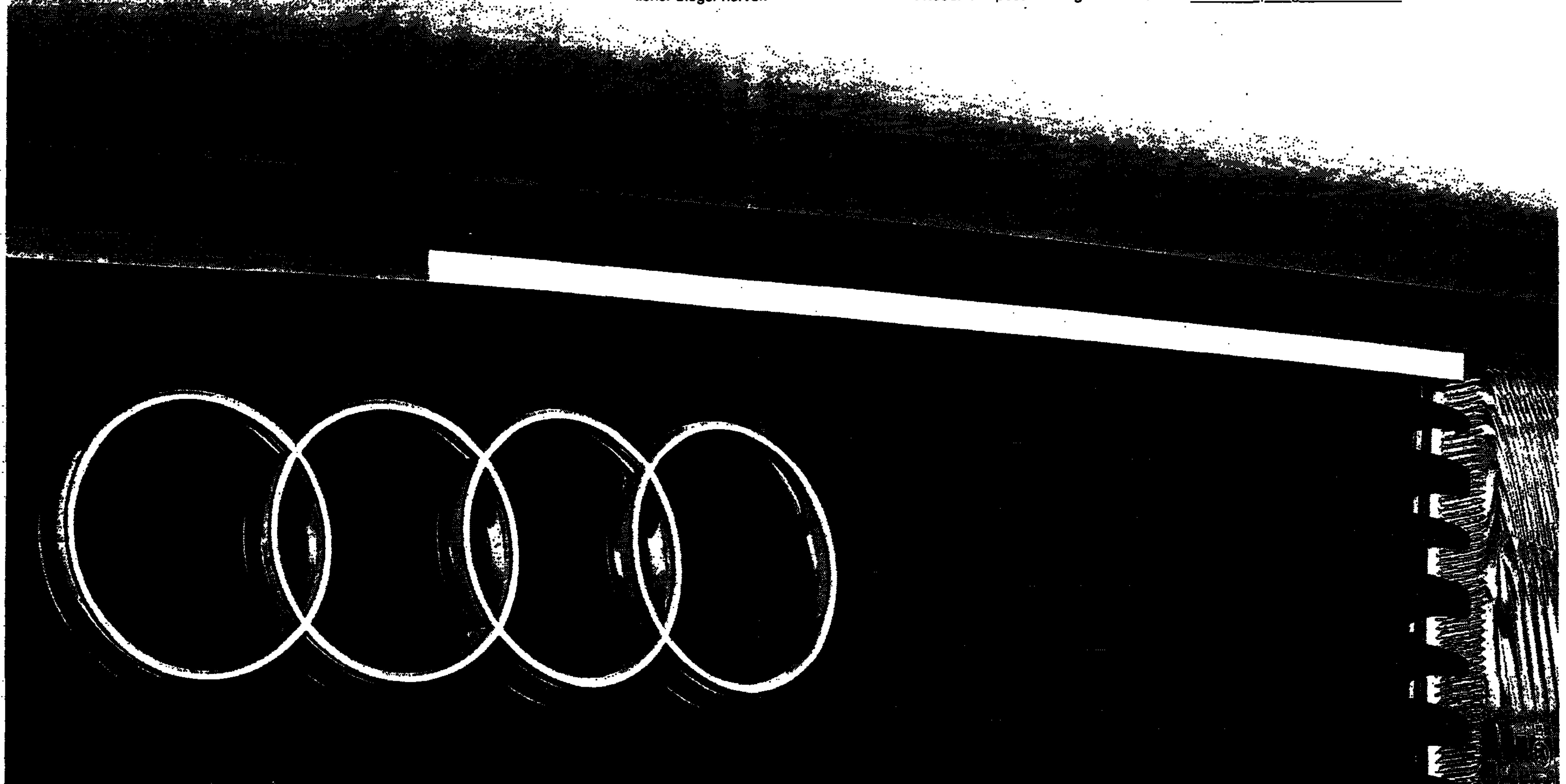
Ausgerechnet Schwimm-Präsident Harm Beyer, der bei der letzten Hauptausschuß-Sitzung Ende vergangenen Jahres maßgeblich an der Verschiebung der Entscheidung über das Kindersport-Papier beteiligt war und in den Monaten danach ein verbales Fernduell mit DSB-Präsident Willi Weyer geführt hatte, erstickte mit seiner Erklärung jede tiefergehende Diskussion. „Die Verabschiedung war ein Gewinn. Es sind jetzt Formulierungen gefunden worden, denen alle zustimmen können."

Zuvor hatte Weyer Fehler zugegeben. Er sei vom Präsidium kritisiert worden, weil er sich in einem Interview zum Kindersport zu weit vom Präsidiumsbeschluß entfernt habe. Seine Vorstellung, daß Kinder erst ab 16 Jahren Leistungssport betreiben sollten, blieb in der endgültigen Fassung des „Kinderschutzpapiers" unbeachtet. Es gilt „für jene Kinder bis zur Geschlechtsreife (Mädchen um 12 Jahre, Jungen um 13 Jahre), die mehrmals wöchentlich ein langfristiges geplantes und organisiertes Training zur systematischen Leistungssteigerung betreiben und regelmäßig an Wettkämpfen auf Landes- und Bundesebene teilnehmen".

Als „Verteilung des Mangels" charakterisierte Aktiven-Sprecher Michael Beckereit die Fortschreibung des 1976 aufgestellten Förderungskonzepts für den Spitzensport. Beckereit akzeptierte das vom Bundesausschuß Leistungssport (BAL) vorgelegte Konzept als „gelungenen Versuch der Objektivierung der Verteilungskritierien". Zu verteilen sind in diesem Jahr 22,6 Millionen Mark an Bundesmitteln. Die Verteilung, so räumte BAL-Chef Heinz Fallak ein, geht nur nach einem System mit „technokratischem und bürokratischem Anstrich". Und so teilt das neue Förderungskonzept die bundesdeutschen Sportverbände alle vier Jahre nach einem komplizierten Schlüssel in vier Kategorien ein. Vier Sportarten (Skibob, Wasserski, Roll-Schnellauf und Asphalt-Kegeln) finden sich im Armenhaus der „pauschalen Förderung" wieder. 23 Verbände erhalten die „Grundförderung", 26 eine „systematische Förderung". 21, ausschließlich olympische Sportarten, kommen in den Genuß der „Spitzenförderung" und damit von etwa 50 Prozent der Bundesmittel.

Vorrangig ums Geld ging es Willi Weyer auch in seinem Rechenschaftsbericht an den Hauptausschuß. Der DSB-Präsident betonte, daß auch der Sport den Gürtel enger schnallen müsse. Zugleich warnte er Bund, Länder und Gemeinden davor, den Sport als vermeintlich schwächstes Glied der Gesellschaft bei der Verteilung der Mittel „ins letzte Glied zu stellen".

Auch in einer anderen politischen Frage will Weyer seinen Verband zu einem „intensiven Denkprozeß" anhalten, um schließlich zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen: Weyer kündigte DSB-Leitlinien zur Friedensdiskussion an. Der Sport müsse abwägen zwischen dem, was er in dieser Frage zu leisten vermag, und dem, wofür er keine Instrumente zur Lösung besitze.



Falschmeldung durch Rivalität ausgelöst?

AFP, Warschau

Rätsel hat die offensichtliche Falschmeldung der polnischen Nachrichtenagentur „Interpres" über eine Verurteilung des Gewerkschaftlers Edmund Baluka zu zehn Jahren Gefängnis aufgegeben. Die Meldung wurde vom Präsidenten des Militärgerichtshofs in Bromberg gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP dementiert. Mit der Verkündung des Urteils gegen Baluka sei voraussichtlich am 11. Juni zu rechnen, hieß es weiter.

In Ermangelung einer plausiblen Erklärung dieses „Irrtums" halten es politische Beobachter in Warschau für nicht ausgeschlossen, daß sich hinter dem Vorfall ein Tauziehen rivalisierender Parteikreise um die Kontrolle der offiziellen Information verbirgt. Zu Manövern zwischen rivalisierenden Kreisen und Organismen mit dem Ziel der Kontrolle über die amtlichen Medien war es bereits mehrfach gekommen. Die Unstimmigkeiten, die beim 12. ZK-Plenum am vergangenen Dienstag – als es gerade um die Frage der Information ging – offen zutage traten, könnten eine Erklärung für das Wiederaufleben dieser Rivalitäten bieten. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, so wurde „Interpres" bewußt eine Falschmeldung zugespielt, um die Agentur, die mit der Berichterstattung des bevorstehenden Papst-Besuchs beauftragt ist, in Verruf zu bringen.

Baluka, *der 1970 zum Führer der* großen Streikwelle in den Ostseehäfen wurde, steht vor dem Bromberger Militärgericht unter der Anklage des „Komplotts gegen den Staat". Dafür gibt es im Mindestfall fünf Jahre Gefängnis, im Höchstfall die Todesstrafe.

Neuer Berater für Reagan

rtr, New York

US-Präsident Ronald Reagan hat nach einem Bericht der „New York Times" beschlossen, den amerikanischen Botschafter in der Tschechoslowakei, Jack F. Matlock, zu seinem Chefberater für sowjetische Angelegenheiten zu ernennen. Unter Berufung auf Beamte des Präsidialamtes berichtete die Zeitung, der Diplomat werde im September seinen Posten als hauptberufliches Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates antreten.

Der 53 Jahre alte Matlock hat insgesamt sieben Jahre in Moskau in drei verschiedenen Tätigkeitsphasen des amerikanischen diplomatischen Dienstes verbracht. Wie die „New York Times" berichtet, hat Reagans Nationaler Sicherheitsberater William Clark dem Vernehmen nach im Hinblick auf die Vorbereitung der Abrüstungsverhandlungen über strategische Waffen (START) und andere neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem amerikanisch-sowjetischen *Verhältnis den Wunsch nach* Ernennung eines in sowjetischen Angelegenheiten erfahrenen Spezialberaters geäußert. Kritiker im Kongreß und an anderen Stellen haben wiederholt erklärt, daß der Mangel an hochrangigen Sowjet-Experten die Reagan-Regierung im Umgang mit der Sowjetunion beeinträchtigt habe.

Nachrüstung: Union sieht die SPD total zerstritten

Genscher erinnert an Position der Regierung Schmidt

DW. Bonn

Die SPD-Forderung nach einer namentlichen Abstimmung des Bundestages vor einer eventuellen Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen wird in der CDU/CSU als Versuch bewertet, die „total zerstrittene SPD-Fraktion" in geschlossener Formation aus dem NATO-Doppelbeschluß herauszuführen.

Diesen Eindruck gab der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer wieder. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel habe gegenwärtig weder die Kraft noch sei er bereit, ein entschlossenes Bekenntnis zum NATO-Beschluß in seinen beiden Teilen abzugeben und damit die Verhandlungschancen des Westens zu stärken. Todenhöfer verband diese Einschätzung mit dem Vorwurf, Vogel ordne die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik parteitaktischen Gesichtspunkten unter.

Bundesaußenminister Genscher (FDP) warnte die SPD, den Eindruck zu erwecken, als müsse der Bundestag eine Entscheidung über die Stationierung noch treffen. „Zunächst steht fest, daß die frühere Bundesregierung aus FDP und SPD schon im Dezember 1979 der Stationierung der Raketen gegen Ende des Jahres 1983 zugestimmt hat, und nur dann sollte davon Abstand genommen werden, wenn konkrete Verhandlungsergebnisse bis dahin vorliegen", erinnerte Genscher im Süddeutschen Rundfunk. Er sprach von einem sicherheitspolitischen „Abschwenken" der SPD, das besonders bedauerlich sei, „weil damit neue Hoffnungen in Moskau genährt werden können, daß der Westen doch nicht in der Lage ist, die getroffenen Entscheidungen entsprechend dem Doppelbeschluß zu fällen".

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und sein damaliger Stellvertreter Genscher waren sich bereits am 6. Mai 1981 einig, daß „ein völliger Verzicht auf die Nachrüstung extrem unwahrscheinlich" ist. Nach Aufzeichnungen aus dem Kabinett Schmidt, die nach Darstellung des „Spiegel" von einem Teilnehmer der Runde angefertigt wurden und in der jüngsten Ausgabe des Magazins abgedruckt sind, sagte Schmidt, selbst wenn die Verhandlungen nicht scheiterten, würden Raketen aufgestellt.

Am 17. November 1981 sagte Schmidt dann nach dem vom „Spiegel" veröffentlichten Text: „Im übrigen bleibt es dabei: Wenn es bis September 1983 kein Verhandlungsergebnis gibt, kommt im Dezember 1983 die Stationierung." Auf die Frage der damaligen Familienministerin Antje Huber (SPD), ob unabhängig vom Verhandlungsergebnis stationiert werden solle, wiederholte Schmidt: „Keine Zweifel, es wird stationiert."

Oppositionsführer Vogel vertrat in einem Interview mit Radio Luxemburg die Auffassung, daß bei den Genfer Verhandlungen noch nicht alle Chancen geschwunden seien. Von den Amerikanern müsse aber noch mehr in die Verhandlungen eingebracht werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sagte der „Bild am Sonntag", er schließe nicht aus, daß eine Lösung gefunden werde, die eine Raketenstationierung überflüssig macht.

US-Senat rechnet nicht mit Sowjetraketen auf Kuba

Bericht von fünf Politikern nach Gesprächen in Moskau

rtr/dpa, Washington

Die USA erwarten von der Sowjetunion zwar scharfe Kritik an der Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenwaffen (INF) in Westeuropa, aber keine Lieferung neuer sowjetischer Raketen an Mittel- und Südamerika im Gegenzug.

Diese Einschätzung gibt ein Bericht des US-Senats wieder. Fünf Mitgliedern des Senatsausschusses für Außenpolitik scheint es sicher, daß von kommendem Dezember an INF-Waffen in Westeuropa stationiert werden, da bei den Genfer Verhandlungen keine Übereinkunft in Sicht sei.

„Pershing 2 und Cruise Missiles (Marschflugkörper) werden wahrscheinlich in Europa stationiert, aber heftige Reaktionen der Sowjetunion auslösen", heißt es in dem Bericht. Dennoch sei es unwahrscheinlich, daß die Sowjets *im Gegenzug landgestützte atomare* Raketen in anderen Teilen der Welt aufstellen könnten, schlossen sie weiter aus ihren Gesprächen mit Regierungsvertretern in Moskau und anderen Hauptstädten.

Ein sowjetischer Funktionär, der nicht mit Namen genannt wurde, ist nach dem Bericht der Ansicht, die Sowjetunion werde auf Kuba keine Raketen stationieren, um das Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Insel von 1962 einzuhalten. Den Verfassern des Berichts scheint es auch unwahrscheinlich, daß sowjetische Raketem in anderen Ländern Lateinamerikas aufgestellt werden. Dies wäre wegen der Reaktion der USA und der politischen Unsicherheit in der Region außerordentlich gefährlich. Auch wenn sowjetische Raketen-U-Boote vor die amerikanische Küste verlegt würden, wären diese selbst bedroht, heißt es.

Die CSSR ist offenbar bereit, ihr Gebiet für die Stationierung sowjetischer Raketen zur Verfügung zu stellen. Dies wird in einer gemeinsamen Erklärung des Präsidiums des ZK der tschechoslowakischen KP und der CSSR-Regierung signalisiert. Ohne eine Stationierung zu erwähnen, erklärte die tschechoslowakische Staats- und Parteiführung ihre „volle Unterstützung" der jüngsten Warnung der sowjetischen Regierung an den Westen. Darin hatte Moskau dem Westen mit Gegenmaßnahmen gedroht, falls die USA neue Raketen in Westeuropa stationieren sollten. Dazu gehöre auch die Stationierung von Raketen in den Ländern des Warschauer Paktes.

Ein Diplomat wird Bischof von Fulda

fac. Rom/Fulda

Papst Johannes Paul II. hat bei der Berufung eines neuen Bischofs von Fulda mit der Übung gebrochen, fast ausschließlich Theologie-Professoren an die Spitze der Bistümer zu stellen: Erzbischof Johannes Dyba, der das Amt des am 1. Juli 1982 aus Altersgründen zurückgetretenen Diözesan-Bischofs Eduard Schick übernehmen wird, ist einer der vier deutschen Nuntien im Dienst der päpstlichen Diplomatie.

Der 1929 in Berlin geborene Dyba war zuletzt Apostolischer Pro-Nuntius in den westafrikanischen Ländern Liberia und Gambia sowie Vertreter des Papstes als Delegat



Johannes Dyba

bei den Bischöfen in Guinea und Sierra Leone. Als neuer Oberhirte von Fulda behält er den persönlichen Titel Erzbischof. Dyba übernimmt eine der geteilten deutschen Diözesen. Fulda ist zudem seit mehr als einem Jahrhundert traditioneller Sitz der Deutschen Bischofskonferenz.

Johannes Dyba studierte Philosophie und Rechtswissenschaften in Bamberg, an der Duke University (USA) und in Heidelberg, wo er mit einer Arbeit über den „Einfluß des Krieges auf die völkerrechtlichen Verträge" 1954 den Doktor der Rechte erwarb. Dann erst entschloß er sich zum Priestertum. Am 2. Februar 1959 wurde er in Köln geweiht. 1962 begann mit der Berufung ins Päpstliche Staatssekretariat Dybas Laufbahn in der Diplomatie des Heiligen Stuhls. Schon 1966 wurde er Leiter der deutschsprachigen Abteilung. Die ersten Auslandserfahrungen sammelte er von Dezember 1967 an in Argentinien. Ein Jahr später wurde er an die Nuntiatur in den Niederlanden versetzt. Von 1972 bis 1974 leitete er die päpstliche Vertretung in Kinshasa, bis 1977 war er an der Nuntiatur in Kairo beschäftigt. Papst Paul VI. ernannte Dyba zum Vizesekretär der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. In dieser Funktion blieb er bis Ende 1979 im Vatikan. Im Kölner Dom wurde Dyba am 13. Oktober 1979 zum Bischof geweiht.

Gesagt

„Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß von Beschäftigungsprogrammen keine fundierte, sich selbst tragende Wiederbelebung der Wirtschaft zu erwarten ist."

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Helmuth Haussmann.

Bukarest im Alleingang für Einigung bei KSZE

USA zuversichtlich trotz Poker-Taktik der Sowjetunion

ROLF GÖRTZ, Madrid

Auf dem Madrider Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) herrscht die Nervosität der Schlußphase. Die Mehrzahl der Delegationen des Westens und der neutralen Staaten wertet den positiven Einigungsvorschlag der Rumänen vom Freitag als einen Alleingang von Bukarest, der nicht mit der sowjetischen Delegation abgesprochen war. Der rumänische Delegationschef Vasile Sandru hatte vor dem Plenum erklärt, daß seine Regierung die vier Änderungsvorschläge der westlichen Delegationen zum Schlußdokument der neutralen Staaten als durchaus „verhandlungswürdig" betrachte.

Der dänische Delegationsleiter Thomas Rechnagel nannte den rumänischen Diskussionsbeitrag „einen weiteren konstruktiven Schritt zum Konsens". Andere Neutrale sehen in dem rumänischen Alleingang eine Reaktion auf den kürzlichen Genscher-Besuch in Bukarest und das Interesse Bukarests an westlichen Krediten.

Die, wenn auch maßvolle, Entgegnung des sowjetischen Chefdelegierten auf den rumänischen Vorschlag stieß am Wochenende in Madrid auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Kowaljows Feststellung, daß die „Möglichkeiten für fruchtbare Verhandlungen praktisch erschöpft" seien, ist von einigen Vertretern der neutralen Staaten als definitive Absage gedeutet worden. Der US-Chefdelegierte Max Kampelman zeigte sich der WELT gegenüber jedoch zuversichtlicher. Er sieht in dem einschränkenden Wort „praktisch" den Beweis für die schon mehrfach angewandte Poker-Taktik der sowjetischen Delegation. Kampelman fügte hinzu, die vier Änderungsvorschläge des Westens seien durchaus flexibel zu betrachten.

Der österreichische Delegierte Cesca wirft den Amerikanern jedoch vor, lediglich aus Prestigegründen an den vier Änderungsvorschlägen festhalten zu wollen. Doch zeigte sich Kampelman im Interesse der Weiterführung des von der Konferenz in Helsinki eingeleiteten Entwicklungsprozesses bei der Behandlung dieser vier Zusatzpunkte kompromißbereit.

Während so im Plenum noch alles offen zu sein scheint, arbeitet man in den Ausschüssen der Madrider Folgekonferenz bereits an der Übersetzung und der sprachlichen Abstimmung der einzelnen Texte des Schlußdokuments zwischen den beiden Hauptsprachen Englisch und Russisch. So wurde zum Beispiel aus Washington ein Spezialist eingeflogen, der diesen Übersetzungsarbeiten als russischer Emigrant mit amerikanischer Staatsangehörigkeit den letzten Schliff gibt. Diese Art der Prozedur gilt als ein Novum im KSZE-Prozeß: Denn er bedeutet die Vorwegnahme der Retusche vor der grundsätzlichen Einigung.

Inzwischen brachte auch die spanische Regierung ihr Interesse am *baldigen Abschluß der Konferenz* deutlich zum Ausdruck: Sie quartierte das KSZE-Folgetreffen kurzfristig in eines der Madrider Massenhotels um und ließ die der Regierungspartei angegliederte UGT-Gewerkschaft im Kongreßpalast tagen. (SAD)

Stingl: Mehr Impulse für Investitionen geben

83 000 Menschen demonstrieren gegen Arbeitslosigkeit

DW. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) teilt den Optimismus des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, daß es bis 1985 einen Rückgang der Arbeitslosenziffer bis an die Millionengrenze geben könne. „Bedingung ist, alle ziehen am gleichen Strang: Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften", sagte Blüm in einem Interview der WELT am SONNTAG.

Stingl hatte mit seiner Prognose die Forderung verbunden, man müsse „wirklich Impulse setzen, daß investiert wird – und man darf sich nicht dagegen sperren, daß auch bei Investitionen die Frage der Verteilung der Arbeit erörtert wird". Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, fügte Stingl hinzu, reichten für eine solch optimistische Vorausschau aber bei weitem noch nicht aus. Im Mai waren 2,14 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland als arbeitslos registriert. Für das Jahr 1984 rechnet Stingl „mit einer im Schnitt noch etwas höheren Arbeitslosigkeit" als 1983.

Eine allgemein pessimistischere Einschätzung der Situation gibt eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums, aus der das Nachrichtenmagazin „Spiegel" zitiert. Die von der Zeitschrift genannten Experten kommen zu dem Ergebnis, daß zwischen 1988 und 1990 etwa 3,1 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Beschäftigung sein werden. Dabei werde sogar in Rechnung gestellt, daß das Bruttosozialprodukt bis 1990 jährlich real um 2,5 bis drei Prozent wachse.

Gegen die Arbeitslosigkeit haben am vergangenen Wochenende rund 83 000 Personen demonstriert. Der Schwerpunkt lag in Stuttgart, wo der Europäische und der Deutsche Gewerkschaftsbund zu Protesten aufgerufen hatte. Auf diesen Kundgebungen wurden die Forderungen des DGB nach einer „aktiven Beschäftigungspolitik" wiederholt. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit verlangte die konsequente Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung in der Europäischen Gemeinschaft. Die Regierungen der EG-Staaten verschöben „notwendige Entscheidungen von einem Gipfeltreffen zum anderen. Sie glänzen durch Tatenlosigkeit". In Stuttgart findet vom 17. bis 19. Juni das nächste Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG statt.

Seite 2: Demonstration besonderer Art

Differenzen in der SPD über Umweltschutz

dpa, Bonn/Düsseldorf

Zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten in einer entscheidenden umweltpolitischen Frage ist es zwischen der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Bundesparteivorstand gekommen. Die vom früheren Bundesminister Volker Hauff geleitete Bundeskommission kommt in einem jetzt bekanntgewordenen Bericht zur Luftverschmutzung und „Saurem Regen" zu Ergebnissen, die von der Düsseldorfer Landesregierung gerade verworfen worden sind.

Der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer hatte sich vor einigen Wochen mit der Forderung nicht durchsetzen können, daß die Landesregierung eine erhebliche Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung des Bundes zur Senkung des Schadstoffausstoßes in Kraftwerken verlangen soll. Die Mehrheit seiner Minister-Kollegen hatte den Standpunkt vertreten, zu strenge Auflagen für Kohlekraftwerke würden den heimischen Energieträger benachteiligen und durch den Zubau von Kernkraftwerken verdrängen.

Demgegenüber, hieß es in dem Bericht der Hauff-Kommission, die vorhandenen und im Bau befindlichen Kernkraftwerke reichten ohnehin aus, die Steinkohle ganz aus der Mittel- und Spitzenlastversorgung zu verdrängen. Ein Zubau weiterer Kernkraftwerke wäre nicht mehr vertretbar.

Nach Bäumers Ansicht vertritt die Hauff-Kommission gerade jene Position, die er in Düsseldorf nicht habe durchsetzen können. Er äußerte die Hoffnung, daß die Landesregierung jetzt ihren Standpunkt revidieren werde.

Probleme für OAE-Konferenz

dpa, Addis Abeba

Ungewißheit herrschte gestern in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, ob die 19. Gipfelkonferenz der Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) heute nachmittag eröffnet werden kann. Das für Sonntag angesetzte Treffen eines Ausschusses, von dem eine Vorentscheidung erhofft wurde, kam zunächst nicht zustande. Etwa die Hälfte der Ausschußmitglieder war noch auf dem Weg nach Addis Abeba.

Insgesamt 48 Länder haben nach Auskunft von OAE-Sprecher Paul Fouda Onambele ihre Teilnahme angekündigt. Ob jedoch die mindestens erforderlichen 43 Delegationen am Konferenztisch Platz nehmen werden, hängt vor allem davon ab, ob eine Einigungsformel über die Teilnahme der Republik Westsahara gefunden wird. Die Aufnahme der Republik als 51. OAE-Mitglied im Februar 1982 hatte zur Spaltung der Organisation geführt. Unter Führung Marokkos, das das Sahara-Gebiet beansprucht, hatte mehr als ein Drittel der Mitglieder zwei Gipepfelversuche im August und November 1982 in der libyschen Hauptsatadt Tripolis boykottiert und damit das Zustandekommen des Treffens verhindert.

TENNIS / Meisterschaften von Frankreich

Chris Evert verhinderte totales Debakel der Stars

HERMANN FUCHS, Paris

Die Ambitionen der amerikanischen Tennisstars versanken einmal mehr im roten Sand des „Stade Roland Garros" in Paris. Doch die 53. Internationalen Meisterschaften von Frankreich wurden zum Turnier der Superlative. Trotz des frühen Ausscheidens der Weltranglisten-Ersten Martina Navratilova und Jimmy Connors sowie des WCT-Weltmeisters John McEnroe als letztem der 41 Amerikaner allein im Herreneinzel, war bereits am Samstag der Vorjahresrekord von 238 305 Zuschauern gebrochen. Etwa 18 800 000 Francs (rund 6 439 000 Mark) wurden eingenommen.

Zum ersten Mal seit elf Jahren erreichte mit dem farbigen Lokalmatador Yannick Noah ein Franzose das Herrenfinale. Doch noch stärker als zu den Zeiten des sechsmal siegreichen Björn Borg waren die mit 1 262 000 Dollar dotierten Titelkämpfe in schwedischer Hand. Mats Wilander, im Vorjahr mit 17 Jahren jüngster Paris-Gewinner, erreichte mit seinem unattraktiven Grundlinienspiel erneut das Finale um die 85 000-Dollar-Siegprämie, das Daviscup-Doppel Anders Jarryd und Hans Simonsson schlug im Endspiel Mark Edmondson/Sherwood Stewart (Australien/USA) mit 7:6, 6:4, 6:2 fast mühelos, und im Junioreneinzel schickte sich der 17jährige Stefan Edberg an, die Nachfolge von Borg und Wilander anzutreten.

Einmal mehr war die 28jährige Chris Evert-Lloyd die Retterin der amerikanischen Tennisehre. Die Weltranglisten-Zweite holte sich im Eiltempo von nur 65 Minuten im Damenfinale gegen die Jugoslawin Mima Jausoveo mit 6:1, 6:2 ihren fünften Titel in Paris und egalisierte damit den Rekord der Australierin Margaret Court. Sie feierte in ihrem 275. Match auf Asche den 268. Sieg, kam bei ihrem 34. „Grand Slam"-Turnier und der 24. Endspielteilnahme zum 15. Triumph und erhöhte ihre Gesamtgewinnsumme auf stattliche 4 657 810 Dollar.

Zudem läßt sie Philippe Chartrier, den Präsidenten des Weltverbandes, um das Preisgeld von einer Million Dollar für den Gewinn des „Grand Slam neuerer Version" zumindest bis zum Wimbledon-Endspiel am 2. Juli zittern. Denn nach den letztjährigen Erfolgen bei den US-Open und den Australischen Titelkämpfen sowie jetzt in Paris fehlt ihr als vierte große Meisterschaft in Folge nur noch der Sieg bei den in zwei Wochen beginnenden 97. All England Championships. Binnen eines Kalenderjahres war dies bei den Damen bislang nur der 1969 verstorbenen Amerikanerin Maureen Brinker-Conolly 1953 und Margaret Court 1970 gelungen.

„Gegen die Million habe ich natürlich nichts einzuwenden, aber ob nun Grand Slam oder nicht, darüber sollen Klügere als ich entscheiden", sagte Chris Evert-Lloyd anschließend abgeklärt.

Am Schlußtag (das Finale Noah – Wilander war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet) ließ sich sogar der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac von der Tenniseuphorie anstecken. Er genehmigte den Ankauf eines angrenzenden Rugby-Feldes, so daß das bereits mit Millionen-Aufwand modernisierte „Stade Roland Garros" noch in diesem Jahr um sechs Plätze vergrößert werden kann.

Ungerührt von aller Begeisterung zeigte sich allein die Spielergewerkschaft ATP (Association of Tennis Professionals). Volksheld Yannick Noah wird heute seine skandalöse Abreise beim Düsseldorfer World-Team-Cup in einer Verhandlung begründen müssen. Man erwartet allgemein eine Sperre zwischen 21 und 30 Tagen, die für den Weltranglisten-Sechsten die Nichtteilnahme in Wimbledon bedeuten würde. Noah kümmert dies wenig: „Ich wollte da sowieso nicht hin, ich mag keinen Rasen, wenigstens nicht zum Tennisspielen."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Junioren-WM in Mexiko, Gruppe A: Süd-Korea – Schottland 0:2. – Gruppe B: Polen – Elfenbeinküste 7:2, Uruguay – USA 3:2. – Gruppe C: VR China – Argentinien 0:5, CSSR – Österreich 4:0. – Gruppe D: Holland – Brasilien 1:1, UdSSR – Nigeria 0:1.

Aufstiegsspiele zur Zweiten Bundesliga, 3. Spieltag, Gruppe Süd: Saarbrücken – Unterhaching 3:2 (0:1), Bürstadt – Ulm 0:0.

1. Saarbrücken	3	2	1	0	7:5	5:1
2. Bürstadt	3	1	1	1	4:4	3:3
3. Ulm	3	0	3	0	1:1	3:3
4. Unterhaching	3	0	1	2	3:5	1:5

Gruppe Nord: Hamm – Oberhausen 2:0, St. Pauli – Charlottenburg 2:0.

1. St. Pauli	3	2	0	1	4:2	4:2
2. Oberhausen	3	2	0	1	4:4	4:2
3. Hamm	3	1	1	1	4:3	3:3
4. Charlottenburg	3	0	1	2	3:6	1:5

„DDR"-Pokal-Finale: Magdeburg – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 4:0 (2:0).

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 24. und letzter Spieltag: Hofweier – Göppingen 28:27, Gummersbach – Großwallstadt 31:18, Kiel – Essen 22:19, Dietzenbach – Hüttenberg 20:36, Reinickendorf Berlin – Schwabing 27:18, Nettelstedt – Dankersen 23:20.

1. Gummersbach	24	17	2	5	502:415	36:12
2. TH Kiel	24	16	2	6	510:459	34:14
3. Großwallstadt	24	14	3	7	493:427	31:17
4. Schwabing	24	15	1	8	555:499	31:17
5. Göppingen	24	13	1	10	505:491	27:21
6. Berlin	24	11	4	9	475:441	26:22
7. Dankersen	24	11	0	13	434:445	22:26
8. Hüttenberg	24	10	2	12	506:521	22:26
9. Hofweier	24	9	3	12	473:494	21:27
10. Günzburg	24	6	7	11	514:531	19:29
11. Essen	24	7	4	13	426:445	18:30
12. Nettelstedt	24	6	5	13	484:506	17:31
13. Dietzenbach	24	4	0	20	434:617	8:40

DHB-Pokal der Damen, Halbfinale: Oldenburg – Leverkusen 13:15, Sindelfingen – Auerbach 12:11.

ROLLHOCKEY

Europapokal, Halbfinal-Hinspiel, Pokal der Landesmeister: Sentmenat / Spanien – Cronenberg 6:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 16. Spieltag: Spandau – Hannover 18:2, Braunschweig – Hamm 5:7, Esslingen – Würzburg 11:10, Cannstatt – Neustadt 15:11, ASC Duisburg – Köln 13:4, Düsseldorf – Duisburg 98 7:9.

TENNIS

Internationale Französische Meisterschaften in Paris, Herren-Doppel: Finale: Jarryd/Simonssen (Schweden) – Edmondson/Stewart (Australien) 7:6, 6:4, 6:2. – Damen-Einzel, Finale: Lloyd-Evert (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 6:1, 6:2. – Mixed-Finale: Teltscher/Jordan (USA) – Strode/Allen (USA) 6:2, 6:3. Damen-Doppel, Finale: Fairbank/Reynolds (Südafrika/USA) – Jordan/Smith (USA) 5:7, 7:5, 6:2.

MOTORSPORT

Rallye Hessen, fünfter Lauf zur Deutschen Meisterschaft, Stand nach fünf von 33 Sonderprüfungen: 1. Weber/Wanger (Neufahrn/Ludwigshafen) Opel Manta 2865 Punkte, 2. Haider/Diekmann (Österreich/Solingen) Mercedes 500 SL 2987, 3. Demuth/Fischer (München/Kemnath) Audi Quattro 3041, 4. Hero/Müller (Schmelz/Beckingen) Porsche Turbo 3056, 5. Kissel/Michel (Haßloch/Simmern) VW Golf 3073.

LUFTSPORT

3. Europameisterschaften im Segelfliegen, Damen, in Saint-Hubert/Belgien, Standardklasse, 8. Wertungsflug (180,9-km-Dreieck): 1. Darochzy 74,2 km/Std., 384 Punkte, 2. Bolla (beide Ungarn) 73,93/381, 3. Letich (Jugoslawien) 62/278, 4. Kall 61,3/271, 5. Lebok 60,7/266, 6. Bertram 60,5/265, ... 14. Kiewitter 53,6/205 (alle Deutschland). – Gesamtstand vor dem letzten Wertungsflug: 1. Bertram 1728 Punkte, 2. Bolla 1667, 3. Lebok 1576, 4. Kiewitter 1531, ... 7. Kall 1491. – Rennklasse, 5. Wertungsflug (166,1-km-Dreieck): 1. Weinreich (Deutschland) 101,9 km/132,5 Punkte, 2. Litt (Belgien) 99,9/129,9, 3. Toivonen (Schweden) 47,7/62,0, ... 5. Emde (Deutschland) 30,0/39,0. – 6. Wertungsflug (163,4-km-Dreieck): 1. Gavaret (Frankreich) 83,4 km/std. – 394 Punkte, 2. Weinreich 81,4/377, 3. Toivonen 69,5/276, ... 6. Emde 60,6/200. – Gesamtstand vor dem letzten Wertungsflug: 1. Weinreich 1829 Punkte, 2. Emde 1613, 3. Litt 1583.

PFERDESPORT

2. Qualifikation zum 54. Deutschen Springderby: 1. Rüping (Itzehoe/Hamburg) mit Silbersee 0 Fehlerpunkte/36,03 Sek., 2. Smith (England) Sanyo Technology 0/37,41, 3. Frühmann (Österreich) Arizona 0/42,59, 4. Schockemöhle (Mühlen) Deister 2/45,68, 5. Macken (Irland) Carroll's Wendy 4/38,04. – Internationale Dressurprüfung Grand Prix, Herren: 1. Schulten-Baumer (Mettingen) mit Slibovitz 1714 Punkte, 2. Schulten-Baumer mit Madras 1703, 3. Klimke (Münster) mit Pascal 1684, 4. Husenbeth (Bremen) mit Sando Khan 1644.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Icana (St. Eccles), 2. Angra, 3. Clivia, Toto: 19, Pl. 13, 15, 22, ZW: 60, DW: 788, 2. R.: 1. Orbiter (G. Bocskai), 2. Barberino, 3. Pumpernickel, Toto: 19, Pl. 12, 11, 16, ZW: 64, DW: 396, 3. R.: 1. Prairie Speedy (E. Schindler), 2. Zeffhus, 3. Amateur, Toto: 14, 16, –, ZW: 64, DW: 124, 4. R.: 1. Adversator (D. K. Richardson), 2. Grilla, 3. Kapuziner, Toto: 18, Pl. 11, 13, 16, ZW: 68, DW: 448, 5. R.: 1. Illampu (D. K. Richardson), 2. Delicius, 3. Königspark, Toto: 156, Pl. 42, 18, 30, ZW: 30, DW: 3392, 6. R.: 1. Free and wild (B. Schindler), 2. Sirjana, 3. Lusaka, Toto: 20, Pl. 13, 18, 18, ZW: 108, DW: 592, 7. R.: 1. Tithonus (H. Deckers), 2. Finalist, 3. Uno Duo, Toto: 128, Pl. 34, 19, 16, ZW: 840, DW: 3560, 8. R.: 1. Dusha Star (P. Schoenen), 2. Coco, 3. Garuda, Toto: 32, Pl. 18, 22, 38, ZW: 124, DW: 1028.

LEICHTATHLETIK

Weltmeisterschafts-Qualifikation der „DDR" in Ost-Berlin, Männer: 100 m: 1. Emmelmann 10,27. – 400 m: 1. Knebel 45,88. – 800 m: 1. Wagenknecht 1:45,46. – Frauen, Speer: 1. Kempe 69,98. – Kugel: 1. Slupianek 22,40.

Dreiländerkampf Italien – Deutschland – Polen der Herren in Turin: 100 m: 1. Mennea (Italien) 10,30 Sek., 2. Haas (Deutschland) 10,39, 3. Woronin (Polen) 10,40. – 400 m: 1. Skamrahl (Deutschland) 45,30 (DLV-Jahresbestleistung). – 800 m: 1. Ferner (Deutschland) 1:48,14 Min. – 10 000 m: 1. Cova (Italien) 28:29,57, 2. Herle (Deutschland) 28:31,49. – 4 x 100 m: 1. Italien (Tilli, Simionato, Carabani, Mennea) 38,79 (Weltjahresbestzeit), 2. Deutschland (Bastians, Haas, Zirkelbach, Luxenburger) 39,16. – 400 m Hürden: 1. Schmid (Deutschland) 49,14 (DLV-Jahresbestleistung). – Stabhoch: 1. Lohre (Deutschland) 5,60 m (DLV-Jahresbestleistung), außer Konkurrenz: Heinrich (Deutschland) 5,50. – Dreisprung: Hoffman (Polen) 17,04, 2. Bouschen (Deutschland) 16,84. – Speer: 1. Tafelmeier (Deutschland) 91,04.

Dreiländerkampf Deutschland – Polen – Holland der Damen in Bielefeld, Endstand: Deutschland – Polen 98:59, Deutschland – Holland 110:47, Polen – Holland 99:57. – 200 m: 1. Bußmann 23,61, 2. Gaugel (beide Deutschland) 23,85. – 400 m: 1. Wagner 52,65 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Brinkmann (beide Deutschland) 53,01. – 1500 m: 1. Kraus (Deutschland) 4:06,82 (DLV-Jahresbestleistung). – Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,92 m (DLV-Jahresbestleistung). – Weitsprung: 1. Sussiek 6,66 m (DLV-Jahresbestleistung), 2. Weigt (beide Deutschland) 6,59. – Diskus: 1. Manecke (Deutschland) 61,52. – 100 m Hürden: 1. Kalek (Polen) 12,89, 2. Denk (Deutschland) 13,27. – 800 m: 1. Januchta (Polen) 1:59,91, 2. Kleinbrahm 2:03,40, 3. Brückner (beide Deutschland) 2:03,96. – 400 m Hürden: 1. Blaszak (Polen) 58,42. – Kugel: 1. Losch 18,79, 2. Schönleber (beide Deutschland) 17,43. – Speer: 1. Helmschmidt (Deutschland) 66,48 (DLV-Jahresbestleistung).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 9, 15, 35, 38, 44, Zusatzzahl: 18. – Spiel 77: 1 1 0 4 7 2 2.

(Ohne Gewähr)

BASKETBALL

Italiener Weltmeister

sid/dpa, Nantes

Italiens Basketball-Nationalmannschaft der Herren gewann ihren ersten Europameister-Titel. Der olympische Silbermedaillengewinner von 1980 setzte sich im Endspiel gegen Spanien mit 105:96 durch. Doch bei der nächsten Europameisterschaft 1985 in Deutschland sind die Italiener vorerst nicht dabei. Nach der Massenschlägerei im Vorrundenspiel gegen Jugoslawien hatte der Europäische Basketball-Verband Italien und Jugoslawien für die nächsten Titelkämpfe gesperrt. Auf der nächsten Sitzung des Central Board des Weltverbandes rechnet man mit einer Zurücknahme der Strafe. Hans Lociejewski, der Vizepräsident des Deutschen Basketball-Bundes, nennt auch den Grund: „Was wäre eine Europameisterschaft ohne den Titelverteidiger . . ."

Nach dem Titelgewinn bekamen die Italiener von den 8000 Zuschauern im Glaspalast von Nantes jedenfalls die Quittung für ihr unsportliches Auftreten. Ein gellendes Pfeifkonzert begleitete die Übergabe der Goldmedaillen. Die Sympathien der Zuschauer lagen eindeutig bei den Spaniern, die im Halbfinale noch Titelverteidiger UdSSR ausgeschaltet hatten. Die Sowjets mußten nach einem 105:70-Erfolg über die Niederlande schließlich mit Platz drei zufrieden sein.

Für die deutsche Nationalmannschaft waren es die erfolgreichsten Titelkämpfe überhaupt. Zwar gab es für das Team von Bundestrainer Chris Lee im letzten Spiel (um Platz sieben) gegen Olympiasieger Jugoslawien eine 88:104-Niederlage, doch nie zuvor hatte in der 48jährigen EM-Geschichte ein deutsches Team eine bessere Plazierung erreicht. Lee stellte als Fazit fest: „Die junge Mannschaft hat sich in diesem Turnier hervorragend geschlagen. Wir mußten in den meisten Spielen unsere technische Unterlegenheit und mangelnde Erfahrung mit Kampfkraft ausgleichen."

HANDBALL

Schwabing nur auf Platz vier

sid/dpa, München

Neben dem VfL Gummersbach nimmt der THW Kiel als zweites deutsches Handball-Team am Europapokal-Wettbewerb der Landesmeister teil. Die Kieler besiegten am letzten Spieltag der Handball-Bundesliga TuSEM Essen mit 22:19 und behaupteten damit ihren zweiten Platz hinter dem alten und neuen Meister Gummersbach, der als Europapokalsieger bereits qualifiziert war. Die Gummersbacher bezwangen zum Abschluß den TV Großwallstadt mit 21:18.

Trotz der Niederlage kamen die Großwallstädter noch auf den dritten Tabellenplatz und erreichten somit die Teilnahme am europäischen Wettbewerb um den Pokal des Internationalen Handball-Verbandes (IHF). Sie profitierten dabei allerdings von der 18:27-Niederlage des Aufsteigers MTSV Schwabing bei den Reinickendorfer Füchsen Berlin. Bei Punktgleichheit weisen die Schwabinger auf dem vierten Rang die schlechtere Tordifferenz auf. In einem eigens dafür aufgebauten Festzelt überreichte Bernhard Thiele, der Präsident des Deutschen Handball-Bundes (DHB), den Gummersbachern die Meistertrophäe. In den beiden noch ausstehenden Finalspielen um den Deutschen Pokal gegen TuSEM Essen wollen die Gummersbacher nach Europapokal, Supercup und Meisterschaft auch noch den vierten Titel in dieser Saison erringen und damit das gleiche erreichen, was Frischauf Göppingen 1980 vollbracht hatte. Für Torschützenkönig (182 Treffer) Erhard Wunderlich, der in der nächsten Saison beim FC Barcelona spielt, ist der Kampf um den Pokal bereits entschieden: „Keine Frage, wir holen auch diesen Pott."

Die Zuschauerzahlen der Bundesliga wurden durch das schlechte Abschneiden der Nationalmannschaft bei der Olympiaqualifikation in Holland nicht negativ beeinflußt. Mit 1900 Besuchern pro Spiel wurde der Schnitt des Rekordjahres 1979/80 (1972) fast erreicht.

Herings-Diplomatie

Ha (Brüssel) – Dem Druck der Holländer gefolgt sind die EG-Partner, als sie sich in der vergangenen Woche einseitig zur Freigabe eines Fangkontingents für Heringe in der Nordsee entschlossen. Inzwischen mögen manchen Experten Zweifel gekommen sein, ob der Appetit auf die leckeren „Matjes-Happen" über die starke Verärgerung über diesen Beschluß in Norwegen in Rechnung gestellt hat.

Die Folgen des Brüsseler „Fait accompli" stellten sich schnell ein: In aller Öffentlichkeit wurde das „Befremden" über das einseitige Vorgehen der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht und die EG bei den wenige Tage später angesetzten Fischereigesprächen mit Oslo in die Defensive versetzt. Die neue Runde der bilateralen Verhandlungen mußte ergebnislos vertagt werden.

Nach den internationalen Regeln muß ein Teil der Fanggründe in der Nordsee gemeinsam von der EG und Norwegen bewirtschaftet werden. Dies gilt auch für 62 000 Tonnen Heringe, die nach fünfjähriger Pause in dieser Zone vom „Internationalen Rat für die Ausbeutung des Meeres" freigegeben wurden. Im Vorgriff auf eine Einigung mit Oslo hat die EG bereits Kontingente über 9000 Tonnen erteilt.

Intern warnten die Dänen vor dem Schritt, der nicht nur schlechten Stil bewies, sondern der EG auch Nachteile bei der Verfolgung ihrer Fischerei-Interessen in norwegischen Gewässern bringen könnte. Ihre Anregung, allein den Niederländern eine vorläufige Quote zuzubilligen, scheiterte an der Begehrlichkeit anderer Regierungen. Kommt keine Einigung mit Norwegen, droht auch neuer interner EG-Krach: Dann nämlich ist die Aufteilung der Fangquoten innerhalb des „EG-Meeres" wieder zur Disposition gestellt.

Benzin vergeudet

fu (London) – Es ist eigentlich unglaublich, wie stark Großbritannien im Ausbau seiner Infrastruktur, vor allem, was das Autobahnnetz betrifft, etwa hinter der Bundesrepublik herhinkt. Ganz abgesehen davon, daß es noch nicht einmal ernsthafte Bemühungen gibt, die Handvoll bestehender winziger Teilstrecken zu einer Ringautobahn um London herum zu verbinden, fehlt es in der Themse-Metropole völlig an durchgehenden Schnellstraßen, um die bisher hier im Kleinstraßen-Gewirr endenden acht Autobahnen miteinander zu verknüpfen. Das Ergebnis sind endlose Staus und empörte oder inzwischen resignierte Anwohner. Der königliche Automobilclub hat jetzt errechnet, daß eine Erhöhung der Ausgaben für den Ausbau des Autobahnnetzes, der Schnell- und der Umgehungsstraßen um 50 Prozent zu einer Reduzierung des Benzinverbrauchs um 227 Millionen Liter zum Wert von heute 360 Millionen Mark führen würde! Ganz abgesehen von den mehreren hundert Menschenleben, die durch die zehnfach sichereren Autobahnen gegenüber Landstraßen jährlich gerettet werden könnten.

OECD / Bericht des Entwicklungshilfe-Ausschusses – 1982 mehr Mittel bereitgestellt

Bundesrepublik behauptete den zweiten Platz vor Frankreich und Japan

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Trotz angespannter Finanzlage räumen die meisten westlichen Industriestaaten der Entwicklungshilfe eine „relative Priorität" ein. Ihre öffentliche Hilfe nahm 1982 nominal wie real stark zu. Für die nächsten Jahre ist eine weitere, wenn auch mäßigere Steigerung geplant. Dies ergibt sich aus einem Bericht des OECD-Entwicklungshilfe-Ausschusses (DAC), dem die 17 größten der 24 OECD-Staaten angehören.

Zum ersten Mal haben die Entwicklungsländer 1982 an Hilfen aller Art mehr als 100 Milliarden Dollar empfangen, heißt es in dem Bericht. Davon stellten allein die DAC-Staaten 98 (88) Milliarden Dollar, während sich die Opec mit ca. 8 (8,2) Milliarden Dollar und der Ostblock mit 2,2 (2,1) Milliarden Dollar begnügten. Die öffentliche DAC-Hilfe (APD) stieg um 9 Prozent auf 27,9 Milliarden Dollar. Das waren 0,39 (0,35) Prozent des Bruttosozialprodukts der DAC-Länder, gegenüber allerdings schon 0,38 Prozent in 1980.

Unter Ausschluß der Dollar-Hausse, die gegenüber den Währungen der Geberländer im Durchschnitt 10 Prozent erreicht hatte, belief sich der Zuwachs der öffentlichen Hilfe sogar auf 19 Prozent und inflationsbereinigt auf 11 Prozent. Der so berechnete Zuwachs stellte sich damit für die letzten fünf Jahre auf durchschnittlich 5 Prozent gegenüber 3,7 Prozent in den gesamten siebziger Jahren.

Der ungewöhnlich starke Anstieg der Hilfe im vergangenen Jahr ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die multilaterale Entwicklungshilfe wieder in Schwung kam. So wurden insbesondere der Weltbanktochter IDA bedeutende zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Zum Teil handelte es sich dabei aber um Zuteilungen, die schon im Vorjahr hätten vorgenommen werden sollen.

Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, die auf diese Weise ihre Hilfe auf einen Rekordbetrag von 8,30 (5,78) Milliarden Dollar brachten, was 0,27 (0,20) Prozent ihres Bruttosozialprodukts entsprach. Die Bundesrepublik behauptete mit 3,16 (3,18) Milliarden Dollar den zweiten Platz vor Japan und Frankreich, sofern man dessen Hilfe an die Überseegebiete nicht mitzählt.

Der Anteil der öffentlichen Hilfe am deutschen Sozialprodukt blieb mit 0,48 (0,47) Prozent praktisch unverändert. Nachgelassen hat aber die deutsche Hilfe an die ärmsten Entwicklungsländer auf 785 (839) Millionen Dollar. Für 1983 bis 1986 plant Bonn eine jahresdurchschnittliche vierprozentige Steigerung seiner öffenflichen Entwicklungshilfe.

In dem Bericht wird der starke Rückgang der britischen, kanadischen und neuseeländischen Hilfe beanstandet. Gelobt werden dagegen außer den USA Australien und Österreich sowie Norwegen und Schweden, die zusammen mit Holland die Länder sind, die mehr als ein Prozent ihres Sozialprodukts an APD gewähren.

Die öffentliche Hilfe an die 36 ärmsten Entwicklungsländer hat – trotz der deutschen Zurückhaltung – 1982 insgesamt auf 6,26 Milliarden Dollar zugenommen, nach 5,54 Milliarden 1981 und erst 2,77 Milliarden Dollar 1975. Sie erhöhte sich damit in dieser Zeitspanne um real etwa 30 Prozent. Diese Hilfe entsprach sieben Prozent des Bruttosozialprodukts der Empfängerländer oder einem Drittel ihrer Importe.

In der privaten Entwicklungshilfe (Schenkungen sowie private wie öffentliche Kredite zu Marktbedingungen) wurden auch 1982 weitere Liberalisierungsfortschritte erzielt. Die gebundenen Leistungen nahmen hier um real sechs Prozent zu und erreichten 35 Prozent der gesamten privaten Hilfe. Die ungebundenen Leistungen verminderten sich um drei Milliarden Dollar, dabei die Direktinvestition um 1,5 Milliarden, während die Exportkredite um vier auf 17 Milliarden Dollar zunahmen.

Hinzu kam, daß die westlichen Banken angesichts der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten verschiedener Entwicklungsländer bei der Bereitstellung ihrer Darlehen größere Zurückhaltung übten. Ihre Netto-Ausleihungen an alle Entwicklungsländer schrumpften auf 18,5 (24) Milliarden Dollar. Allerdings wurde gleichzeitig ein großer Teil der notleidend gewordenen kurzfristigen Bankkredite in langfristige umgewandelt.

SAUDI-ARABIEN

Außerhalb Europas der zweitgrößte Handelspartner

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Handel mit Saudi-Arabien dürfte in diesem Jahr leicht unter dem Stand von 1982, dem bisher erfolgreichsten Jahr in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, bleiben. Darauf wies Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Wochenende auf der sechsten Tagung der deutsch-saudischen Wirtschaftskommission in Riad hin.

Nachdem Saudi-Arabien 1982 mit 8,5 Milliarden Mark wieder der größte Absatzmarkt für deutsche Produkte – im Jahr zuvor war dies Irak – geworden war, hatte Riad aufgrund der weltweit reduzierten Nachfrage nach Öl und des gesunkenen Ölpreises sein Budget und die Importnachfrage anpassen müssen. Zwar wiesen die deutschen Exporte mit zwei Milliarden Mark im ersten Quartal noch keinen Rückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf, dies werde sich jedoch im weiteren Verlauf des Jahres ändern.

Allerdings dürften sich auch die deutschen Rohölkäufe in Saudi-Arabien nicht zuletzt aufgrund des von der Opec beschlossenen Förderlimits für die einzelnen Mitgliedsländer auf ein geringeres Volumen einpendeln. Die deutschen Einfuhren von 10,6 Milliarden Mark bestanden im vergangenen Jahr fast ausschließlich aus Öl. Obwohl mit 17 Millionen Tonnen deutlich weniger als im Vorjahr importiert wurde, sei Saudi-Arabien der wichtigste Erdöllieferant mit einem Anteil von 23,5 Prozent an der gesamten deutschen Erdöleinfuhr geblieben.

Mit einem Volumen des Warenverkehrs von 19,1 Milliarden Mark 1982 sei Saudi-Arabien der zweitgrößte außereuropäische Handelspartner nach den USA geworden. Das Land nimmt in der Außenhandelsstatistik inzwischen den elften Rang ein.

Für die Zukunft sieht Lambsdorff keinen Anlaß zu Pessimismus. Allerdings dürfe der freie internationale Wettbewerb, dem sich Saudi-Arabien in der Regel durch öffentliche Ausschreibungen öffnet, nicht durch protektionistische Maßnahmen eingeengt oder gar in Frage gestellt werden.

Gegenwärtig seien rund 210 deutsche Unternehmen ständig in Saudi-Arabien vertreten. 55 deutsch-saudische Gemeinschaftsunternehmen hätten bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Lambsdorff sieht in diesem Bereich weitere Chancen. Ende 1982 hätten sich die deutschen Direktinvestitionen in dem Land erst auf 190 Millionen Mark belaufen, die der Saudis in der Bundesrepublik sogar nur auf 146 Millionen, wobei der größte Teil auf eine Beteiligung im Maschinenbausektor entfällt.

Die deutsch-saudiarabische Investitions-Promotionsgesellschaft Sageco, die am 1. November ihre Arbeit aufgenommen hat, habe aus 140 Kooperationsanfragen bereits 15 konkrete Projekte herauskristallisiert. Die begrenzte Absorptionskraft des saudischen Marktes, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und die Frage vergleichbarer Standortkosten würden jedoch verhindern, daß auf diesem Feld der Zusammenarbeit die Bäume in den Himmel wachsen.

Im Griff der Spekulanten

Von LEO FISCHER

Kupfer erreicht einen neuen Höchstpreis für die letzten drei Jahre, Kakao steigt auf ein neues Dreijahreshoch, die Zuckerpreise ziehen kräftig an – die Hauptschlagzeilen des Monats signalisieren bereits, daß die Rohstoffmärkte nach der langen Baisse endgültig auf Hausse gestimmt sind, auch wenn sich dies in der Indexentwicklung noch nicht so klar niederschlägt. Der auf Pfundpreisen basierende Reuters-Index legte immerhin 3,1 Prozent zu, aber der Moody's-Index nur bescheidene 1,9 Prozent. Berücksichtigt man aber den festen Dollarkurs – der Dollar stieg im Vergleich zur D-Mark im letzten Monat um 2,1 Prozent, gegenüber anderen Währungen wie dem Franc sogar stärker – dann haben sich die Rohstoffpreise im Durchschnitt im wesentlich größeren Ausmaß erhöht, als es die bloßen Indexzahlen zum Ausdruck bringen.

Die Prognosen der meisten Experten gehen dahin, daß die Rohstoffpreise im weiteren Jahresverlauf im Zuge der konjunkturellen Belebung weiter anziehen werden, wie das in jeder Aufschwungphase bislang festzustellen war. Und darüber, daß der Aufschwung in den USA begonnen hat, gibt es eigentlich keinen Zweifel und ebensowenig, daß dieser mit einer zeitlichen Verzögerung von sechs bis neun Monaten auf die übrigen Industriestaaten übergreifen wird.

Dennoch wäre es verfehlt, die Festigung der Rohstoffnotizen bereits als Reflex zur Konjunkturbelebung anzusehen. Es sind überwiegend Sonderfaktoren oder Spekulationen, – vielleicht von Konjunkturhoffnungen initiiert –, die für die spektakulärsten Preisbewegungen gesorgt haben. Dies gilt sogar für den Kupfermarkt, der am ehesten konjunkturabhängig ist. Vor allem Gerüchte über chinesische Käufe und über Lieferschwierigkeiten Perus haben den Kupferpreis für Drei-Monats-Lieferungen bis auf 1175 Pfund je Tonne in die Höhe getrieben. Dieses Niveau konnte allerdings nicht behauptet werden, weil die Nachfrage nach physischer Ware nach wie vor schwach ist.

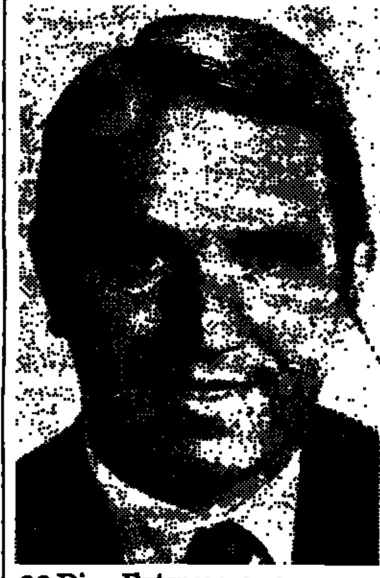
Auch der Kakaomarkt scheint – wie es VWD formulierte – fest „im Griff der Spekulation" zu sein. Ausgelöst wurde die Kakao-Hausse durch Befürchtungen über eine schlechtere westafrikanische und brasilianische Ernte, sowie die Unruhen und Proteste in Ghana nach Vorlage des Sparbudgets, die weitere Lieferungen behindern könnten. Zwar wird das Erntejahr 1982/83 nach Schätzungen des Londoner Handelshauses Gill & Duffus mit 60 000 Tonnen ein höheres Produktionsdefizit bringen als das Vorjahr (54 000). Dadurch reduzieren sich die Jahresendbestände von 674 000 Tonnen auf 614 000 Tonnen (einschließlich Buffer-Stocks der Internationalen Kakaoorganisation). Sie machen aber immer noch 38 Prozent (allerdings nach 42 Prozent in der Vorsaison) des jährlichen Verbrauchs aus. Gill & Duffus räumt aber ein, daß steigende Notierungen für Zucker und Kaffee auch den Kakaopreis mit nach oben ziehen könnten, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß der Preisanstieg sich negativ auf den Verbrauch auswirken könnte. Jedenfalls äußert der „Terminmarkt", ein Informationsdienst des Brokerhauses Hornblower, Fischer & Co. die Ansicht, daß die fundamentalen Faktoren für einen Aufschwung „nicht überzeugend genug" seien.

Die Feuchtigkeit und Trockenheit trieben den Zuckerpreis innerhalb eines Monats um 22 Prozent nach oben. Der viele Regen verhinderte die sonst um diese Jahreszeit bereits beendete Aussaat der Zuckerrüben in Europa. Ende Mai zum Beispiel hatte Belgien erst 90 Prozent seiner Felder bestellt, Großbritannien 93 Prozent. Gleichzeitig mußte Südafrika Kanada mitteilen, daß vorgesehene Lieferungen wegen der anhaltenden Trockenheit verschoben werden müßten. Aus demselben Grund hatte Südafrika bereits Japan gebeten, sich nach anderen Lieferquellen umzusehen. Wegen der anhaltenden Trockenheit wird auch Thailand seine Zuckerexporte deutlich verringern müssen.

Nach der im Mai veröffentlichten Schätzung des britischen Fachblatts World Sugar Journal wird die Welt-Zucker-Ernte im Erntejahr 1982/83 um 417 000 Tonnen auf 97,5 Millionen Tonnen zurückgehen. Der Überschuß über den Verbrauch wird sich danach von 8,43 im Vorjahr auf 8,04 Millionen Tonnen ermäßigen. Für 1983/84 erwartet das Fachblatt auf Grund der widrigen Wetterverhältnisse und auf Grund der zeitweiligen Buschfeuer in Afrika sogar eine Produktionseinbuße. Londoner Experten beziffern den Produktionsausfall auf zwei Millionen Tonnen.

Seite 12: Rohstofftabelle

AUF EIN WORT



„Die Entspannung am Energiemarkt macht ein Umdenken ganzer Industriezweige erforderlich und legt zum Teil kostspieliges Entwicklungs-Know-how, zumindest mittelfristig, auf Eis."

Prof. Dr. Hans Günter Müller, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann Demag AG, Duisburg
FOTO: DIE WELT

Geiger weist Vorwürfe zurück

rtr, Osnabrück

Die hohe Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch die öffentliche Hand ist nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in hohem Maße mitverantwortlich für das gegenwärtig immer noch hohe Zinsniveau im langfristigen Bereich. Damit nahm Geiger in einem am Samstag veröffentlichten Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" zu den jüngsten Äußerungen von Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider Stellung, in denen dieser die hohen Hypothekenzinsen beklagt und die Kreditinstitute zur Ausschöpfung ihres Zinsspielraumes aufgefordert hatte. Die Politik der Deutschen Bundesbank hat nach Meinung Geigers auf die langfristigen Zinsen und damit auch die Hypothekenzinsen relativ weniger Einfluß.

VEREINIGTE STAATEN

Deutsche Edelstahlexporteure müssen Strafzölle zahlen

H.-A. SIEBERT, Washington

Als trügerisch hat sich die Hoffnung erwiesen, die USA würden nach dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg auf weitere Einfuhrrestriktionen verzichten. Obwohl sogar eine Rücknahme protektionistischer Maßnahmen bei verbesserter Konjunktur vereinbart wurde, ist der Druck der amerikanischen Stahlindustrie nach wie vor der ausschlaggebende Faktor für die Beschlußorgane in Washington. Betroffen sind diesmal vor allem deutsche Edel- und Werkzeugstahlexporte nach Amerika, die im vergangenen Jahr mit rund 33 und 17 Millionen Dollar zu Buch schlugen.

Nach einer Entscheidung der International Trade Commission (ITC) haben die deutschen Lieferanten von Edelstahlerzeugnissen ihre Waren in den USA unter dem „fairen Marktpreis" verkauft und damit den amerikanischen Herstellern Schaden zugefügt. Unter Hinweis auf die geltenden Antidumping-Vorschriften legte die Behörde einen Ausgleichszoll in Höhe von 7,4 Prozent für rostfreie Walzbleche und von drei Prozent für rostfreien Bandstahl fest. Erhoben wird er auf den Rechnungswert. Französische Produkte werden mit 3,4 und 5,3 Prozent belastet, während britische Firmen einen Strafzoll von 9,3 Prozent zahlen müssen.

Außerdem hat das US-Handelsministerium bestätigt, daß die Dumpingpraktiken deutscher Werkzeugstahl-Anbieter zu Umsatzverlusten in der amerikanischen Industrie geführt haben. Wenn die ITC diesem Urteil folgt, drohen ihnen Zollstrafen, die zwischen 6,73 und 18,41 Prozent des Warenwertes ausmachen. In dieses Verfahren verwickelt sind die Thyssen Edelstahlwerke AG, die Arbed Saarstahl GmbH und die Edelstahlwerke Buderus AG.

US-AKTIENMÄRKTE

Abbau der Arbeitslosigkeit macht Anlegern neuen Mut

H.-A. SIEBERT, Washington

Neue Konjunkturdaten, die auf eine kräftigere wirtschaftliche Erholung hindeuten, haben in der vergangenen Woche an den US-Aktienmärkten einen größeren Kursrutsch verhindert. Höhere Auftragseingänge der verarbeitenden Industrie und stark gestiegene Umsätze der Warenhausketten sowie ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit machten die Enttäuschung wett, mit der die Wall Street auf den Wirtschaftsgipfel in Williamsburg reagiert hatte. Beeindruckt hat die Börse vor allem die Bereitschaft der amerikanischen Verbraucher, mehr zu kaufen.

Zum drittenmal hintereinander ist in den USA im Mai die Arbeitslosenrate gesunken, und zwar diesmal von 10,2 auf 10,1 Prozent. Seit Dezember, als die Quote mit 10,8 Prozent den höchsten Stand während der 17monatigen Rezession erreichte, hat damit die Zahl der Amerikaner ohne Job um eine auf 11,2 Millionen abgenommen. Die Autoindustrie stellte allein 105 000 Beschäftigte wieder ein. Die Zunahme der Ordereingänge um 2,1 Prozent im April wiederum signalisiert eine Beschleunigung der Produktion mit der Aussicht auf eine noch bessere Beschäftigungslage. Die Warenhausumsätze schnellten im Mai um 6,3 (Sears) bis 23,6 Prozent (Dayton Hudson) in die Höhe.

An der New York Stock Exchange begann die Erholung am Mittwoch; im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Industrie-Index nur um 3,10 (Freitag: plus 1,60) auf 1213,04, der breitergestreute Nyse-Index um 0,10 (plus 0,26) auf 95,13 Punkte. Favoriten waren Technologie-Werte. Die Wall Street bleibt vorsichtig, zumal der Chefökonom des Weißen Hauses, Feldstein, vor einer zu üppigen Geldversorgung gewarnt hat.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Handelszahlen weltweit noch im Minus

Washington (dpa/VWD) – Der internationale Handel ist nach einer Übersicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) im ersten Quartal 1983 aufgrund der schwachen Konjunktur, sinkender Rohstoffpreise und geringer Nachfrage nach Öl weiter geschrumpft. Für die Gruppe der Industriestaaten ermittelte der IWF in den ersten drei Monaten 1983 Exporte im Wert von 282,3 Milliarden Dollar (683 Milliarden Mark), 5,6 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 1982. Die Importe beliefen sich auf 295,6 Milliarden Dollar, minus 7,5 Prozent. Die Exporte der Ölförder-Länder gingen um 28,4 Prozent zurück.

Norwegen senkt Diskontsatz

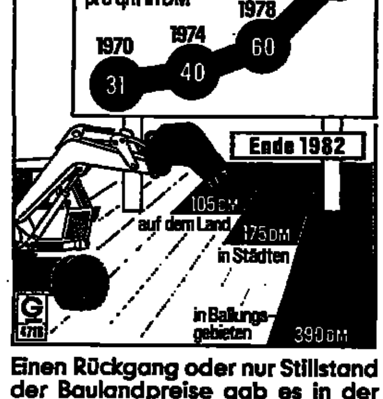
Oslo (AP) – Die norwegische Regierung und die norwegische Zentralbank haben eine Senkung des Diskontsatzes von neun auf acht Prozent mit Wirkung vom Montag bekanntgegeben. Der norwegische Diskontsatz stand seit 30. November 1979 unverändert auf neun Prozent. Die jetzige Senkung wurde im Rahmen eines Pakets wirtschaftlicher Maßnahmen beschlossen, mit deren Hilfe die Bildung einer bürgerlichen Drei-Parteien-Koalitionsregierung erleichtert werden soll.

Weg der Kurse

	3. 6. 83	27. 5. 83
Boeing	43,75	40,875
Chrysler	27	26,75
Citicorp	42	41,25
Coca-Cola	55	51,375
Exxon	33,875	34,25
Ford Motors	51,375	48,50
IBM	114	116
PanAm	6,125	6,375
US Steel	25,25	27,125
Woolworth	32	31,875

Für mehr Koordination

Luxemburg (rtr) – Eine verbesserte Abstimmung zwischen den wichtigen westlichen Zentralbanken und die Weiterentwicklung regionaler Währungszonen hat der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner gefordert, um so die Instabilität der Devisenmärkte zu vermindern. Werner erklärte am Samstag auf einer internationalen Konferenz von Devisenhändlern weiter, die Zentralbanken sollten sich darauf einigen, schnell und abgestimmt Interventionen an den Devisenmärkten vorzunehmen, wenn außer Kontrolle geratene Wechselkursentwicklungen einzelner Währungen dies nötig machten.



Einen Rückgang oder nur Stillstand der Baulandpreise gab es in der Bundesrepublik immer nur kurzfristig. Die langfristige Tendenz zeigte stets nach oben. Erhebliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den ländlichen Gebieten und den Ballungszentren. Die einsame Spitze bildet Stuttgart, dort haben die Quadratmeter-Preise teilweise die 1000-Mark-Grenze überschritten. QUELLE GLOBUS

Inflationsrate steigt weiter

Rio de Janeiro (rtr) – Das gegenwärtig mit ernsten Zahlungsproblemen kämpfende Brasilien hat im Mai eine erneut steigende Inflationsrate verzeichnet. Wie aus am Freitag veröffentlichten amtlichen Statistiken hervorgeht, erhöhte sich die Jahresteuerung auf 118,6 Prozent nach 117,4 Prozent im Vormonat.

Probleme bei Umschuldung

Lima (dpa) – Peru hat bei den Verhandlungen mit seinen 275 Gläubiger-Banken im Ausland größere Schwierigkeiten als erwartet, um neue Bedingungen für die Zahlung seiner kurzfristigen Auslandsschulden in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar zu bekommen. Der Abschluß dieser Verhandlungen, der ursprünglich für den 31. Mai vorgesehen war, wird jetzt für den 30. Juni erwartet. Das teilte der Präsident der Banco de la Nacion, Augusto Blacker, am Wochenende vor Journalisten in Lima mit.

EG-KOMMISSION / Energieprogramm vorgeschlagen

Finanzierung mittels Abgabe?

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Idee einer europäischen Energiesteuer hat die EG-Kommission erneut ins Gespräch gebracht. In einer Mitteilung an den Ministerrat und das Straßburger EG-Parlament tritt sie für ein Fünfjahresprogramm der Gemeinschaft zur Förderung rationellerer Methoden der Energieverwertung sowie für eine Diversifizierung der Energieversorgung ein, dessen Kosten durch eine Abgabe aus dem Energieverbrauch finanziert werden sollen.

Nach den Plänen der Brüsseler Experten wären für ein derartiges Programm mittelfristig 1,5 bis 2 Milliarden Ecu (rund 4,5 Milliarden Mark) im Jahr nötig. Verglichen mit den jährlichen Ausgaben der zehn Mitgliedsstaaten für den Energieverbrauch in Höhe von rund 230 Millionen Ecu (522 Milliarden Mark) würde der zusätzliche Finanzbedarf also weniger als 1 Prozent der gesamten Energiekosten ausmachen.

Trotzdem kann davon ausgegangen werden, daß die Mehrheit der Mitgliedsstaaten die EG-Vorschläge ablehnen wird. Vor allem die Bundesregierung dürfte sich Plänen zur indirekten Aufstockung der EG-Einnahmen wie in der Vergangenheit entschieden widersetzen.

Die Mitteilung der Kommission, die auf Initiativen der beiden Vizepräsidenten Christopher Tugendhat (Großbritannien) und Etienne Davignon (Belgien) zurückgeht, hat deshalb zunächst auch lediglich die Form eines unverbindlichen Diskussionspapiers erhalten.

Das Fünfjahresprogramm sollte sich nach Meinung der Kommission auf die Bereiche konzentrieren, in denen nationale Anstrengungen weniger erfolgversprechend sind als gemeinschaftliche. Genannt werden vor allem Projekte zur wirtschaftlicheren Energienutzung, zur Prospektion von Öl, Gas und Uran sowie zur Schaffung eines ausgeglicheneren Angebots durch Erhöhung des Anteils der europäischen Kohle, des nuklearen Sektors, des Erdgases sowie alternativer Energiequellen.

Bei den festen Brennstoffen, so heißt es in dem Dokument, sei die gegenwärtige Lage verworren und führe zu Verschwendungen. Einerseits erreichten die Kohlehalden in den Produzentenländern der EG mit 60 Millionen Tonnen neue Rekorde und erschwerten die Lage der europäischen Industrie. Auf der anderen Seite importierten die übrigen Mitgliedsländer aus Drittstaaten rund 70 Millionen Tonnen Kohle.

Im Griff der Spekulanten

Rohstofftabelle

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Mai 1983	Ende April 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	£/t	1092,50	1114,00	1152,75	932,25
Zink	L	£/t	454,50	461,50	479,39	419,75
Zinn	L	£/t	8375,00	8855,00	9290,00	7932,50
Blei	L	£/t	268,00	294,25	312,75	268,00
Gold	L	$/Unze	439,00	428,50	511,50	411,25
Silber	L	p/Unze	841,55	766,25	948,65	680,30
Platin	L	£/Unze	292,45	267,65	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	343,25	351,37	367,00	306,25
Mais	C	Cts/bu	304,60	315,25	442,62	316,12
Kakao [1])	L	£/t	1446,50	1326,50	1449,50	1108,00
Kaffee [1])	L	£/t	1670,00	1884	2122	1573,50
Zucker	L	£/t	187	128	187	95
Sojaöl	C	Cts/lb	18,35	19,62	19,67	15,99
Baumwolle [2])	Li	Cts/kg	83,15	80,10	83,70	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	569,00	564,50	576,50	521,50
Kautschuk	L	p/kg	73,75	74,50	81,25	50,00
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		1058,5	1041,4	1084,9	1005,8
Reuter's (18. 9.31=100)	London		1832,7	1779,0	1832,7	1527,7

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

INVESTMENT-KONGRESS / Deutsche Börsen bleiben in der Konsolidierungsphase

Nächster Aufschwung erst im Herbst

LEO FISCHER, München

Die Wall Street und die deutsche Börse stehen vor einer Kurskorrektur – dies war die überwiegende Meinung von zehn internationalen Börsenexperten, die in einer Podiumsdiskussion auf dem dritten Investment-Kongreß in München die Kursaussichten an den wichtigsten Weltbörsen diskutierten.

Dabei fiel auf, daß die Geldanlage-Profis, die immer wieder auf die zunehmende Internationalität der Geldanlage hinwiesen, sich beim Blick über die Grenzen schwertaten. Die meisten bevorzugten in ihren Empfehlungen das Land, in dem sie arbeiten oder in dem ihre Bank oder ihr Brokerhaus domiziliert. Hauptgegenstand der Diskussionen bildeten die Chancen an der Leitbörse Wall Street.

Philip Clark, einer der bedeutendsten Analysten der Elektronik-Aktien, wies darauf hin, daß der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte ohne Atempause von 760 auf 1200 gestiegen ist. Daher glaubt Clark an eine Korrektur. Zumal bei steigenden Zinsen die Neigung zunehmen könne, Gewinne mitzunehmen. Aber es sei ganz klar, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den USA begonnen habe, deshalb bestehe kein Anlaß, alle Anlagemittel cash zu halten.

Auch die technischen Analysten gaben sich grundsätzlich optimistisch, wiesen aber auf einige Indizien hin, die anzeigen, daß die technische Seite des Marktes gefährdet ist. Nach Meinung des technischen Analysten Hans Schueren vom größten Brokerhaus der Welt, Merrill Lynch, sind der säkuläre und der zyklische Trend an der Wall Street in Ordnung. Nur in der mittelfristigen Entwicklung sieht er einige Gefahrenquellen. Es seien zu viele Spekulanten im Markt, dies zeige sich am hohen Volumen der Over-the-Counter-Umsätze. Der Over-the-Counter-Markt ist mit gewissen Einschränkungen mit dem in Deutschland üblichen Telefonverkehr zu vergleichen. Schueren sprach in diesem Zusammenhang von einem zunehmenden Engagement solcher Personen (Toilettenwächter, Hausfrauen), die den Markt insgesamt anfälliger machen, weil dieser Personenkreis bei fallenden Kursen nicht dasselbe Durchhaltevermögen habe und haben könne wie gestandene Börsianer. Im üblichen Sprachgebrauch bezeichnet man so etwas als Dienstmädchenhausse.

Schueren urteilt so: Die Börsenampeln sind mittelfristig von Grün auf Gelb umgeschlagen, gemessen am Dow Jones ist mit einer Korrektur von zehn bis zwölf Prozent zu rechnen.

Daß die eigentliche Hausse an den Blue Chips, die im Dow Jones enthalten sind, weitgehend vorübergegangen ist, zeigt nach Schueren folgende Zahl: Nähme man den aus viel Technologie-Aktien bestehenden Value-Line-Index zum Maßstab, müßte der Dow Jones heute bei 2450 stehen. Alle Amerika-Experten waren sich darin einig, daß Technologie-Aktien und Rohstoffwerte die besten Chancen besitzen, bei einem neuen Aufschwung besondere Avancen zu machen.

Jens Ehrhardt, Herausgeber der „Finanzwoche" und des „Rentenbriefs", beurteilt die mittelfristigen Aussichten an der deutschen Börse gut, rechnet aber damit, daß die Konsolidierungsphase noch andauern wird. Unterstützt wurde er in seiner grundsätzlichen Zuversicht von Udo Behrenwald, der der Geschäftsführung des Investmentfonds DWS angehört. Er glaubt, daß der Aktienmarkt von der Umstrukturierung der stark bei Renten kopflastigen Depots profitieren sollte. Aber erst im Herbst rechnet er mit einem neuen Kursaufschwung. Derzeit seien deutsche Aktien weder besonders billig noch besonders teuer.

GROSSBRITANNIEN / Reform des Gewerkschaftsrechts

Tories planen Machtabbau

WILHELM FURLER, London

Nicht erst der von zwei Dutzend Mitarbeitern der Tageszeitung Financial Times vom Zaun gebrochene Streik, der seit dem Mittwoch das Erscheinen des angesehenen Blattes verhindert, unterstreicht die Notwendigkeit einer Reform des britischen Gewerkschaftsrechts.

Zwar hat die konservative Regierung unter Premierministerin Thatcher in der abgelaufenen vierjährigen Amtsperiode mit den sogenannten Employment Acts von 1980 und 1982 einige wesentliche Verbesserungen eingeführt. Aber die Achillesferse des britischen Gewerkschaftssystems bleibt die Tatsache, daß es praktisch keine demokratischen Verhaltensweisen bei wichtigen Wahl- und Abstimmungsprozessen gibt. Daher verwundert es nicht, daß dieser Punkt als zentrales Wahlkampfthema in das Manifest der konservativen Partei eingegangen ist.

Der dritte Teil der Gesetzesreform zur Einschränkung gewerkschaftlicher Macht und zur Einführung demokratischer Verhaltensweisen würde nach einem Tory-Wahlsieg voraussichtlich sehr rasch die parlamentarische Hürde nehmen und folgende drei Regeln vorschreiben:

- Die Gewerkschaftsführung wird jeweils von den Mitgliedern in geheimen Abstimmungen gewählt und in regelmäßigen Abständen bestätigt.
- Allen Streikaktionen gehen geheime Urabstimmungen voraus. Sollte dies nicht der Fall sein, wird die rechtliche Immunität der betreffenden Gewerkschaften automatisch aufgehoben.
- Die finanzielle Unterstützung der Labour-Partei durch die Gewerkschaften erfolgt auf freiwilliger Basis, nicht wie bisher durch vorwiegend zwangsweise Beitragszahlungen.

Die Regierung begründet die beabsichtigte und zum Teil eingeführte Verschärfung des Gewerkschaftsrechts damit, daß sich innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte eine gewerkschaftliche Organisationsstruktur etabliert habe, die man nicht mehr demokratisch bezeichnen könne. Obwohl die Ansichten von Gewerkschaftsführern und Mitgliedern häufig weit auseinanderklafften, würde die Meinung der Basis gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dies sei gerade im letzten Jahr deutlich geworden, als Gewerkschaftsfunktionäre in Spitzenpositionen gehoben worden sind, die nicht das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder besessen hätten. Angespielt wird damit unter anderem auf den militanten, extrem links orientierten Führer der Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill.

Im übrigen werden immer häufiger Streiks ausgerufen, obwohl die Basis keine genügende Streikbereitschaft signalisiert.

Ungewiß bleibt, wie die Gewerkschaften und etliche ihrer Mitglieder auf die Verschärfung des Gewerkschaftsrechts reagieren würden. Doch ist zu vermuten, daß sie angesichts einer Arbeitslosenzahl von mehr als drei Millionen und der Furcht vor weiteren Arbeitsplatzverlusten solchen Maßnahmen relativ hilflos gegenüber stehen.

Vom Dachverband TUC organisierte „Aktionstage" haben sich sowohl im vergangenen Jahr als auch im Jahr zuvor als Reinfall erwiesen. Hinzu kommt, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien auch im letzten Jahr wieder deutlich gesunken ist. Sie verringerte sich um 500 000 auf 10,5 Millionen, zwei Millionen weniger als die Rekord-Mitgliederzahl in 1979.

Die erste Gewerkschaftsreform 1980 hatte Einschränkungen beim sogenannten „closed shop" durchgesetzt, also beim Zwang zur Gewerkschafts-Mitgliedschaft in bestimmten Unternehmen. Danach stehen den aufgrund des „closed shop" entlassenen Mitarbeitern nicht unerhebliche Entschädigungszahlungen zu. Erlaubt sind außerdem nur noch maximal sechs Streikposten an jedem Fabriktor.

Aufgrund der zweiten Gesetzesreform wurde die Immunität der Gewerkschaften und ihrer Führer beschnitten, die künftig belangt und zu erheblichen Schadensersatz-Zahlungen herangezogen werden können. Erheblich ausgeweitet wurde darüber hinaus das Recht der Arbeitgeber, Streikende zu entlassen.

UNCTAD / Keine traditionelle Nord-Süd-Konferenz

Wege aus der Krise gesucht

IRENE ZÜCKER, Genf

Am Vorabend der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad VI), die vom 6. bis 30. Juni in Belgrad stattfindet, erläuterte Unctad-Generalsekretär Gamani Corea die für ihn wesentlichen Schritte zur Erholung und Entwicklung der Weltwirtschaft.

„Belgrad sollte keine traditionelle Nord-Süd-Konferenz werden, sondern vielmehr ein Treffen, um aus der internationalen Wirtschaftskrise herauszukommen. Konkret geht es darum, Wege zu finden, um in den Industrieländern die Wirtschaft neu anzukurbeln, bei gleichzeitiger Entwicklung der Dritten Welt", so Gamani Corea.

Um in der heutigen Krise sowohl die wirtschaftliche Talfahrt in den Entwicklungsländern sowie die Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern zu bekämpfen, schlägt Corea vor, das Steuer von einer „kurzsichtigen Inflationsbekämpfung" in Richtung einer wachstumsorientierten Überwindung der Rezession zu wenden.

Die Entwicklungsländer sollten als Handelspartner nicht unterschätzt werden, da sie über ein Drittel der Exporte aus Industrienationen abnehmen. Insbesondere bestehe eine direkte Verflechtung zwischen Norden und Süden in den Bereichen Rohstoff, Handel sowie Finanzen und Währung.

Konkrete Schritte seitens der Industrienationen wären gemäß Corea die Herabsetzung der Zinssätze in den USA, eine koordinierte Inflationsbekämpfung führender Staaten, die Stabilisierung der Wechselkurse und der Abbau von Handelshemmnissen.

Gamani Corea wiederholte die Unctad-Vorschläge, dem IWF sowie der Weltbank mehr Mittel zukommen zu lassen, und schlug vor, auch den privaten Kapitalmarkt zu erschließen. Zudem unterstützt Corea die von der Gruppe der 77 geforderten 30 Milliarden Dollar Sonderziehungsrechte für zwei Jahre. Trotzdem bleibt der Forderungskatalog des Unctad-Generalsekretärs bescheidener und ausgewogener als jener von Buenos Aires.

Kreditinstitute fusionieren

dos. Hannover

Die NKK Bank AG, Hannover, und die WKV Kredit-Bank GmbH in Frankfurt einschließlich ihrer hannoverschen Tochter WKV Waren-Kredit-Bank GmbH werden noch im laufenden Jahr fusionieren. Das erklärte Dietrich Nebelung, Vorstandssprecher der Berliner Bank AG, anläßlich der Eröffnung einer Niederlassung seines Instituts in Hannover. Die Berliner Bank ist an der NKK Bank mit gut 75 Prozent beteiligt.

Weitere Anteile halten die Norddeutsche Landesbank und einige freie Aktionäre; die NordLB-Beteiligung wird in den nächsten Monaten von der Berliner Bank, die dann rund 95 Prozent des Kapitals hält, übernommen.

Mit der Eingliederung der WKV, die voll im Besitz der Berliner Bank ist, in die NKK Bank ist die Aufstockung des Kapitals von derzeit 14 Mill. DM auf 28 Mill. DM vorgesehen. Der Sitz des fusionierten Instituts, das einen neuen Namen erhält, wird Hannover sein. Die Bilanzsumme der neuen Bank dürfte bei 1,5 Mrd. DM liegen.

Chile: Vorsichtige Stimulierung

rtr, Santiago

Die chilenische Regierung hat in der Nacht zum Samstag einige vorsichtige Maßnahmen zur Stimulierung wirtschaftlicher Aktivitäten verkündet. Finanzminister Carlos Caceres lehnte in einer Fernsehansprache allerdings entschiedenere Schritte mit der Begründung ab, dies wäre kontraproduktiv. Gelöst habe das Land für den Moment seine Schuldenprobleme, nachdem Auslandsbanken in einer großen Zahl positiv auf das Umschuldungsersuchen für 3,4 Milliarden Dollar an chilenischen Auslandsverbindlichkeiten reagiert hätten und auch neue Mittel zugesagt worden seien.

Die stimulierenden Maßnahmen werden laut Caceres durch den erhöhten Preis für Kupfer möglich, das Hauptexportgut des Landes. So sollen zusätzlich 4,5 Milliarden Pesos für öffentliche Arbeiten, den Wohnungsbau und das Gesundheitswesen in diesem Jahr ausgegeben werden. Die öffentlichen Zuschüsse für Firmen, die neue Arbeitskräfte einstellen, will die Regierung dem Minister zufolge ebenfalls anheben.

Wolff plädiert für Reform des EWS

Mk. Bonn

Für größere Bandbreiten im Europäischen Währungssystem EWS hat mit Nachdruck der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, am Wochenende plädiert. Ohne ein größeres Maß an Elastizität zerbreche der starre Währungsverbund an den auseinanderdriftenden Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer, erklärte Wolff auf dem Kongreß der Europa-Union in Mainz.

Wolff wies darauf hin, daß das Währungssystem, gedacht als entscheidende Klammer für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Europa, diese Hoffnung nicht erfüllt habe. Nationales Prestigedenken hätte rechtzeitige Kursanpassungen verhindert. Gleichzeitig sei immer wieder versucht worden, die durch die verzerrten Wechselkurse fehlgeleiteten Außenhandelsströme durch protektionistische Ersatzmaßnahmen zu bremsen. Solle das EWS wegen seines politischen Wertes erhalten bleiben, dann müsse es umgestaltet werden.

Ein erster richtiger Schritt wäre eine Ausdehnung der Bandbreite für alle beteiligten Währungen, wie sie im Verhältnis zu Italien mit sechs Prozent bereits vereinbart wurde. Dies würde es erlauben, im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche verschiedene Wege zu suchen und vor allem verhindern, daß das EWS weiterhin dem Aufbau protektionistischer Hürden in der EG Vorschub leiste.

Wolff, der die Routine der EG-Gipfeltagungen in Frage stellte, beklagte den fehlenden Mut zu politischen Entscheidungen. Dadurch erhielten Bürokratie und Verwaltung immer mehr Einfluß.

RENTENMARKT / Hoffnung aus der Schwäche

Der Zinsanstieg verunsichert

Wie die Aktienbörse litt in der vergangenen Woche auch der deutsche Rentenmarkt unter der US-Zinsentwicklung. Dort hat im Wochenverlauf der Tagesgeldsatz wieder die 9-Prozent-Marke überschritten. Daneben haben sich US-Äußerungen negativ ausgewirkt, auf mittlere Sicht die Kreditbremsen wieder anzuziehen, wenn das Geldmengenwachstum weiter so deutlich überschritten wird. Gegenüber der Vorwoche hat sich am deutschen Rentenmarkt der Zinsanstieg noch verstärkt. Wenn sich jedoch die deutsche Geldmengenentwicklung wieder dem Zielkorridor annähert und die Preisentwicklung weiter eine positive Tendenz aufweist, dürfte in den nächsten Monaten das Zinsniveau wieder niedriger sein. (Py.)

Emissionen	3.6. 83	27.5. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,63	7,30	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,40	7,14	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,92	7,47	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,62	7,39	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,89	7,48	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,55	7,10	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,37	8,02	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,86	7,46	7,68	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,01	7,82	8,45	10,32	8,32

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Einbußen bei Decken

Stuttgart (nl) – Bei der Calwer Decken- und Tuchfabriken AG, Calw, ist der Umsatz im Geschäftsjahr 1982 um 8,2 Prozent auf 61,9 Mill. DM zurückgegangen. Die Käuferzurückhaltung sei nach Angaben der Verwaltung im zweiten Halbjahr durch das heiße Sommerwetter verstärkt worden. Der Jahresüberschuß erhöhte sich dennoch um 0,5 Prozent auf 0,26 Mill. DM. Auf die Stammaktien werden unverändert 6 Prozent Dividende gezahlt.

Ellwanger & Geiger gewachsen

Stuttgart (nl) – Befriedigt äußert sich das Bankhaus Ellwanger & Geiger, Stuttgart, über die Geschäftsentwicklung in 1982. Bei einer um 4,4 Prozent auf 81,5 Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme vergrößerte sich das Kundenkreditvolumen um 5,3 Mill. auf 67,9 Mill. DM. Die Kundeneinlagen nahmen auf 68,9 (67,8) Mill. DM zu. Der Zinsüberschuß stieg um 21,2 Prozent. Die Gesellschafter erhalten knapp 21 Prozent Ausschüttung.

Bomin-Vergleich unklar

Bochum (VWD) – Gut vier Wochen nach Vergleichsanmeldung für vier Unternehmen der Bochumer Bomin-Mineralölgruppe ist immer noch nicht klar, ob das Verfahren eröffnet werden kann oder ob der Anschlußkonkurs eingeleitet werden muß. Ausschlaggebend sei, ob die Westdeutsche Landesbank durch Bereitstellung der notwendigen Mittel den Vergleich mittrage, erklärte der vorläufige Vergleichsverwalter Dr. Wulf Gerd Jonelett. Die Verbindlichkeiten der Unternehmensgruppe belaufen sich auf rund 275 Mill. DM.

Bremer Wolle gibt Bonus

Bremen (dpa/VWD) – Die Bremer Woll-Kämmerei AG (Bremen) verzeichnete 1982 einen Umsatzrückgang auf 184,5 (1981: 190,1) Mill. DM. Der Rohertrag schrumpfte auf 78,2 (84,4) Mill. DM. Nach Einstellung von 0,3 (1,0) Mill. DM in die freie Rücklage verbleiben unverändert 2,4 Mill. DM Bilanzgewinn. Der Hauptversammlung am 10. Juni schlägt die Verwaltung vor, 9 (12) Prozent Dividende sowie 3 Prozent Jubiläumsbonus zu zahlen.

BNA steigert Gewinn

Düsseldorf (Py.) – Die Banca Nazionale dell'Agricoltura (BNA), Rom, hat 1982 ihren Reingewinn von 32,5 auf 36 Mrd. Lire gesteigert. Die Einlagen erreichten 16 000 (13 870) Mrd. Lire, die Kreditvergaben – vorwiegend an kleine und mittlere Unternehmen neben dem traditionellen Agrarsektor – wuchsen auf knapp 4750 (4546) Mrd. Lire. Die Eigenmittel des Instituts betragen 550 Mrd. Lire.

Kühlhaus Zentrum im Plus

Hamburg (VWD) – Die Kühlhaus Zentrum AG, Hamburg, hat 1982 wieder schwarze Zahlen geschrieben; obwohl ein weiterer Abbau der eingelagerten Bestände und damit ein Umsatzrückgang um 15 Prozent auf 4,0 (4,7) Mill. DM hingenommen werden mußte, wird ein kleiner Jahresüberschuß ausgewiesen nach einem Verlust von 556 000 DM im Vorjahr. Zu dem positiven Abschluß haben die Erträge aus dem Verkauf des Verwaltungsgebäudes von 0,96 (0,09) Mill. DM, das langfristig zurückgemietet wurde, maßgeblich beigetragen.

BAHLSEN / Nicht unzufrieden mit „schwierigem Jahr"

Auslandsgeschäft nimmt zu

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die H. Bahlsens Keksfabrik KG, Hannover, die im Geschäftsjahr 1982 nennenswerte Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatte, setzt in verstärktem Maße auf das Auslandsgeschäft. Werner Bahlsen, geschäftsführender Gesellschafter des größten deutschen Dauerbackwaren-Herstellers, formulierte bei der Vorlage des Geschäftsberichts erneut das Ziel, den Anteil des Auslandsumsatzes innerhalb der Gruppe auf 50 Prozent zu erhöhen. Im Berichtsjahr erreichte diese Quote 40 (37,9) Prozent; rund die Hälfte des Auslandsumsatzes stamme aus deutscher Produktion.

Trotz des um 3 Prozent auf 1,33 (1,37) Mrd. DM geschrumpften Gruppenumsatzes – bei der Muttergesellschaft war der Rückgang mit 6 Prozent auf 803 (855) Mill. DM doppelt so stark – ist Bahlsen mit dem „für die Markenartikelindustrie schwierigen Jahr 1982" nicht unzufrieden. Mit einem Anteil von 25 Prozent habe das Unternehmen seine Spitzenstellung im deutschen Markt behaupten können.

Zum Ergebnis nennt Bahlsen traditionell keine Zahlen. Nach seinen Worten ist es aber gelungen, die Kostenstruktur wesentlich zu verbessern, so daß die Belastungen aus den geringeren Umsätzen, die höheren Aufwendungen für Rohstoffe, Energie und Frachten, vor allem aber die Auswirkungen des Sozialplans für Entlassungen im hannoverschen Stammwerk (1982: 5 Mill. DM) aufgefangen werden konnten. Der gezielte Abbau der Lagervorräte erlaubte es, die Verbindlichkeiten um 17. Mill. DM zu drücken und die liquiden Mittel um 5 Mill. DM zu erhöhen. Der Zinssaldo verbesserte sich um 1,8 Mill. DM, ist aber nach wie vor negativ.

Die bereits 1981 eingeleiteten Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen führten im Berichtsjahr zu einer drastischen Reduzierung der Belegschaft. Ende 1982 waren in der KG nur noch 5840 (6756) und in der Gruppe 10 663 (11 840) Mitarbeiter beschäftigt. Vom Personalabbau am stärksten betroffen war das älteste Bahlsen-Werk in Hannover; aber auch in anderen Bereichen wurden Anpassungsmaßnahmen wirksam. So verringerte sich die Zahl der Auslieferungsläger bundesweit um 7 auf 51. Ende 1983 will Bahlsen noch 29 solcher Läger unterhalten.

Die Aussichten für das laufende Jahr beurteilt Bahlsen zuversichtlich, wenngleich in der Branche nicht vor 1984 mit einem Aufschwung zu rechnen sei. Impulse verspricht sich das Unternehmen erneut vom Auslandsgeschäft, das 1983 um rund 8 Prozent wachsen soll. Im Inland dürfte der Umsatz das Vorjahresniveau erreichen. Wenngleich das Vordringen der Eigenmarken und der weißen Ware auf dem deutschen Dauerbackwarenmarkt Sorge bereitet, werde Bahlsen an der Qualitätspolitik festhalten. Preiserhöhungen stünden 1983 nicht zur Debatte, auch nicht angesichts der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung.

Abgesehen von Spanien entwickelten sich die ausländischen Tochtergesellschaften 1982 erfreulich. In besonderem Maße gelte dies für Frankreich und die USA. Die 1980 erworbene Austin Foods Co., die inzwischen mit der US-Vertriebsgesellschaft zur Bahlsen of America Inc. fusioniert wurde, realisierte einen Umsatz von 12 Mill. Dollar und verdiene gut. Im laufenden Jahr will Bahlsen die Investitionen auf dem hohen Niveau von 1982 halten. In der Gruppe sind 56 (55) Mill. DM geplant, im Inland rund 35 Mill. DM.

NORDSTERN-VERSICHERUNGEN / Abschied vom in Rückdeckung übernommenen Geschäft

Kunden profitieren von den höheren Überschüssen

HARALD POSNY, **Köln**

Die erfüllten und nicht erfüllten Erwartungen haben sich 1982 bei den Kölner Nordstern-Versicherungen in etwa die Waage gehalten. Die Nordstern Allgemeine, so gibt Vorstandsvorsitzender Claas Kleyboldt unumwunden zu, hat auch im letzten Jahr das erklärte Ziel, versicherungstechnische Gewinne zu erwirtschaften, nicht erreicht. Man ist dem Ziel aber einen weiteren Schritt näher gekommen, zumindest dann, wenn man die Verluste (11,4 nach 14,7 Mill. DM) vor Dotierung der Schwankungsrückstellung (siehe Tabelle) betrachtet und berücksichtigt, daß 1981 ein Überschuß von 2 Mill. DM aus Österreich einfloß.

Die Anfang 1982 erfolgte steuersparende Umwandlung der dortigen Niederlassung in eine 100-Prozent-Tochter, die Nordstern Versicherungs-AG, Wien, die 1982 ein Ergebnis nach Steuern von 7 Mill. DM thesaurierte, machte viele Vergleiche der beiden deutschen Gesellschaften mit dem Vorjahr schwierig:

Von acht ausgewiesenen Sparten haben sich zwar fünf zum Teil wesentlich (Allgemeine Haftpflicht, Hausrat sowie Transport, die sogar mit Pluszahlen verbessert, ebenso auffällig ist jedoch der Verlust in Unfall (0,1 nach 1,9 Mill. DM) sowie der Rückgang des Gewinns in der Kraftfahrt-Versicherung nach stagnierendem Beitragsvolumen von 11,1 auf 6,4 Mill. DM (alles nach Schwankungsrückstellung).

Erfreulich wiederum: Im direkten deutschen Geschäft wurde mit 3 Mill. DM erstmals seit Jahren wieder ein Gewinn erzielt. „Völlig unbefriedigend" (Kleyboldt) dagegen ist das in Rückdeckung übernommene Geschäft mit 10 (5,6) Mill. DM Verlust. Aus diesem auch künftig wenig aussichtsreichen Geschäft will sich Nordstern wegen fehlender Steuerungsmöglichkeiten allmählich zurückziehen.

In den „sonstigen Erträgen" sind jene 30,6 Mill. DM steuerfreier Buchgewinn aus der Umwandlung der Wiener Filiale enthalten, die den Jahresüberschuß auf 49 (11,7) Mill. DM steigen ließen. Davon gehen (einschließlich des vollen Österreich-Gewinns) 50 Prozent in die Rücklagen. Die Eigenkapitalausstattung macht dadurch einen großen Schritt nach vorn. Je 100-DM-Aktie werden wieder 10 (einschl. Steuergutschrift 15,63) DM gezahlt.

Wesentlich erfolgreicher als die Sachversicherung hat sich 1982 Nordstern Leben entwickelt, wenn auch das eingelöste Neugeschäft erneut Rückgänge verzeichnete. Am meisten profitieren die Versicherten selbst. Der um über 25 Prozent auf 146 Mill. DM gestiegene Bruttoüberschuß geht zu 98,3 (97,8) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Es wurden 63 Prozent mehr zugeführt als ihr für die laufende Gewinnbeteiligung entnommen werden mußten.

Die hohe Ertragskraft ermöglicht es der Gesellschaft, die Überschußbeteiligung nach 1980 zum zweiten Mal kräftig zu erhöhen. Das führt zu einer deutlichen Verbesserung der Versicherungsleistungen einer Kapitalversicherung je nach Vertragsdauer um 25 bis 30 Prozent, nach 12 Jahren um 35 Prozent. Nach 25 Jahren hat sie sich verdoppelt.

Nordstern Leben	1982	± %	
Versicherungsbestand (Mill. DM)	9765	+ 7,9	
Eingel. Neugeschäft	1129	– 2,1	
Beitragseinnahmen	331	– 2,3	
Aufw. f. Vers.-Fälle	133	+ 5,4	
Kapitalanlagen 1)	2857	+ 11,7	
Kapitalerträge 2)	206	+ 8,2	
Aufw. für Beitr.-Rückerst.	144	+ 19,6	
Rückst. für Beitr.-Rückerst.	362	+ 14,8	
	1982	1981	1980
Stornoquote 3)	4,2	3,9	3,2
Verw.-Kostenquote 4)	6,7	7,4	7,5
Abschl.-Kostenquote 5)	45,7	44,2	42,6
Überschußquote 6)	44,1	36,2	32,3

1) ohne Depotford.; 2) Durchschnittsrendite: 7,6 (7,4) Prozent; 3) Rückk.-Umwandl. in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; 4) sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; 5) in Promille d. eingel. Neugesch.; 6) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Nordstern Allgem.	1982	± %	
Bruttoprämie (Mill. DM)	977	+ 2,9	
Nettoprämie 1)	667	+ 0,8	
Aufw. f. Vers.-Fälle	469	+ 1,6	
Vers.-techn. Ergebnis 2)	– 17,0	(– 14,4)	
Kapitalanlagen 3)	1109	+ 0,8	
Kapitalerträge 4)	81	– 4,3	
in % d. verd. Beiträge	1982	1981	1980
Selbstbeh.-Quote (%)	68,3	69,7	68,8
Schadenquote	71,8	70,8	73,6
Verw.-Kostenquote	28,2	29,3	29,0
Rückstellg.-Quote 5)	137,1	140,3	145,3
Eigenkapitalquote	29,5	23,8	25,2

1) Brutto – minus Rückversicherungsbeitr.; 2) nach Zuführung (Entnahme) von 5,6 (0,3) zur (aus) Schwankungsrückstellung; 3) oh. Depotford.; 4) netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (8,3) Prozent; 5) vers.-techn. Rückstellg.

HAMBORNER

Rendite bleibt im Aufwärtstrend

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Um abermals 1 DM auf nun 7 DM erhöht die Hamborner Bergbau AG, Duisburg, ihre Dividende für 1982 (Hauptversammlung am 1. Juli). Das bis 1980 geltende Traditionsniveau von 5 DM Dividende wird offensichtlich nachhaltig verlassen. Denn seinen Aktionären (darunter die Familienholding Thyssen'sche Handelsgesellschaft mbH, Mülheim, mit über einem Viertel von 37,95 Mill. DM Aktienkapital) kündigt der Vorstand auch für 1983 ein „zufriedenstellendes" Ergebnis an.

Basis dafür sind bei diesem nur noch als Holding arbeitenden ehemaligen Bergbauunternehmen die wachsenden Erfolge aus der Umschichtung des schwach rentierenden Grundbesitzes in rentierlichere Immobilienobjekte. Sie konnten 1982 wegen des schwachen Grundstücksmarktes zwar nur mit dem Verkauf von 29 780 (249 000) qm fortgesetzt werden, die bei 5,7 (14,3) Mill. DM Erlös einen auf 6b-Rücklagen übertragenen Buchgewinn von 5 (12) Mill. DM brachten. Aber mit fünf weiteren gewerblichen Immobilienobjekten von zusammen 24,8 Mill. DM machten die Reinvestitionen seit der 1969 vollzogenen Abgabe des Bergbaus nun doch einen Sprung auf 106 (81) Mill. DM. Davon stehen wegen der jeweiligen Verrechnung von aufgelösten 6b-Rücklagen mit Abschreibungen nur 6 Mill. DM in der Bilanz.

Wachsende Erfolge dieser Reinvestition zeigen die 1982 auf 5,5 (4,6) Mill. DM erhöhten Miet- und Pachteinnahmen. Zusammen mit 3,7 (3) Mill. DM Beteiligungserträgen und insbesondere 5,9 (0,8) Mill. DM Zinsertragssaldo aus der auf 54 (7) Mill. DM angeschwollenen Barliquidität reichte das bequem aus, um den Jahresüberschuß im Einklang mit der Dividendenaufstockung auf 5,3 (4,6) Mill. DM zu erhöhen.

Bei solchem Einnahmesegen konnte die Holding 1982 auf die bisherige Praxis verzichten, die jetzt noch 15 Mill. DM „Buchgewinn-Reserve" aus der bis 1989 laufenden Tilgung der Einbringungsforderung gegenüber der Ruhrkohle AG mit der üblichen Jahres-Aufwertungsrate (1981 noch 2,4 Mill. DM) zu mobilisieren. Weit mehr als diese Ertragsreserve schlummert im großen Grundbesitz von 7,56 (7,57) Mill. qm der Holding, der neben rund 7 Mill. qm „Grünflächen" weiterhin noch 196 000 qm ungenutzte Gewerbefläche enthält.

Reiff erwartet weiteres Wachstum

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Die Reiff GmbH, Reutlingen, rechnet für 1983 in allen Geschäftsbereichen mit einem weiteren Wachstum. In 1982 hatte der Umsatz bei 135 Mill. DM stagniert.

Berücksichtigt man, daß Ende 1981 zwei Motorrad- und Autozubehörläden in Göppingen und Eßlingen geschlossen wurden, kommt man auf ein vergleichbares Umsatzwachstum von 3 Prozent. Im Reifenhandel erzielte Reiff ein Umsatzplus von 3,5 Prozent.

Darüber hinaus bedient Reiff als Zulieferer im technischen Handel mit rund 25 000 Artikeln praktisch alle Industriezweige. Hier kam das Unternehmen im Inland auf einen Umsatzzuwachs von 2 Prozent. Der Umsatzanteil des technischen Handels beläuft sich auf 37 Prozent. Das Ergebnis habe in beiden Bereichen nicht gehalten werden können.

RORENTO / Wertsteigerung um fast ein Drittel

Erfolgreiche Anlagepolitik

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die niederländische international in festverzinsliche Wertpapieren, vor allem Schuldverschreibungen, anlegende Rorento N. V., Curaçao, hat nach mehreren Erfolgsjahren auch das Geschäftsjahr 1982/83 (28. 2.) außerordentlich erfolgreich abgeschlossen. Nach einem Wertzuwachs in den beiden letzten Jahren von insgesamt 31,7 Prozent pro Aktie wurde im Berichtsjahr eine Wertsteigerung von 29,4 Prozent erzielt.

Da die Anlagegesellschaft nicht ausschüttet, sondern den Gewinn den Rücklagen zuweist, ist Gradmesser für die erfolgreiche Anlagepolitik der innere Wert der Aktie, der sich aus dem Anlageportefeuille zuzüglich der aufgelaufenen Zinseinkünfte zusammensetzt. Auf diesem Wert basiert schließlich auch der aktuelle Börsenkurs. Der innere Wert erhöhte sich um 26,8 Prozent auf 182,07 hfl, der Börsenkurs zum Stichtag auf 185,40 (143,30) hfl. Das Ergebnis von 42,10 hfl addiert sich aus 15,87 hfl Nettoeinnahmen und 26,23 hfl Kursgewinnen. Der Gewinnsaldo erhöhte sich auf 373 (260) Mill. hfl.

Auch das Vermögen wuchs, und zwar von 2,45 auf 4,28 Mrd. hfl, was sowohl eine Folge von Kurssteigerungen als auch der fortwährenden Nachfrage nach Rorento-Aktien im In- und Ausland war. Insgesamt wurden gut 6,4 Mill. neue Aktien im Gesamtwert von mehr als 1 Mrd. hfl ausgegeben.

Das Vermögen war ganz überwiegend in Gulden (38,8 Prozent) und in US-Dollar (32,2 Prozent) angelegt. Der Anteil der DM-Werte blieb mit 9 Prozent konstant.

HML-Bank hat 1982 gut verdient

dos. **Hannover**

Die HML-Bank Hallbaum, Maier & Co. AG Landkreditbank, Hannover, hat im Geschäftsjahr 1982 das gute Vorjahresergebnis noch deutlich übertroffen. Nach Angaben des Vorstands verbesserte sich der Zinsüberschuß um 22,5 Prozent auf 19,6 (16) Mill. DM; die Zinsmarge stieg auf 3,34 (3,02) Prozent. Aus dem Jahresüberschuß von 2,19 (0,35) Mill. DM wurden vorab 0,11 Mill. DM der gesetzlichen Rücklage zugewiesen. Der Bilanzgewinn von 2,09 läßt die Ausschüttung einer Dividende von 5,12 Prozent auf 25 Mill. DM Grundkapital und die Einstellung weiterer 0,44 Mill. DM in die gesetzliche Rücklage zu. Die HML-Bank hatte zuletzt für 1980 eine Dividende von 4 Prozent ausgeschüttet. Die Bilanzsumme des Instituts wuchs im Berichtsjahr auf 586,7 (528,1) Mill. DM. Das Kreditvolumen erhöhte sich auf 472,6 (441,6) Mill. DM.

NAMEN

Prof. Arved Deringer, Wettbewerbsjurist und Senior einer Kölner Anwaltssocietät, der von 1957 bis 1969 dem Deutschen Bundestag und von 1958 bis 1970 dem Europäischen Parlament angehört hat, wird am 5. Juni 70 Jahre.

Werner Krüger, ehemaliges Düsseldorfer Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, vollendet am 6. Juni das 75. Lebensjahr.

Dr. Egon Overbeck, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, gewählt worden. Er rückt an die Stelle des altershalber ausgeschiedenen **Dr. Hugo Rupf**, der zum Ehrenvorsitzenden des Hauses Voith ernannt wurde.

Paul-Heinz Queling, zuletzt Geschäftsführer der Faun-Vertrieb- und Kundendienst GmbH, Köln, ist zum Geschäftsführer der Geier GmbH, Bochum, ernannt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Von Ehen und Ehren: Zwei Problemstücke, nicht ohne Humor präsentiert

Den Zauber Asiens nach Berlin geholt

Ein thailändisches Sprichwort lautet: „Der Mann symbolisiert die Vorderbeine des Elefanten, die Frau die Hinterbeine." Die Vorderbeine: das ist Martin, ein etwa vierzigjähriger Speditionskaufmann aus Berlin. Während einer Geschäftsreise nach Thailand lernt er Somtjai kennen, die er nach seiner Rückkehr nach Deutschland nicht vergessen kann. Kurzentschlossen reist er wieder nach Thailand und heiratet die junge Frau. Aber die

Die Beine des Elefanten – ZDF, 21.20 Uhr

Partnerschaft, die in Martins Vorstellungen so märchenhaft schien, ist in der Realität starken Belastungsproben ausgesetzt. Sie treiben die Ehe in eine Krise, in der Hoffnung und Sorge um dieses sympathische Paar miteinander ringen.

Michael Günther, Autor und Regisseur dieses Fernsehspiels, hat die Handlung frei erfunden, sie orientiert sich jedoch in ihrem Inhalt an den Erzählungen und Erfahrungen von zwei, drei Dutzend Paaren. Daß die Geschichte in Berlin spielt, bedeutet nicht, daß nur Berliner Erfahrungen verarbeitet wurden. Auch aus anderen Städten und Kleinstädten wurden Berichte gesammelt, die – nach anfänglicher Reserve, weil die Thailänderinnen hier unter einer törichten Pauschalabstempelung oft mit Prostituierten in einen Topf geworfen werden – schließlich bereitwillig und liebenswürdig gegeben wurden.

Um hier gleich das üble Stichwort aufzugreifen: Prostitution ist offiziell in Thailand verboten; dennoch setzen sich zahlreiche Mädchen und Frauen über das Gesetz hinweg, weil es für sie die letzte Möglichkeit ist, ihre Familien zu unterstützen. Die zuvorkommende Freundlichkeit, ein Charakterzug thailändischer Wesensart, ist wohl für den internationalen „Sex-Tourismus" noch ein unfreiwilliger Anreiz, sich Freiheiten herauszunehmen, an die man zu Hause nicht denken würde.

Einige der für den Film befragten deutschen Männer gaben jedoch auch ganz unumwunden zu, ihre Partnerinnen „aus dem Milieu" geholt zu haben. Das funktioniert offenbar in einigen Fällen sehr gut, und Michael Günther hatte eine zeitlang mit dem Gedanken gespielt einen solchen Fall zu thematisieren. Das jedoch hätte die bestehenden Vorurteile von den „thailändischen Prostituierten" nur verstärkt, und so ließ er die Idee wieder fallen.

*

Die Entlarvung falschen Heldentums hat sich der polnische Regisseur Andrzej Munk in seinem 1957 entstandenen Film „Eroica" zum Thema genommen. Im Mittelpunkt steht der junge Pole Dzidzius, der sich – im Gegensatz zu manchen seiner Landsleute – nicht zum Helden geboren fühlt. Als er sich während des Warschauer Aufstands 1944 absetzen will, wird er unfreiwillig zum Pendler zwischen den Fronten.

Anders als er versuchen zur gleichen Zeit polnische Offiziere, in einem deutschen Kriegsgefangenenlager an alten Ehrbegriffen festzuhalten, untermauert durch Geschichten über die vermeintlich heldenhafte Flucht eines ihrer Oberstleutnants, der die Ehre des Offizierskorps gerettet haben soll. In Wirklichkeit hält er sich aber unter einem Dach versteckt, von einigen Mitwissern kümmerlich ernährt ... Der Film ist aus zwei Tei-

Eroica – ARD, 23.00 Uhr

len zusammengesetzt: „Scherzo alla polacca", das schlitzohrige Porträt des Drückebergers Dzidzius, und „Ostinato lugubre", die Beschreibung leerer Hierarchie-Rituale unter gefangenen polnischen Offizieren. Mit „Eroica" will Munk seine Zuschauer zur Reflexion längst veralteter Heldenattitüden bringen. Der Film setzt gezielt satirische Gegenbilder zur offiziellen Geschichtsschreibung und ist damit beispielhaft für das Werk Munks, der dem polnischen Film wichtige Impulse gegeben hat. Sein kritisches Engagement richtete sich gegen jegliches Heldenpathos. Munk starb, noch nicht vierzigjährig, 1961 an den Folgen eines schweren Autounfalls. DW.

KRITIK

Ermüdungserscheinungen eines Quizmasters

Da hat Kuli wieder aufatmen dürfen: Mit Mario hat's ein Kandidat geschafft, der es verdient hat. Was durchaus nicht immer so gewesen war in **Einer wird gewinnen** (ARD). Oft genug hatten da Einäugige verzweifelte Siege über Blinde errungen, zuweilen auch Blinde über Blinde. Und sei's ihnen auch gegönnt – das Publikum mit seinem Kuli hat's halt doch verdrossen. Denn gewinnen soll, wer „besser" ist.

Aber in dem begrenzten Taumel am glücklichen Ende erschöpfte sich diesmal Kulis Engagement. Auf Schritt und Tritt schien der Quizmaster nur bestrebt, den ganzen Zirkus anständig über die Runden zu bringen. Mit witzigen Pointen geizte er, an Show-Einlagen wurde gespart wie selten zuvor. Da war kein Schwung mehr drin, gar keiner mehr, mochten sich auch zwei Kandidaten mit hochgekrempelten Hosenbeinen unvorbereitet in Fußballakrobatik ergehen, während ihre Partnerinnen mit einer Unwissenheit glänzten, die geradezu einstudiert schien. Hängt dem Kuli am Ende diese überstrapazierte Sendung schon beim Halse raus, so daß er es für an der Zeit hält, zu zeigen, was sie wäre ohne den vollen, mit ganzer Seele mitspielenden Hans Joachim Kulenkampff?

Sie wäre in der Tat nichts mehr ohne ihn. Kaum hatte sich Kuli nämlich ein wenig innerlich zurückgezogen, da enthüllte sich auch schon die ganze Monotonie, der ganze tierische Ernst, die ganze stereotype Regelmäßigkeit und Langeweile dieser Sendung. Oder, anders gesagt: Diese Show steht und fällt mit Kuli, und wie es aussieht, fällt sie eher. Denn eben dies zeichnet das Unterhaltungstalent Kulenkampff vor allen anderen Show- und Quizmeistern des deutschen Fernsehens aus: Daß er es sich mit seiner schlagfertigen und witzigen Überlegenheit, garniert mit der Autorität des erfahrenen Onkels, leisten kann, mit dem Publikum auch ein wenig umzuspringen – einem Publikum, das es ihm mitnichten verargt, wenn es sich zuweilen veräppelt vorkommt, ja dies von Kuli geradezu als Unterhaltungselement erwartet.

Will Kuli mit seinem wenig engangierten Auftritt also vielleicht etwas rüde zeigen, daß es an der Zeit wäre, für ein Show-Talent wie ihn eine neue Bühne zu finden und für das Publikum eine neue Quiz-Sendung? Unrecht hätte er ja nicht. HERMANN A. GRIESSER



Mit großer Aufmerksamkeit sind im Südwestfunk die Passagen der Regierungserklärung von Ministerpräsident Bernhard Vogel vom 30. Mai 1983 im rheinland-pfälzischen Landtag aufgenommen worden, die sich mit der künftigen **Medienentwicklung** befassen. In einer ersten Stellungnahme begrüßt Intendant Willibald Hilf die Bereitschaft des Landes Rheinland-Pfalz, künftig Veränderungen infolge der technologischen Entwicklung behutsam anzugehen und grundlegende gesetzliche Maßnahmen erst nach Auswertung der Erfahrungen mit dem Kabelpilotprojekt Ludwigshafen anzustreben. Als besonders erfreulich bewertet Hilf die erneuerte Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zumal sie die Teilhabe an den neuen Medientechnologien einschließt, was Hilf als „richtig und notwendig" bezeichnet.

Die Regierungserklärung wirft darüber hinaus aber zahlreiche unbeantwortete Fragen auf, um deren Klärung der Südwestfunk sich bemühen werde. Dabei könne von der Bereitschaft des SWF ausgegangen werden, sowohl für das Satelliten- und das Kabelfernsehen als auch für die regionale, subregionale oder lokale Rundfunkberichterstattung zusätzliche Programmleistungen zu erbringen.

Die bisherigen Grenzen landesbezogener Berichterstattung seien durch den noch bestehenden Frequenzmangel und die finanziellen Möglichkeiten begründet, so daß dem Wunsch des Ministerpräsidenten, das Land Rheinland-Pfalz „profilierter darzustellen", grundsätzliche Berechtigung nicht abzusprechen sei. Es gebe nichts, was man nicht besser machen könne. Sofern diese Wendung allerdings als Kritik an den aktuellen Programmleistungen des Landesstudios Rheinland-Pfalz und seiner Außenstudios verstanden werden müsse, widerspricht der Intendant dem nachdrücklich. Im Rahmen seiner Möglichkeiten – und diese seien von Art und Umfang her nicht zu unterschätzen und im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern vorbildlich – erbringe das Landesstudio eine beachtlich hohe Informationsleistung für und über das Land.

Das Problem einer Neuordnung der Rundfunklandschaft im Sinne der Zusammenlegung von Rundfunkanstalten im Südwesten, wie sie der Ministerpräsident als eine offene Frage angeschnitten habe, bezeichnet Hilf im Hinblick auf das Abwarten des Pilotprojekts als nicht dringend aktuell.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ein Mann für alle Fälle
10.50 Zwischen Bettler und Millionär
12.40 Tagebuch
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 MM Montags-Markt
Ein Nachmittagsprogramm
Mit Petra Schürmann
Zu Gast: Margot Werner und „Geier Sturzflug" u. a.

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Abenteuer Bundesrepublik
Letzte Folge: Zur Lage der Nation

21.15 Unser Mann in Madagaskar
Reportage von Hans-Josef Dreckmann
Madagaskar, die Insel vor Südafrikas Ostküste, ist doppelt so groß wie die Bundesrepublik. Im Bewußtsein der meisten von uns existiert sie jedoch nur irgendwo am Rande der Welt. Im Mittelpunkt der Reportage von Hans Josef Dreckmann steht die tägliche Arbeit des deutschen Botschafters in Antamanarivo, der Hauptstadt Madagaskars. Er kümmert sich überwiegend um die deutschen Entwicklungshilfeprojekte im Lande. Auch die Feierabende der nur mit acht deutschen Mitarbeitern besetzten kleinen Botschaft sind Teil dieses Berichts.

21.45 Bitte umblättern
Mit Beiträgen von Albert Krogmann und Christoph Winter über US-Filmsternchen Pia Zadora, die Rockgruppe Supertramp und einem Besuch bei Anthony Perkins

22.30 Tagesthemen

23.00 Das Nacht-Studio
Eroica
Polnischer Spielfilm, 1957
Mit Barbara Polomska und Edward Dziewonski u. a.
Regie: Andrzej Munk

00.20 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Einführung in das Strafverfahrensrecht
8. Die Leute von nebenan
Rechte und Pflichten der Zeugen
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Lassie
Mach Dir keine Sorgen

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Marianne Croix

17.50 Ein Colt für alle Fälle
Schneetreiben, Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.25 Ein Colt für alle Fälle
Schneetreiben, Teil 2

19.00 heute

19.30 Ganz schön mutig
Gespräche und Geschichten mit Dieter Kürten und Gästen
Regie: Dieter Pröttel

20.15 Aus Forschung und Technik
Pariser Aero-Salon 1983
Bericht von Franz Buob
In jedem zweiten Jahr trifft sich in Paris die zivile und militärische Luftfahrtindustrie zur weltweit größten Luftfahrtschau. Die Sendung „Aus Forschung und Technik" beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand der Luftfahrttechnik und zukünftigen Entwicklungen auf diesem Gebiet. Paris zeigt auf jeden Fall einen Meilenstein in der Luftfahrttechnik.
Regie: Hans-Joachim Schulz

21.00 heute-journal

21.20 Das Fernsehspiel der Gegenwart
Die Beine des Elefanten
Mit Gerhard Olschewski und Viyada Umarin u. a.
Regie: Michael Günther

23.05 Zeugen des Jahrhunderts
Abstrakte Kunst nach 1945
Der Aufbruch im „Informel"
Fünf Maler im Gespräch mit Georg W. Költzsch

00.15 heute



Zum Helden ist er nicht geboren: Dzidzius (Edward Dziewonski), der gegen seinen Willen zum Widerstandskämpfer wird. (Eroica – ARD, 23.00 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (35)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Solo für Spaßvögel
Mit dem Clown-Duo Illi und Olli
20.45 Landesspiegel
Kapitän Bodo Schwier – Hochseefischer aus Ostwestfalen
21.15 Anruf erwünscht
... zur Sendereihe „Abenteuer Bundesrepublik"

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (9)
... wie wir uns verstehen
19.00 Antiquitäten in Serie (10)
19.15 Die Sprechstunde
Fasten – oder „einfach weniger"? Mit jedem Frühlingsanfang beginnt auch wieder das Ringen mit dem Übergewicht. Immer neue Diättabellen versprechen: „Ic[h mache] Dich schlank."
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
21.15 Leute
22.45 Mireille-Mathieu-Special
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Ausländer – Inländer (7)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
21.00 Drei aktuell
21.15 Die Schnüffler
22.00 Filmmagazin
22.50 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (35)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
Ein zweifelhafter Ruhm
20.20 Menschen unter uns
Film über freiwillige Helfer
21.20 Opas Weltraum-Utopien
Die flammende Folter
21.40 Jazz am Montagabend
George Gruntz – Christoph Lauer Quintett

BAYERN

18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Polizist Wäckerli
Schweiz. Spielfilm, 1955
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die ersten Menschen (7)
Werden wir überleben?
Dokumentationsreihe von Richard E. Leaky
22.50 Rundschau

Wir stehen weinend an den zerrissenen Saiten des verklungenen Spiels

Felix Wilhelm Lohmar

25. 10. 1925 29. 5. 1983

In tiefer Liebe
Stephan Lohmar
im Namen aller Angehörigen

Die Trauerfeier in Berlin findet am Freitag, dem 10. Juni 1983, um 12 Uhr auf dem Städtischen Landschaftsfriedhof Gatow, Maximilian-Kolbe-Straße 6, 1000 Berlin 22, statt.

Die Beerdigung ist am Mittwoch, dem 15. Juni 1983, in 6419 Eiterfeld 6, Ortsteil Buchenau, um 14 Uhr auf dem Friedhof an der Kirche.

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende an das Ev. Johannesstift, „Renovierung des Brüderhauses", Schönwalder Allee, 1000 Berlin 20, Postscheckkonto Berlin-West, Konto-Nr. 4343-108, Bankleitzahl 100 100 10, gebeten.

Tief erschüttert sind wir über den plötzlichen Tod unseres hochverehrten und geliebten Chefs

Prof. Dipl.-Ing.
Wilhelm Lohmar

Wir trauern sehr um ihn.

Die Mitarbeiter der Firma
F. & W. GROTH

Grünhofer Weg 10, 1000 Berlin 20

Wir trauern um

Prof. Dipl.-Ing. Wilhelm Lohmar

dem Inhaber der Firma F. & W. Groth

Seine ganze Arbeit, sein Streben und sein Einsatz galten seinem Lebenswerk und seinen Mitarbeitern. Seine unternehmerische Persönlichkeit prägte und bestimmte über 20 Jahre unser Unternehmen. Die Fortführung seines Werkes wird uns Verpflichtung sein.

F. & W. GROTH
Fabrik für Draht- und Eisenkonstruktionen

Grünhofer Weg 10, 1000 Berlin 20

Die Trauerfeier in Berlin findet am Freitag, dem 10. Juni 1983, um 12 Uhr auf dem Städtischen Landschaftsfriedhof Gatow, Maximilian-Kolbe-Straße 6, 1000 Berlin 22, statt.

Die Beerdigung ist am Mittwoch, dem 15. Juni 1983, in 6419 Eiterfeld 6, Ortsteil Buchenau, um 14 Uhr auf dem Friedhof an der Kirche.

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende an das Ev. Johannesstift, „Renovierung des Brüderhauses", Schönwalder Allee, 1000 Berlin 20, Postscheckkonto Berlin-West, Konto-Nr. 4343-108, Bankleitzahl 100 100 10, gebeten.

Statt Karten

Cläre Gräfer
geb. Schievelbusch

* 17. 3. 1898 † 1. 6. 1983

Die Verstorbene war mir über 50 Jahre eine treue Gattin und Lebensgefährtin. Sie wird mir unvergessen bleiben.

Dr. Albrecht Gräfer
Verwandte
und Freunde

4322 Sprockhövel 1, im Juni 1983
Bochumer Straße 31

Im Sinne der Verstorbenen hat die Bestattung in aller Stille stattgefunden. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Pankraz, H. Kohl und der Spaß am Regieren

Die ersten hundert Tage des zweiten Kabinetts Kohl gehen zu Ende, die publizistische Schonfrist für die neue Regierung läuft ab, aber nirgendwo werden laut vernehmlich die Messer gewetzt. Fast das Gegenteil ist der Fall: Kampagnen, die früh gestartet wurden, um den Kanzler in seinem Innersten zu treffen, so die „Birne"- und „Strohl"-Kampagne von „Konkret" und „Titanic", verlaufen wirkungslos im Sande. Helmut Kohl steht in einer Weise glänzend da, wie das kaum jemand vorher erwartet hätte. Und dabei hat er weder die innen- noch die außenpolitische Feuerprobe schon wirklich bestanden. Sein frisch erworbenes Prestige gründet sich weniger auf Taten als auf einen gewissen Stil des Regierens, den er vorführt und der den Leuten offenbar sehr gefällt.

Was ist das Geheimnis dieses Stils? Die Bilder aus Williamsburg haben es überdeutlich an den Tag gebracht. Sie boten den Anblick einer Premier- und Präsidentenrunde, in der jeder der Beteiligten sein Gesicht in möglichst strenge, staatsmännisch besorgte Falten legte, wie um zu zeigen, was für ein schweres Geschäft das Regieren sei und was für ein Opfer diejenigen brächten, die sich ihm widmeten. Einzig Helmut Kohl fiel aus dem Rahmen. Er strahlte ganz ungeniert spitzbübische Fröhlichkeit aus. Jeder konnte sehen (und sollte auch ruhig sehen), daß es ihm einen Heidenspaß machte, endlich oben zu sein und auf höchster internationaler Ebene fleißig mitzumischen. Hier war endlich einmal einer, der als Regierungschef aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, und das war ein ausgesprochenes Novum in der neueren Politikgeschichte.

Längst hat sich ja unter den Politikern eine ganz andere Praxis eingebürgert. Man ist eifrig bemüht, jeden Verdacht, daß man aus seinem Amt irgendwelchen Lustgewinn zöge, von vornherein abzuwehren. Zwar führt man teure und aufreibende Wahlkämpfe, um in das Amt hineinzukommen; ist man aber erst einmal drin, so gilt es, sich sofort als heiliges Opferlamm darzustellen, als Mann oder Frau, die sich im Dienste des Vaterlands und der Öffentlichkeit regelrecht verzehren, die kein Privatleben mehr haben, keine Freizeit und keine Freude am Leben, die sich vor allem „nicht zur Verantwortung drängten" und nun schwer an der Bürde dieser Verantwortung zu tragen haben.

„Man hat die Verantwortung, kann sie jedoch nicht mehr wahrnehmen", soll der Altbundeskanzler Helmut Schmidt gesagt haben. Er war während seiner Amtszeit bekannt als gnadenloser Kritiker der modernen demokratischen Entscheidungsprozesse oder jedenfalls ihrer ungesunden basisdemokratischen Deformation. Ein gut Teil seines Tages, so klagte er, gehe damit drauf, daß er seine Absichten und Entscheidungen vor irgendwelchen Gremien zu erklären und zu rechtfertigen habe, daß er dämlichen, ignoranten und unzuständigen Fragereien und Zumutungen ausgesetzt werde und zu alledem auch noch gute Miene machen müsse. Unter solchen Bedingungen könne das Regieren tatsächlich keinen Spaß mehr machen.

Gilt das nur für Niedergangsperioden von Regierungen oder für demokratische Regierungen überhaupt? Unzweifelhaft ist der Machtgenuß der Regierenden in der parlamentarischen Demokratie ja tatsächlich beträchtlich eingeschränkt. Von einer Entscheidungsgewalt über Leben oder Tod, wie sie Tyrannen für sich in Anspruch nehmen, kann keine Rede sein, nicht einmal von einer Entscheidungsgewalt über Bohnenkaffee oder Malzkaffee. Man bewegt sich streng im Rahmen parlamentarisch bestimmter Gesetze, steht unter der Kontrolle einer mißtrauischen Presse, und dauernd melden sich diverse Ausschüsse, Fraktionen, Rechnungshöfe, um sich einzumischen und einem das Leben schwer zu machen.

Hinzu kommt, daß sich das Regieren auch materiell nicht mehr auszahlt. Man ist nicht, wie in kommunistischen Diktaturen, Angehöriger einer hochprivilegierten Nomenklatura, es gibt für den Regierungschef keine Sonderläden und keine abgegrenzten Wohnbezirke, und viele, viele Leute im Lande sind wahrhaftig reicher als er. Und gerade in materiellen Dingen wacht die Öffentlichkeit in Demokratien wie ein Luchs darüber, daß die Regierenden ihr Amt nicht „zur Bereicherung mißbrauchen"; da gibt es zahlreiche ganz harmlos scheinende Fallen, in die man arglos hineintappen kann. Der Ruf der persönlichen Integrität ist im Nu verspielt.

Dennoch ist das Regieren auch in der Demokratie, bei einigermaßen erfolgreicher Politik, kein Martyrium und keine Marterstrecke. Speziell die Macht von Nummer eins, die Macht des Kanzlers, ist groß. Er kann Karrieren aufbauen oder auch beenden, er hat – was außerordentlich wichtig ist im Zeitalter der Information – einen Informationsvorsprung auf fast allen wichtigen Feldern, er wird informationstechnisch optimal und reibungslos bedient und kann seine Informiertheit optimal nutzen, um Fraktionen und Paladine in Schach zu halten und die Dinge in seinem Sinn zu lenken. Er ist Tag für Tag überlebensgroß in den Medien, sein Ruhm geht leicht um die Welt, er nistet in den Hirnen und Herzen der Massen wie vor ihm kein Kaiser oder Großtyrann.

Viel Ursache also, sich dieses Amtes zu freuen und in ihm die Erfüllung des Lebens zu finden. Der gegenwärtige Erfolg von Helmut Kohl zeigt, daß das Volk Kanzler mag, die mit Freudigkeit regieren und mit ihrer Freude nicht hinter dem Berg halten. Es deutet die Freude als Zeichen der Anwesenheit von „Karma", des uralten Herrschersegens, den jeder Regierende braucht, um glücklich über die Runden zu kommen, große Dinge anzupakken, durchzustehen und am Ende zu meistern.

Pankraz

Stück von C. Brückner

Statt des Kokons die Matratze

Ordnung ist das halbe Leben, aber jetzt wird's endlich Zeit für die zweite Hälfte, sagt sich Wiepe Bertram nach dem Tod ihres Mannes, des Jura-Professors mit Spezialgebiet Ehe- und Scheidungsrecht, der sich pikanterweise postum als leistungsstarker Seitenspringer entpuppt. Seine Frau will sich nun gewissermaßen rächen. Zum Entsetzen ihrer Verwandten streift sie den Kokon der Gutbürgerlichkeit ab und flippt auf ihre alten Tage aus, tauscht den gutmöblierten Alltag einer Beamtenwitwe ein gegen eine flotte Hippiewohnung mit Matratze, Felldecke und Hängematte, pflegt den Umgang mit nichtstandesgemäßen Leuten und tritt so endlich aus dem Schatten ihres „Meisters Bertram".

„Der Kokon oder die Verpuppung der Wiepe Bertram" heißt nämlich Christine Brückners Theaterstück, dem ihr Roman „Die Zeit der Leoniden" zugrunde liegt und das im Aachener Grenzlandtheater uraufgeführt wurde. Der Abend hinterläßt gemischte Gefühle. Das Spiel, das als Komödie beginnt, wird im zweiten Teil beinahe zur Tragödie, ohne daß das Stück zur Tragikomödie veredelt würde. Die Genres geraten schon durcheinander.

Der zweite tragische Teil erweist sich zudem als dramaturgisch arg dünn. Man spürt die Länge der Angelegenheit, erkennt die Lustlosigkeit, mit der die Situationen arrangiert sind. Das Interesse Christine Brückners konzentriert sich einzig und allein auf die Hauptperson, die von Elfriede Kuzmany denn auch sehr anrührend gespielt wird. Wie sie allmählich ein eigenes Ich findet und sich aus dem beklemmenden Schutz ihrer nur auf den eigenen Vorteil bedachten Angehörigen befreit, stellt die Schauspielerin nachdrücklich dar – aber gegen den grotesken Hosenanzug, den man ihr im dritten Bild verpaßt, hätte sie sich wehren sollen.



Flippt auf ihre alten Tage aus: Elfriede Kuzmany als Witwe Bertram (Mitte) in der Aachener Uraufführung des Brückner-Stückes. FOTO: DIE WELT

Recht plastisch, immerhin, kommen noch die beiden so unterschiedlichen Töchter heraus, die eine von abschreckender Mütterlichkeit (Ortrud Spahlinger), die andere von kühler Karrierebedachtheit (Renate Clair). Die anderen Rollen sind dagegen zu schlimmen Stereotypen verkümmert – der polternde Regisseur, in den sich Wiepe verliebt (Hans E. Schons), oder der Jurist Kölner (Joachim Konrad), den man nicht einmal als Karikatur ernstnehmen kann.

Christine Brückner ist eine Erzählerin von Graden, aber Bühnendialoge sind ihre Sache nicht – da raschelt das Papier mitunter doch sehr laut. Worte, die sich im Druck sehr gut lesen, sind eben nicht notwendigerweise auch schon bühnenwirksam. Ob der „Kokon" nach seinem Debüt den Weg in die großen Häuser finden wird, muß man leider bezweifeln.

RAINER NOLDEN

Fortsetzung der Evolution mit friedlichen Mitteln – Das große Hearing mit Karl Popper in Wien

Demokratie garantiert keine Freiheit

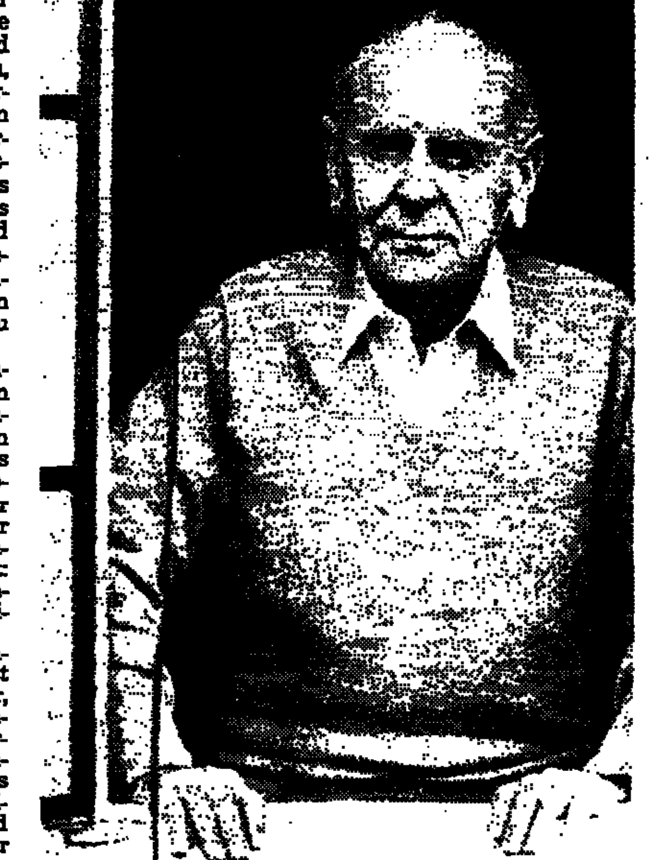
„Wie definieren Sie Gewalt, Herr Professor Popper?" So lautete eine der vielen Fragen während einer großen Fernsehdiskussion, die die Stadt Wien und der österreichische Rundfunk mit dem weltberühmten Philosophen veranstalteten. „Wenn Sie nicht wissen, was Gewalt ist, werden Sie es auch nicht verstehen, wenn ich es definiere", antwortete Sir Karl und bekundete so seine Abneigung gegen hochtrabende Pseudo-Genauigkeit, der es häufig nur darum geht, Gegner zum Schweigen zu bringen, statt Probleme zu lösen.

Mit Charme und Humor präsentierte und erläuterte der 1902 in Wien geborene Philosoph, der heute bei London lebt, seine Theorien den etwa 300 Teilnehmern des Symposions, darunter Philosophen und Wissenschaftler aus aller Welt. Der Verfasser der „Logik der Forschung" begann mit einem klaren Bekenntnis zur Wissenschaft: Wenn überhaupt etwas, dann könne nur sie uns aus der gegenwärtigen „Schlamastik" heraushelfen.

Popper vertraut der Wissenschaft aber keineswegs blind, er ist kein Szientist, vielmehr betont er, daß die Wissenschaft als Menschenwerk fehlbar sei und ihre Ergebnisse leicht mißbräuchlich angewendet werden könnten. Alles Lernen – tierisches und menschliches – und alle Wissenschaft sind für ihn aktive Untersuchungen der Welt, niemals bloß passives „Verdauen" von Sinnesdaten. Der Hauptvorteil Einsteins gegenüber einer Amöbe sei die *Sprache*: Durch sie könne er sich Distanz zu seinen Theorien verschaffen, könne er sie aktiv kritisieren und verbessern, könne er aus seinen Irrtümern lernen, statt mit seinem Leben für sie bezahlen zu müssen.

Hauptthese der Wissenschaftstheorie Poppers ist, daß wir Theorien erfinden, sie selbst oder zusammen mit anderen kritisieren und widerlegen, um dann mit neu erfundenen und vielleicht besseren Theorien ebenso zu verfahren. Popper will den Wissenschaftlern normativ Rat geben, und sein wichtigster Rat ist: „Sei und bleib kritisch."

Um dem Menschen und seinen Kulturschöpfungen gerecht zu werden, unterscheidet Popper zwischen drei Welten: Welt 1 ist die gewöhnliche physische Welt, der auch die Menschen als körperliche Wesen angehören; Welt 2 ist die Welt der subjektiven Erlebnisse, der Gefühle, Hoffnungen u. ä.; Welt 3 enthält die abstrakten Produkte menschlichen Geistes, wie z. B. (wahre oder falsche) Sätze, Probleme, Theorien. Durch die Vermittlung von Welt 2 kann sie auf Welt 1 einwirken.



Ein kritischer Optimist plädiert für Bescheidenheit: Karl Popper in Wien. FOTO: CAMERA PRESS

Neu an Poppers Auffassung ist vor allem seine Berücksichtigung des Darwinismus und der Sprache. Probleme wie die Frage, ob und wie die Seele auf den Körper einwirken könne und umgekehrt, ob alle Ereignisse der Zukunft determiniert sind oder nicht, werden durch die Lehre von den drei Welten vielleicht nicht gelöst, erscheinen aber in einem neuen Licht. Der Hirnphysiologe Seitelberger knüpfte jetzt in Wien daran an und führte aus, der Prozeß der Produktion und Auslese von Theorien sei kein biologischer mehr, sondern ein kultureller. Den Menschen auf sein Gehirn zu reduzieren sei unzulässig. Der Philosoph Gerhard Vollmer (Gießen) hingegen hielt die Auffassung, daß Leib und Seele das selbe seien, für einen fruchtbaren Ausgangspunkt.

Poppers Drei-Welten-Lehre erlaubt gewissermaßen eine Fortsetzung der Evolution mit friedlichen Mitteln: die kulturelle Evolution, in der wir falsche Theorien durch bessere ersetzen können, statt ihre Anhänger umzubringen. Ihre wichtigste Voraussetzung, die menschliche Sprache mit ihrer überaus wichtigen Funktion, Sachverhalte richtig oder falsch darstellen zu können, habe die Natur selbst geschaffen, sagte Popper. Rationalität und Frieden stünden also keineswegs im Gegensatz zur Natur, oder zum Kampf ums Dasein.

Popper, ständiger hochgeschätzter Gesprächspartner führender Politiker, ist überzeugt, daß wir im Westen heute in der relativ freiesten und gerechtesten Welt leben, die es je gegeben hat. Natürlich könne und müsse sie verbessert werden, aber es sei ein Unglück, daß viele Intellektuelle glaubten, in einer elenden Welt zu leben, und verantwortungslos, daß sie diese Überzeugung der Jugend geradezu einimpften. Junge Weltverbesserer könnten so möglicherweise zum Terrorismus verleitet werden. Entscheidend an der Demokratie sei der unblutige Regierungswechsel.

Gerard Radnitzky (Trier) hakte hier ein und vertrat die These, daß die Demokratie als formale Methode Freiheit nicht garantiere und auch mißbraucht werden könne. Ausufernde Staatstätigkeit unterspüle die Fundamente der Marktwirtschaft (z. B. die Leistungsbereitschaft) und damit der offenen Gesellschaft. Poppers Anerkennung menschlicher Fehlbarkeit sei also für Sozialphilosophie und Wissenschaftstheorie von größter Bedeutung.

Für Popper sind zu viele ungeeignete Lehrer in der Schule regelrecht gefangen. Mehr Fluktuation unter den Lehrern sei nötig, damit nicht verbitterte Erzieher die Kinder unglücklich machten. Außerdem überhäufe man die Kinder mit Antworten, nach denen sie nicht gefragt hätten, ihre Fragen aber beantworte man nicht: Antworten ohne Fragen und Fragen ohne Antworten, das sei heute leider die dominierende Pädagogik.

Der Mediziner Alexander Petrovic (Straßburg) bezeichnete das Vertuschen von Fehlern als die größte Sünde, vor der aber der „heilige Popper" bewahre. William W. Bartley (Hayward) vertrat die Ansicht, Poppers Marx-Kritik sei durch die „Pariser Manuskripte" des jungen Marx keineswegs entkräftet, da diese fahrlässig aufgebauscht worden seien, obwohl ihr theoretischer Gehalt sehr gering sei. Peter Michael Lingens (Chefredakteur von „profil") kritisierte seine Zunft, vorschnell bestimmte Mißstände zu „Systemkrisen" hochzustilisieren und so durch Abwertung grundsätzlich funktionierender Institutionen die offene Gesellschaft zu unterminieren. Die Gesellschaft nicht „krank zu jammern" forderte auch Norbert Leser (Salzburg).

Die Wiener Diskussion ließ ein höchst lebendiges Bild des kritischen Optimisten Karl Popper entstehen, der, wie er sagt, den Rest seines Lebens der Aufgabe gewidmet hat, „Propaganda für mehr Bescheidenheit" zu machen und uns daran zu erinnern, daß wir nichts wissen und uns nichts vormachen dürfen. Der aber auch glaubt, daß wir in einer wunderschönen Welt leben, die wir kultivieren können, auch wenn viele Versuche dazu scheitern mögen.

KLAUS PÄHLER

Wie krank war Hölderlin wirklich? Bohrende Fragen auf einer internationalen Tagung in Frankfurt

Den Dichter auf die Drehmaschine geschnallt

Friedrich Hölderlin, der erst von Stefan George und seinen Jüngern wiederentdeckte Lyriker, wird immer mehr zum Gegenstand einer fast mystischen Faszination. Morgen jährt sich zum 140. Male sein Todestag. Aber noch immer, so meinen seine engagiertesten Interpreten, ist sein Werk nur zum Teil entschlüsselt.

Die neue Rezeptionsphase unterscheidet sich deutlich von derjenigen, die mit dem Namen des Franzosen Pierre Bertaux verbunden ist. Er hatte in Hölderlin den Jakobiner gesehen und damit eine im Gefolge der 68er Unruhe an den Hochschulen modisch wirkende Politisierung des Dichters eingeleitet. Gleichzeitig freilich hatte er auch mit seinen Zweifeln an der Schizophrenie Hölderlins den Grund zu der neuen Hölderlin-Deutung gelegt.

Inspiriert wurde die neue Sehweise vor allem durch den Bremer Autodidakten D. E. Sattler, der mit seiner kritischen Gesamtausgabe der Werke des Dichters unkonventionelle Wege eingeschlagen hat. Dabei werden nicht nur bisher für unentzifferbar geltende Aufzeichnungen, sondern auch sämtliche Varianten der Handschriften in vergleichendem Abdruck erschlossen.

Für die Universität und das Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt war die jüngste Trendwende in der Hölderlin-Rezeption jetzt Anlaß für ein öffentliches Kolloquium unter der dem Titel „Hölderlin heute". Neben Bertaux und Sattler wurden dafür auch Hölderlin-Experten wie die Schriftsteller Michael Hamburger (Saxmundham) und Peter Härtling (Walldorf), der Psychiater Helm Stierlin (Heidelberg) und der Germanist Bernhard Böschenstein (Genf) gewonnen.

D. E. Sattler gab eine Vorschau auf seine neue Interpretation des Spätwerks, das er nicht mehr als Zeugnis des Wahnsinns, sondern eines höheren „Wahrsinns" des Dichters versteht. Die zunehmende „Beruhigtheit" der Dichtungen dieser Zeit sieht er als Ausdruck eines willentlichen „Regresses", der den „Progreß" im Schaffen Hölderlins „spiegelverkehrt durchläuft und richtigstellt". In der Stille und zurückgenommenen Metaphorik der späten Naturgedichte werde die Landschaft zum Schauplatz heroischer intellektueller Entwürfe ähnlich den Bildern Caspar David Friedrichs.

Hielt sich diese Deutung durchaus in den Konventionen der neuen Hölderlin-Religiosität, so rührte der Tübinger Germanist Dietrich Uffhausen an die Tabus der Glaubensgemeinschaft, als er von neuen Erkenntnissen über den Krankheitsverlauf des Dichters berichtete. Hier war zum Schrecken der Anhänger der „Wahrsinns"-Theorie von einer falsch behandelten „Krätzmanie" die Rede, was in heutigem Medizinerdeutsch nichts anders als „Milbenbefall" bedeuten würde.

Zu dieser Einschätzung ist Uffhausen aufgrund einer Tübinger Dissertation von 1982 gelangt, in der zum erstenmal die handschriftlichen Aufzeichnungen des Arztes Ferdinand von Autenrieth entziffert worden sind, in dessen Tübinger Nervenklinik Hölderlin am 15. September 1806 auf Betreiben seiner Mutter eingeliefert worden ist. Diese Aufzeichnungen räumen vor allem mit der Vorstellung auf, daß der Kranke vergleichsweise „humanen" Behandlungsmethoden ausgesetzt gewesen ist. Berichtet wird statt dessen von Prügeln, stärksten Drogen, einer „Gesichtsmaske" zur Ruhigstellung von Tobenden, einer Drehmaschine, auf der Patienten bis zu Blutungen geschleudert wurden und einer Vorstufe von Elektroschocks.

Absicht sei gewesen, den Willen des Patienten zu brechen. Danach seien Medikamente eingesetzt worden, die künstlich Fieber, Magenentzündungen bis zu Blut im Stuhl sowie Blasen auf der Haut erzeugen sollten.

Uffhausens These: Hölderlin sei erst durch diese Behandlung „gebrochen, physisch und geistig verwirrt" worden, fand in Frankfurt lebhaften Widerspruch. Für die Gemeinde, die sich ihren Dichter nicht dem „heiligen Wahnsinn" entrücken lassen wollte, renkte erst Peter Härtling die Welt wieder ein. Er werde, sagte der *Hölderlin*-Biograph, aufs neue beginnen, Hölderlin zu lesen.

DANKWART GURATZSCH

Jon Vickers und Carlo Bergonzi: Wiedersehen mit zwei großen Tenören

Die Arien in die Luft gemeißelt

Die schwere, rauhe Tenorstimme ist unverwechselbar noch immer. Sie dringt durch mit kehligem Klagelaut – „in die Tiefen des Herzens", wie es vom Florestan in Beethovens „Fidelio" ja auch gesagt wird. Mit eben dieser Partie kehrte der kanadische Tenor Jon Vickers, seit Jahr und Tag nicht mehr in Deutschland zu hören, zu zwei Gastspielen an der Kölner Oper ein.

Er ist 56 inzwischen, macht sich rar überall. Doch an Kraft hat die Stimme nicht verloren. Sie hat an Ausdrucksreichtum womöglich gewonnen. Rezitativ und Arie im Kerker gestaltet Vickers auf jene beklemmende Art, die erschauern macht. Mit Beethovens Noten und Vickers' humanistischem Ethos wird in wenigen Takten dieses GULag-Schicksal des 18. Jahrhunderts umrissen. Das ist ein fortwirkendes Erlebnis.

Die Stretta-Höhenflüge zum „himmlischen Reich", der Überschwang des Jubelfinales, sind die Domäne von Vickers' ja immer schon leicht brüchig klingender Stimme nie gewesen. Und wahrhaftig: Wie könnte ein von Marter Gezeichneter auch auf eins, zwei zum stromlinienförmigen Belcantisten werden! Vickers' Florestan bleibt Opfer, auch zuletzt. Das sieht und hört man mit Bewegung.

Ein Sonderling ist Vickers stets gewesen. Er hörte vor Jahren auf, den „unmoralischen" Tannhäuser Wagners zu singen – aus religiöser Überzeugung, die ihm den Herodes in der „Salome" ebenso verbietet. Er blieb Tristan und Othello, war Parsifal und wurde zuletzt sogar Brittens Peter Grimes: immer auf der Suche nach Partien, in denen die Leiden des Menschen am Leben umschrieben waren. Das ist es, was Jon Vickers interessiert, nie der Glanz und der schöne Schein der Oper.

Dafür taugt er, mit seinem Reibeisen in der Kehle, wohl auch schlecht. Aber daß Singen nicht nur mehr, sondern etwas ganz anderes sein kann als das Produzieren schöner Töne, das hat er mit seinen Gastspielen in Erinnerung gerufen.

Bth.

*

Er ist (und bleibt wohl auch noch eine Weile) der Signor Commendatore des tenoralen Verdi-Gesangs. Carlo Bergonzi, zu Gast in Schwetzingens Opern-Schatulle, verwechselt zwar das bezaubernde Rokoko-Theaterchen mit der Arena von Verona und stemmt Arien und Canzonen aus sich heraus, daß einem die Ohren dröhnen, aber selbst mit 59 Jahren steht ihm der Singweizen noch immer prächtig im Halm. Mag die Singkultur auch mit den Jahren ein bißchen hingewelkt sein, die Stimme hagerer klingen, an Singkunst nimmt es neben ihm noch immer so schnell keiner auf.

Er legt das anhand einer Arie aus „Il Corsaro" dar, deren formalen Aufriß er geradezu in die Luft meißelt. In immer neuen Anläufen und Abschwüngen führt er die Gesangslinie strikt ihrem Höhepunkt zu, kostet ihn aus, setzt ihn glänzend in Szene. Verdis virile, immer auch etwas proletisch schlagkräftige Frühform der Tenor-Arie verlangt eine Pointierungskunst, in der gerade Bergonzi ein Meister ist.

Überraschend auch, wie zärtlich und wohlklingend, mit den feinsten Mezza-voce-Effekten, Bergonzi einen frühen Italiener wie Giulio Caccini zu singen verstand, ein Belcantist der reichen Stimm-Mittel noch immer. Einige pädagogische Fähigkeiten vorausgesetzt, müßte Bergonzi ein prachtvoller Lehrer sein, jedenfalls liefert er am laufenden Band Lehrstoff in der Singkunst im Gewand eines Konzerts.

Freilich kann man von ihm auch lernen, was man als junger Sänger tunlichst doch meiden sollte: einen Begleiter zum Beispiel wie Eduardo Moeller, der das Klavier schlug, als habe er an beiden Händen nur Daumen. Aber auch den Salonpiecen des Singens, den schmachtend hinschwadronierten Canzonen mit ihrem üppigen Schwellen, ihrer Lautstärke und ihren abrupten Aufschwüngen ins Falsett hätte Bergonzi wohl geschmackvoller beikommen können, als er es zum Jubel des Publikums tat. Das war vor dem ersten Ton schon außer Rand und Band mit ohrensprengendem Bravo-Geschrei: Fußball-Fans des Singens sozusagen beim Elf-Meter-Schießen ins Arientor.

gtl.



Mit einem Reibeisen in der Kehle: Der Kanadier Jon Vickers



Der Signor Commendatore des Verdi-Gesangs: der Italiener Carlo Bergonzi. FOTOS: TIMPE

JOURNAL

Deutsches Kulturfestival in Japan geplant

dpa, **Tokio**

Japan wird im nächsten Jahr ein deutsches Kulturfestival erleben, das im Umfang und von den Kosten her beispiellos ist. Unter dem Motto „Deutsches Festival Japan '84" koordiniert das Goethe-Institut in Tokio ein Programm von Musik- und Ballett-Darbietungen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Symposien. Das vermutlich 15 Millionen Mark teure Projekt wird von deutschen und japanischen Institutionen finanziert.

Höhepunkt des „Deutschen Jahres" sind Auftritte der Hamburgischen Staatsoper und des Balletts des Württembergischen Staatstheaters Stuttgart. Bei den Musikdarbietungen ragen die Berliner Philharmoniker mit Herbert von Karajan und das Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks hervor. Das Germanische Nationalmuseum Nürnberg zeigt „Kunst und Kultur des deutschen Mittelalters". Weitere Ausstellungen gelten dem deutschen Expressionismus, der zeitgenössischen Malerei und Plastik und der Goldschmiedekunst. In der umfangreichsten deutschen Filmretrospektive, die je in Japan stattgefunden hat, werden die 150 wichtigsten Filme der deutschen Filmgeschichte mit japanischen Untertiteln vorgeführt.

Konstruktionslabor in Karlsruhe eröffnet

dpa, **Karlsruhe**

Im Kernforschungszentrum Karlsruhe hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ein Labor für rechnergestützte Entwicklung und Konstruktion („CADCAM") eröffnet. Riesenhuber sagte bei der Einweihung, daß mit dem von Bonn geförderten Projekt der computergesteuerten Fertigungstechnik bundesweit und international ein Spitzenplatz gesichert werden soll. Es sei der falsche Weg, wenn sich ausgezeichnete Ergebnisse deutscher Grundlagenforschung nicht im eigenen Lande, sondern beispielsweise in japanischer Fertigungstechnologie wiederfänden.

Grass Präsident der Akademie der Künste

PHG. **Berlin**

Die Mitgliederversammlung der Akademie der Künste hat am Wochenende in Berlin, wie erwartet, den Schriftsteller, Bildhauer und Grafiker Günter Grass für die nächsten drei Jahre als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Architekten Werner Düttmann, der fast zwölf Jahre amtiert hatte, zum Präsidenten gewählt. Etwa 80 der rund 200 Mitglieder aus dem In- und Ausland nahmen an der Wahl teil. Stellvertreter wird der Bildhauer Rolf Szymanski, bisheriger Direktor der Abteilung Bildende Kunst. Sein Nachfolger in dieser Funktion wird der Direktor der Berlinischen Galerie, Prof. Eberhard Roters.

Neues Stück von Dürrenmatt: „Achterloo"

C. R. **Zürich**

Friedrich Dürrenmatt ist soeben dabei, ein neues Stück zu vollenden, das er „Achterloo" betitelt hat. Es wird noch in diesem Herbst im Schauspielhaus Zürich uraufgeführt. Ferner bringt das Schauspielhaus die Uraufführung eines neuen Stückes von Thomas Brasch sowie die Uraufführung eines Stückes von Fritz Herzmanovsky-Orlando, das den seltsamen Titel „Baby Wallenstein oder Hamlet, der Osterhase" trägt.

Wettbewerb für junge Opernsänger

DW. **Bonn**

Tania Gedda, Tochter des Tenors Nicolai Gedda, errang den ersten Preis des Gesangswettbewerbs der Pariser Musikakademie. Im Juli findet in Wien der Belvedere-Wettbewerb für Opernsänger statt (16.–22. 7.). Einen weiteren Wettbewerb für Opernsänger, den Mirjam-Helin-Wettbewerb, hat jetzt Finnland ausgeschrieben. Er findet erstmals im August 1984 statt.

Turiner Grabtuch in bedenklichem Zustand

dpa, **Rom**

Das im Dom von Turin aufbewahrte Leinentuch, das möglicherweise das Grabtuch Jesu war, ist von schweren Beschädigungen bedroht. Bei der Eröffnung einer umfassenden Ausstellung über das Tuch aus Anlaß des Heiligen Jahres in Rom verwies die italienische Wissenschaftlerin Maria Grazia Siliato darauf, daß das rund vier Meter lange Tuch derzeit ohne jeden Schutz vor Umwelteinflüssen und Feuchtigkeit gelagert wird. Einzelne Blutteile bröckelten deshalb langsam ab. Im Rahmen der Ausstellung in Rom werden die internationalen Forschungsergebnisse zur Echtheit des Grabtuchs präsentiert.

Verzeichnis der verbrannten Bücher

DW. **Frankfurt**

„Verbrannte Bücher, verfemte Dichter" heißt ein von Margot Wiesner erarbeiteter Katalog, der knapp 1300 Titel von Autoren verzeichnet, die in den Jahren 1933 bis 1945 verfolgt worden sind. Die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt herausgegebene Bibliographie beschränkt sich auf die Erfassung der Belletristik. Die angeführten Bücher sind alle im Buchhandel erhältlich, ebenso der Katalog.

Nach dem Blutbad in Eppstein überdeckt Trauer die vielen Fragen

Zwei Tage nach dem Blutbad in der Gesamtschule von Eppstein-Vockenhausen (Taunus), bei dem der gebürtige Tscheche Karel Charva (34) fünf Menschen erschoß, bevor er sich selbst tötete, hat die Polizei immer noch keinen Anhaltspunkt für ein Tatmotiv. Der einzige, der Auskunft geben könnte, ist bisher nicht vernehmungsfähig: der 45jährige Lehrer Franz-Adolf Gelhaar, nach dem der Amokschütze gefragt hatte. Gelhaar schwebt noch in Lebensgefahr. Dagegen ist der Zustand der sieben Schüler, die noch in den Krankenhäusern liegen, nicht mehr kritisch. Einige müssen allerdings noch wegen ihrer komplizierten Schußbrüche operiert werden.

Von KNUT TESKE

Eppstein-Vockenhausen, am Tag nach der Katastrophe. Es ist ein „normaler" schulfreier Samstag. Der Schulkomplex – ein flacher, lichtdurchfluteter Bau mit Blick auf bewaldete Taunushügel – liegt verwaist da. Nur die rot-weißen Absperrungsbänder und die wacheschiebenden Polizisten wirken inmitten dieser blühenden Frühlingslandschaft befremdlich.

Doch der Schock sitzt tief. Das Geschehen lastet über dem Gelände wie Nebel, der sich nicht lichten will. Er dämpft die Stimmen der Erwachsenen zum Flüsterton. Er bremst die Geschwindigkeit der Autos, die die Stelle passieren, zum Schrittempo ab, und er gibt den Bewegungen der Kinder, die es hierhergezogen hat, etwas Befangenes, ja Unwirkliches.

Gedankenverloren hocken sie auf ihren Fahrrädern, ziehen verschnörkelte Kreise, kehren immer wieder um, zurück zur Schule. Dann bleiben sie stehen, starren hoch zum Fenster im 2. Stock, hinter dem sich das Drama abgespielt hat, betrachten die Einschußlöcher in der Scheibe – Fehlschüsse des Tschechen, die ihrem Englisch-Lehrer Gelhaar galten. Noch im Fallen, nach seinem Bauchschuß, hatte er dem Schützen zugerufen, „nicht die Kinder", und damit die Katastrophe wahrscheinlich verschlimmert. Denn nun erst drehte sich der Mann um und ballerte lachend in die Klasse. Die Polizei bestätigt diese Version eines 12jährigen Augenzeugen.

Eine Lehrerin verläßt die Schule. Als sie einen Kollegen erkennt, schluchzt sie laut auf, fängt sich aber, als der Mann seinen Arm um sie legt. Beide trauern um die erschossenen Kinder, den getöteten Kollegen, bangen um das Leben der Schwerverletzten – freuen sie sich auch, davongekommen zu sein?

„Ich müßte es eigentlich tun", räumt der Physik-Lehrer später ein. „Es hätte mich genausogut wie meine Kollegen treffen können." Er war Hans-Peter Schmitt, dem 36jährigen Förderstufenleiter, so dicht gefolgt, daß er sah, wie er erschossen wurde.

Dieser geringe Abstand von einem Schritt reichte aus, um weiterzuleben. Der Amokschütze hatte gerade wieder abgedreht. „So müßte ich mich eigentlich freuen", nimmt der junge Mann den Faden auf. „Doch ich fühle mich nur leer. In mir ist nichts. Als ich heute früh erwachte, glaubte ich, ich hätte einen makaber-spannenden Film gesehen. Dann überfiel mich alles wieder. Nur die Wahrheit", sagt er und beschreibt hilflos kreisende Armbewegungen, „ich begreif' die Wahrheit einfach nicht."

„Panik gab es nicht", erinnert er sich. „Im Gegenteil: Das Schlimmste war die absolute Ruhe, die oft während des Überfalls herrschte: Haben Sie schon einmal ein Kind mit einem Lungenschuß ins Lehrerzimmer kommen sehen? Ganz leise, ohne anzuklopfen, kam das Mädchen zu uns herein. Hellrot tropfte das Blut aus seiner Brust. Es blickte uns nur an. Es war gespenstisch. Nacheinander kamen



Sein Motiv ist immer noch rätselhaft: Karel Charva. FOTO: DPA

dann noch drei Kinder. Mechanisch wie die Marionetten. Alle blutverschmiert. Alle stumm und aufrecht." Er zögert einen Moment, dann wendet er sich wortlos ab und geht.

Der 14jährige Thomas R. steht am Laternenpfahl. Eine ganze Weile schon und raucht wie ein Schlot. Thomas war Ohrenzeuge. Es war in der Deutschstunde. Deutsch ist nicht eben die Stärke des Hauptschülers. Als es krachte, glaubte er denn auch noch an irgendeinen „Scheiß" eines Kumpels – einen Streich, der gerade richtig kommen könnte, um die Stunde ein wenig zu stören. Doch dann wird ihm „mulmig", als er die Schuldurchsage begreift: „Ruhig bleiben, Türen verschließen, hinlegen, ein Verrückter schießt wirr durch die Gegend."

Der Junge, der sonst im Ruf steht, eher mürrisch zu sein, sprudelt das alles nur so heraus. Er sei dann mit dem Lehrer zur Tür gehastet und habe noch einen Schrank davorgewälzt, sich danach wie die anderen in eine Ecke gekauert und nur noch auf Schüsse und die Schreie geachtet: „Hoffentlich kommt der nicht zu uns, hoffentlich kommt der nicht zu uns."

Und dann hat er plötzlich angefangen zu zittern. „Ich konnte es nicht mehr stoppen. Ich zitterte wie eine Rassel." Während er darüber spricht, zieht er wie besessen an seiner Zigarette. Und als raube ihm die Erinnerung jeglichen klaren Gedanken, bringt er nur noch Satzfetzen heraus: „Krankenhaus, kriegte Valiumspritze. Konnte nicht mehr. Sanitäter waren da. Und mein Vater. Junge, Junge, mein Vater war plötzlich da."

Das Motiv des Täters? Kaum jemand vor der Freiherr-vom-Stein-Schule fragt danach. „Wozu", meint eine Mutter, „gibt es denn ein sinnvolles Motiv?"

Die Polizei hüllt sich in Schweigen. Die Einzelheiten sind spärlich. Karel Charva galt als Einzelgänger. Daß er Diplompsychologe war, wie er 1976 der Polizei gegenüber angegeben hatte, wird inzwischen bezweifelt. In Deutschland hat er jedenfalls nicht studiert, und als er seine Heimat verlassen hatte, war er ganze 22 Jahre alt – zu jung, um schon fertiger Psychologe zu sein. Alles scheint von der Vernehmung Gelhaars abzuhängen. Die Frau des Lehrers kann sich allerdings überhaupt nicht vorstellen, daß es zwischen ihrem Mann und Charva eine Verbindung gibt. Sie hat den Namen nie gehört.

Inzwischen haben sich die benachbarten Tennisplätze gefüllt. Der ganz normale Wochenendrummel hat begonnen. Es ist Mittag, als der Hausmeister dazu kommt, die Fahnen auf halbmast zu setzen.

Zwei Tote bei Schießerei in Oberhausen

dpa, Oberhausen

Ein mit vier Haftbefehlen gesuchter 27jähriger Mann hat am Samstag in Oberhausen vor einer Trinkhalle aus einem Fenster heraus einen 36 Jahre alten Familienvater erschossen. Bei einem späteren Feuergefecht mit einem Sondereinsatzkommando der Polizei erlitt sein 30jähriger Komplize, der vor einem Jahr aus der Justizvollzugsanstalt Remscheid geflohen war, tödliche Schußverletzungen. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich verletzt.

Unklar bleibt vorerst, ob der Todesschütze, der unverletzt festgenommen werden konnte, den ahnungslosen 36jährigen Mann erschoß, weil er ihn vielleicht für einen Kriminalbeamten gehalten hatte. Nach den Ermittlungen waren die Männer auf ihrer ständigen Flucht vor der Polizei am Samstag gegen sechs Uhr in der Nähe des Oberhausener Hauptbahnhofs in der Wohnung einer alleinlebenden 22jährigen aufgetaucht, die der Jüngere seit einem Vierteljahr kannte und von der er den Schlüssel bekommen hatte. Die geschiedene junge Frau, die noch geschlafen hatte, sah, daß die Eindringlinge mit großkalibrigen, einläufigen Schrotgewehren mit abgesägtem Lauf bewaffnet waren.

Die Frau konnte dabei aus ihrer Wohnung fliehen und von Nachbarn aus die Polizei alarmieren. Nur Minuten später muß nach Vermutungen der Ermittler der 27jährige aus dem Fenster im ersten Stock heraus den 36jährigen Familienvater gesehen und sofort auf den Ahnungslosen gefeuert haben.

Stundenlang verbarrikadierte der Schütze sich dann in der Wohnung. Er erklärte, er habe eine Geisel bei sich und fordere freien Abzug mit einem Fluchtauto sowie eine Million Mark. Als das Sondereinsatzkommando der Polizei beim Sturm auf die Wohnung die Eingangstür sprengte, wurden die Beamten von Schrotladungen empfangen. Der 27jährige Todesschütze wurde wegen Betrugs und nicht geleisteter Unterhaltszahlungen gesucht.

Kidnapper stellte sich

dpa, Göttingen

Der zweite mutmaßliche Kidnapper von Göttingen hat sich am Wochenende der Polizei gestellt. Nach dem 54ährigen, der an der Entführung der 14jährigen Tochter eines Göttinger Handwerksmeisters beteiligt gewesen sein soll, war bundesweit gefahndet worden. Ein Komplize war bereits in der vergangenen Woche festgenommen worden.

Seveso-Fässer in Basel

AP, Basel

Die 41 Fässer mit dem dioxinverseuchten Seveso-Müll sind am Wochenende aus Frankreich in die Schweiz gebracht worden. Der Abfall wird bei der Firma Hoffmann-La Roche bis zur Vernichtung gelagert.

Piraten-Probleme

dpa, London

Modernes Piratentum auf hoher See nimmt immer ernstere Ausmaße an. Nach einem in London veröffentlichten Bericht der „International Maritim Organisation" haben Seeräuber seit Januar 1981 auf den Weltmeeren 193 Schiffe angegriffen. Besonders häufig sind Überfälle in Westafrika und in den Gewässern um Singapur.

Millionenschaden

dpa, Engelskirchen

Ein Großbrand in einem Gewerbegebiet in Engelskirchen (Nordrhein-Westfalen) hat am Wochenende vier Fabrikhallen und ein Bürogebäude zerstört. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Millionen Mark.

Viel Sonne versprochen

dpa, Hamburg

Jetzt kommen die Sonnentage – wenn man den Meteorologen glauben darf. Das erste Juni-Wochenende war auf jeden Fall bereits ein Sommer-Gradmesser: In weiten Teilen Westeuropas – vor allem in den südlicheren Regionen – wurde es heiß. Noch ist das Wetter über Deutschland zweigeteilt – im Norden kühler, im Süden wärmer. Die nördliche Störfront allerdings zieht ab, und die Wetterämter rechnen mit Temperaturen von 25 bis 30 Grad.

33 Dealer festgenommen

AFP, Mailand

Die italienische Polizei hat in den vergangenen Tagen bei Razzien in Mailand, Florenz und auf Sardinien 33 Heroin-Händler festgenommen.

Spendenflut hält an

epd, Berlin

Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist nach wie vor ungebrochen. Nach Angaben des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen in Berlin hat der jährliche „Spendenmarkt" immer noch ein Volumen von rund drei Milliarden Mark.

In Newark geht die Angst vor dem Dioxin um

Neun weitere Chemie-Werke auf Giftspuren untersucht

E. HAUBROCK, New York

Die Behörden des US-Staates New Jersey sind auf dem Gelände von neun Chemie-Werken weiteren Dioxinverseuchungen auf der Spur, nachdem Inspekteure des amerikanischen Umweltschutzamtes am Wochenende in einem Wohngebiet der Stadt Newark Boden- und Staubproben gesammelt hatten, um im Labor festzustellen, ob sie Spuren des Giftstoffes enthalten. Das Gebiet grenzt an das von Dioxin verseuchte Gelände einer stillgelegten Firma, die früher auch ein im Vietnam-Krieg eingesetztes Entlaubungsmittel hergestellt hatte.

Gouverneur Thomas Kean nahm die Gefährdung ernst genug, um ein Lebensmittelgroßlager zu schließen und versiegeln zu lassen. Er erklärte ein 16 000 Quadratmeter großes Gebiet zur Sperrzone und bot rund 100 betroffenen Bewohnern die kostenfreie Unterbringung außerhalb der Gefahrenzone an. Festzustehen scheint, daß auf dem Gelände der Fabrik in Newark, der größten Stadt des US-Bundesstaates New Jersey, Dioxinspuren gefunden wurden, die weit über dem Verträglichkeitsgrad für Menschen liegt. So wurde auch der Genuß von Fischen aus dem in der Nähe vorbeifließenden Passaic River verboten.

Der Staat New Jersey war schon 1980 auf eine mögliche Gefährdung hingewiesen worden, als die US-Umweltschutzbehörde die Firma „Diamond Alkali" in eine Liste von chemischen Werken aufnahm, in denen das hochgiftige Dioxin produziert oder verwendet wird. Diamond Alkali hatte in der Anlage in Newark Anfang der sechziger Jahre Bestandteile des im Vietnamkrieges verwendeten Entlaubungsmittels „Agent Orange" produziert. In „Agent Orange" ist Dioxin enthalten. Aber erst nachdem Bürgermeister Kenneth Gibson Ende April dieses Jahres erneut auf diese Liste hingewiesen worden war, kam es schließlich am Donnerstag zu Bodenproben auf dem Werksgelände und dann zu den Maßnahmen des Gouverneurs, der jedoch ausdrücklich betonte, daß außerhalb des Sperrgebietes bisher noch keine Spuren des Giftes gefunden worden seien.

Weitere Analysen in Wohnungen und Geschäften der Nachbarschaft sollen nun zunächst abgewartet werden. Dioxin hat inzwischen zu Sorgen über schwere gesundheitliche Schäden in vielen Gemeinden der Vereinigten Staaten geführt – darunter in 31 Ortschaften allein im Bundesstaat Missouri. Dort wurde auch die Kleinstadt Times Beach evakuiert, nachdem der Staat alle Häuser gekauft hatte. Das Städtchen war völlig dioxinverseucht, weil vor Jahren die staubigen Straßen mit einem Wasser-Dioxin-Gemisch gesprüht worden waren.

Trotz der Angst, die in der Nachbarschaft des stillgelegten Chemie-Werkes in Newark umgeht, weigern sich die meisten der betroffenen Bewohner, ihre Häuser zu verlassen. „Sie brauchen die Nationalgarde, um mich hier rauszuholen", sagte der Hausbesitzer Richard Trechel. „Jahrelang haben wir uns über den unerträglichen Gestank beschwert, der von Diamond Alkali herüberkam. Aber nichts wurde getan. Jetzt auf einmal herrscht helle Aufregung. Erst will ich wissen, wie weit die Verseuchung wirklich geht. Nach all den Jahren spielen ein paar Tage mehr oder weniger jetzt auch keine Rolle mehr." (SAD)

In den Sand gesetzt FOTO: DW.

Auch London geht bald zu Maxim's

PETER MICHALSKI, London

Londons Gourmets stehen bereits diskret Schlange nach einem Stammplatz. Dabei sind es noch fast zwei Wochen bis zur Eröffnung eines neuen Nobel-Restaurants mit altehrwürdigem Namen: 90 Jahre nach Paris, acht Jahre nach Tokio und kurz vor Moskau bekommt auch England endlich ein „Maxim's".

Die Glastür unter der roten Markise mit dem berühmten Schriftzug öffnet sich zahlenden Gästen (Diner-Preis: umgerechnet mindestens 120 Mark pro Person) erstmals am 16. Juni. Im Inneren des Eckhauses an der Panton Street, dem westlichen Ende des Vergnügungsviertels Soho, fühlen sich Ladies und Gentlemen ins Pariser Mutterhaus in der Rue Royale versetzt. Für vier Millionen Mark haben der Mode-Zar Pierre Cardin, seit drei Jahren Eigentümer des Pariser Etablissements, und seine britischen Partner die Ausstattung des Originals in London bis zum letzten Spiegel im verschnörkelten und vergoldeten Rahmen nachgestaltet. Die Deckenmalereien wurden in Paris auf Leinwand übertragen und dann in London millimetergetreu abgemalt. „Sozusagen Art nouveau riche", mokierte sich die 274 Jahre alte Gesellschaftszeitschrift „Tatler" in einem Wortspiel aus Art nouveau (Jugendstil) und nouveau riche (neureich).

Die beiden Hauptrestaurants zu ebener Erde bieten Platz für 220 Gäste. Weitere 200 können im Obergeschoß in Räumlichkeiten unterschiedlicher Größe beköstigt werden. Außerdem verspricht das Londoner Maxim's eine Champagner-Bar, zwei Boutiquen und eine Kochschule. Die eine Boutique wird Kostbarkeiten zum Sammeln oder Verschenken feilbieten, alles mit dem Schriftzug Maxim's versehen. Die andere Boutique ist ein Blumenladen und Delikatessengeschäft. Die Cuisine-Lektionen, für angehende Profiköche ebenso wie für ambitiöse Amateure, werden im Souterrain, wo auch die Küche liegt, erteilt.

Cardins Mehrheitspartner bei dem Londoner Unternehmen sind die beiden Engländer Roy Ackerman und Michael Golder. Für Akkerman ist das Pariser Maxim's „eine Institution" und die Nachbildung an der Themse das bisher ehrgeizigste Projekt.

Ein „englischer Bezug" war schon immer gegeben: Alles Englische war in Frankreich in Mode, als der Ex-Kellner Maxime Gaillard am 21. Mai 1893 seine gastronomische Wallfahrtsstätte eröffnete; deshalb vertauschte er das französische Schluß-„e" seines Vornamens mit dem angelsächsischen Genitiv. Bis zur Übernahme durch Cardin war sogar der formalrechtliche Firmensitz in England, im Londoner Tennisvorort Wimbledon. (SAD)

LEUTE HEUTE

Rauschendes Fest

Eine rauschende Abschiedsparty im New Yorker Prominenten-Club 21 gaben Freunde für **Helene von Damm**, die neue US-Botschafterin in Wien. Zu Ehren der geborenen Österreicherin und langjährigen engen Vertrauten von Präsident **Ronald Reagan** waren zahlreiche Prominente aus Politik und Big Business gekommen. Es gab Lammbraten, und der Champagner floß in Strömen. Die frischgebackene Botschafterin und ihr angetrauter Ehemann **Byron Leeds** wollen am 15. Juni die Wiener Residenz beziehen.

Attentat geplant?

Vor den Augen Tausender Zuschauer und den Linsen von Fernsehkameras aus aller Welt wollten irische Terroristen angeblich am nächsten Samstag ein Attentat auf Queen **Elizabeth II.** verüben. Entsprechende Hinweise soll Scotland Yard von eingeweihter Seite erhalten haben. An dem Tag findet in London die alljährliche Geburtstagsparade der Königin statt. Wie es heißt, hat die Polizei die größte Sicherheitsaktion der britischen Geschichte eingeleitet, um die Monarchin und die Zuschauer zu schützen.

Wissenschaftlicher Erfolg im Trüben

Mit der Anlage von künstlichen Tümpeln retteten Österreicher bedrohte Kleintiere

KURT POLLACK, Wien

In Österreich basteln Biologen an einer „heilen Welt". Mit einem erstaunlichen Resultat endete jetzt ein einjähriges Experiment von Umweltforschern der „Akademie der Wissenschaften" in Graz, denen es durch die Anlage künstlicher Tümpel in Gärten und im Freiland gelang, für vom Aussterben bedrohte Kleintierarten neue „Lebensräume aus zweiter Hand" zu schaffen. Praktisch aus dem Nichts entstanden wahre Tierparadiese, in denen sich innerhalb eines Jahres Frösche, Kröten, Insekten und Vögel ansiedelten, für die es in der modernen Kulturlandschaft keinen Platz mehr gibt.

Die positive Bilanz der „Umwelterneuerer": In 50 Modellteichen, die nicht größer als 15 Quadratmeter und nur 70 Zentimeter tief sind, fanden sechs Kröten- und Froscharten, zwei Molchgattungen, acht verschiedene Libellenarten und Hunderte von Kleinstlebewesen, die alle zum Teil bereits als ausgestorben galten oder auf der „roten" Aussterbeliste standen, neue Lebensräume. Wasservögel – vor allem Stockenten – sorgten zudem bei ihren „Zwischenlandungen" für die Einbringung von Fischlaich in die künstlich angelegten kleinen Tümpel.

Ermutigt durch den Beweis, daß mit der Schaffung von „Leben aus zweiter Hand" viele Sünden der modernen Industriegesellschaft wiedergutgemacht werden können, soll nun ein Netz von künstlichen Klein-Biotopen im ganzen österreichischen Bundesgebiet angelegt werden. Die Grazer Wissenschaftler hoffen, daß ihre Methode zur Rettung einer verlorengeglaubten Fauna weltweit Nachahmung findet. Zumindest Gartenbesitzer, die etwas für die Kleinsten in der Natur tun wollen, können sich vom Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz an der Akademie der Wissenschaften in Graz beraten lassen.

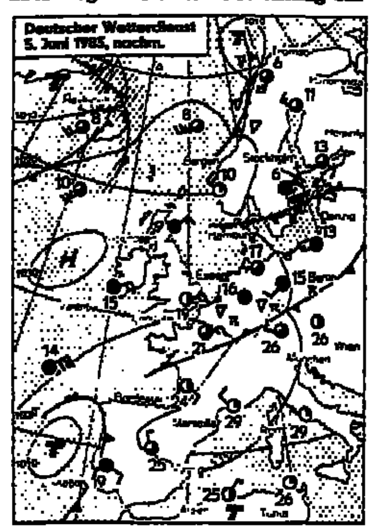
WETTER: Freundlich

Wetterlage: In Deutschland setzt sich Hochdruckeinfluß durch, der rasch für eine Erwärmung der eingeflossenen Meeresluft sorgt.

Vorhersage für Montag:

Südosten: Zunächst bei wechselnder, überwiegend starker Bewölkung einzelne Schauer. Im Tagesverlauf abklingende Niederschläge und auflockernde Bewölkung. Nachmittags zeitweise aufgeheitert. Höchsttemperaturen nahe 22 Grad C,

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Heiter bis wolkig und trocken. Nachmittagstemperaturen 24 bis 27 Grad C, in den Mittelgebirgen um 21 Grad C. Nachts Abkühlung auf Werte um 12 Grad C. Schwacher bis mäßiger Wind um Ost.



Weitere Aussichten:

Freundlich und noch etwas wärmer, abends im Westen aufkommende Gewitter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	13°
Dresden	18°	Las Palmas	22°
Essen	16°	London	19°
Frankfurt	21°	Madrid	25°
Hamburg	17°	Mailand	27°
List/Sylt	12°	Mallorca	31°
München	26°	Moskau	18°
Stuttgart	23°	Nizza	26°
Algier	25°	Oslo	12°
Amsterdam	20°	Paris	21°
Athen	28°	Prag	23°
Barcelona	29°	Rom	29°
Brüssel	16°	Stockholm	6°
Budapest	29°	Tel Aviv	30°
Bukarest	29°	Tunis	26°
Helsinki	13°	Wien	26°
Istanbul	24°	Zürich	26°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 5.08 Uhr, Untergang: 21.34 Uhr, Mondaufgang: 3.31 Uhr, Untergang: 16.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Menschenraub in Asien – Boom eines alten Geschäfts

R.-PETER LAUCK, Hongkong

Entführungen, auch in Südostasien ein Gewerbe mit Tradition, drohen zu einem Boom in jener Region zu werden. Hohe Polizeibeamte sprechen bereits von dem Verbrechen der 90er Jahre.

Außergewöhnliches Aufsehen erregte erst vor wenigen Wochen die Entführung von Wong Tak-fai, der in Hongkong ein Riesenvermögen mit Grundstücksgeschäften gemacht hat. Auf dem Weg in sein Büro in der City wurde der 48jährige Multimillionär aus seinem Auto gezerrt. Wenig später nahmen die Kidnapper Verbindung mit seiner Familie auf und nannten ihre Bedingungen. Die Familie bezahlte, und Wong Tak-fai kam frei. Kurz darauf setzte die Polizei drei Männer und eine Frau unter dem dringenden Verdacht, an der Entführung beteiligt zu sein, fest.

Eigentlich eine Geschichte, wie sie inzwischen zu oft vorkommt, als daß sie lange Nachwirkungen hätte zeigen können. Doch den Reichen und den Superreichen nicht nur in Hongkong blieb der Schreck eine ganze Weile in den Gliedern, denn das Lösegeld, man munkelt von elf Millionen Dollar, wurde bis heute nicht entdeckt.

Auch in der Nachbarschaft der britischen Kronkolonie nehmen die Sorgen der Behörden mit den Entführern ständig zu. So sind etwa in Thailand regelrechte Kidnapping-Banden so gut bewaffnet, daß sie sich mit der Polizei Feuergefechte in Wild-West-Manier liefern, wenn sie versuchen, ein Opfer zu befreien.

In West Java erfuhr das mörderische Geschäft gar eine neue Variation. Dort hatte sich eine Bande darauf spezialisiert, Verstorbene aus dem Leichenschauhaus eines Krankenhauses zu stehlen. Mehr als drei Jahre lang erpreßten sie von den Angehörigen oft mehrere hundert Dollar pro Leichnam.

Während die geforderten Lösegeldsummen immer weiter steigen, treibt das Geschäft auch schon einmal seltsame Blüten. So berichtete „Newsweek" kürzlich von einer pakistanischen Bande, die für einen 16jährigen außer 4000 Dollar 12 Seidenturbane, 12 Uhren und einen Kassettenrecorder verlangten.

Im allgemeinen stellt die Polizei aber fest, daß die Methoden immer ausgeklügelter sind, die Entführer sich immer professioneller organisieren. So stürmten unlängst im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh 15 Mann einen Bus, kassierten Bargeld und Schmuck und nahmen anschließend 17 Passagiere als Geiseln, für die sie ausnahmslos Lösegeld kassierten.

Die meisten der Länder der Region reagierten mit einer Verschärfung der Gesetze. In Singapur und Malaysia steht auf Entführung inzwischen die Todesstrafe. In dem Stadtstaat, wo eine auf die Straße geworfene Zigarettenkippe mit 300 Mark Bußgeld bestraft wird, ist es verboten, ein Lösegeld zu zahlen. Im Falle einer Entführung werden sofort alle Guthaben der Familie eingefroren.

Aber drakonische Strafen konnten die neue Verbrechensflut bisher nicht eindämmen. Da half auch kaum, daß die Presse in Singapur von der Polizei zur Kooperation bei Entführungen vergattert wurde und über laufende Fälle nicht mehr berichten durfte. Hier werden auch überhaupt keine Einzelheiten mehr genannt; lassen sich die Behörden kaum noch zu generellen Aussagen über Entführungen und Lösegelder bewegen. „Wir wollen wenigstens vermeiden, daß jemand erst noch auf die Idee kommt", sagt ein Polizeisprecher.

Weil sich die Gangster von all den Polizeistrategien nicht beeindrucken lassen, wächst unter den Wohlhabenden das Bedürfnis, selbst für Schutz zu sorgen. So stehen vor allem die koreanischen Kampfsportexperten hoch im Kurs als Bodyguards. Die Regierung von Singapur stellte eine Sicherheitsgarde auf die Beine, deren Agenten, zum Teil mit Maschinenpistolen ausgerüstet, von dem, der es sich leisten kann, geleast werden können.

Wie so viele mußte aber auch der Grundstücksmakler Gordon Wu aus Hongkong feststellen, daß es völlige Sicherheit nie gibt. Er schickte jahrelang seinen Sohn in einem gepanzerten Wagen mit bewaffnete Chauffeur in die Schule – bis der Fahrer selbst gemeinsame Sache mit Entführern machte. Da geht ein reicher Malaye aus Kuala Lumpur lieber einen anderen Weg. „Newsweek" vertraute er an, er habe für alle Fälle ein Extra-Bankkonto mit einer „Lösegeldreserve" eingerichtet.

Angesichts solcher Vorkehrungen sind die Behörden sicher, daß sie von vielen Entführungen gar nicht erst erfahren. Viele Familien schweigen und zahlen. Daß dies auch keine Lösung ist, erfuhr der kürzlich in Hongkong entführte Wong Tak-fai auf die harte Tour. Er war nämlich Mitte der 60er Jahre schon einmal das Opfer von Kidnappern. Damals zahlte die Familie, ohne die Polizei einzuschalten – sechs Millionen Dollar.

ZU GUTER LETZT

„Folgende Unterlagen sind beizufügen: 1. Lebenslauf mit einer ausführlichen Darstellung der bisherigen Tätigkeiten, 2. Zeugnisabschriften, 3. Polizeiliches Führungszeugnis, 4. Auszug aus dem Gewerbezentralregister, 5. Unbdenklichkeitsbescheinigungen des zuständigen Finanzamtes und der Krankenkasse." (Anforderungen an den Pächter eines bewachten Fahrradstandes vor einem Berliner Schwimmbad).